

Partizipation von Studierenden an Hochschulpolitik: sekundäranalytische Befunde des 8. Konstanzer Studierendensurveys

Dippelhofer, Sebastian

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dippelhofer, S. (2004). *Partizipation von Studierenden an Hochschulpolitik: sekundäranalytische Befunde des 8. Konstanzer Studierendensurveys*. (Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung, 41). Konstanz: Universität Konstanz, Geisteswissenschaftliche Sektion, FB Geschichte und Soziologie, Arbeitsgruppe Hochschulforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-236531>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Sebastian Dippelhofer

**Partizipation von Studierenden
an Hochschulpolitik**

Sekundäranalytische Befunde des 8. Konstanzer Studierendensurveys

Sebastian Dippelhofer

Partizipation von Studierenden an Hochschulpolitik

Sekundäranalytische Befunde des 8. Konstanzer Studierendensurveys

Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung (41)

Arbeitsgruppe Hochschulforschung, Universität Konstanz, Mai 2004

Herausgeber der Reihe „Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung“:

Arbeitsgruppe Hochschulforschung, Universität Konstanz,
Fachbereich Geschichte und Soziologie, 78457 Konstanz
Tel. 07531/88-2896

Die AG Hochschulforschung im Internet:

<http://www.uni-konstanz.de/ag-hochschulforschung>

ISSN 1616-0398

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Theoretischer und empirischer Bezugsrahmen	2
2.1	Der Begriff „Partizipation“	2
2.2	Politische Partizipation und Demokratie	3
2.3	Ein Blick in die Forschungslandschaft	7
3	Fragestellungen und Untersuchungsanlage	15
3.1	Fragestellungen	15
3.2	Stichprobe und Instrument	19
4	Empirische Befunde	21
4.1	Indikatoren hochschulpolitischer Partizipation	21
4.2	Zusammenhänge zwischen den Indikatoren	27
4.3	Einflußquellen und Beziehungen	32
4.3.1	Ost-West-Vergleich und Hochschulstatus	32
4.3.2	Fachzugehörigkeit	36
4.3.3	Sozialer Hintergrund	39
4.3.3.1	Geschlecht	39
4.3.3.2	Soziale Herkunft	40
4.3.3.3	Eigene Erwerbstätigkeit	41
4.3.4	Studienorientierungen	43
4.3.5	Politischer Standort	48
5	Bilanz der Befunde und Folgerungen	53
5.1	Zusammenfassung der empirischen Befunde	53
5.2	Folgerungen und Schlußbemerkung	57
	Literatur	61
	Anhang	65

Vorwort

Die politische Betätigung der Studierenden an den Hochschulen, obwohl oftmals umstritten, ist von den empirischen Sozialwissenschaften kaum thematisiert, geschweige denn untersucht worden. In den 60er und 70er Jahren gab es zwar einen gewissen Boom an empirischen Erhebungen zur politischen Sozialisation von Studierenden, sie konzentrierten sich aber zumeist auf die Frage, wie links und/oder demokratisch sind die Studierenden, wie aggressiv und rebellisch verhalten sie sich.

Insofern füllt die Studie von Sebastian Dippelhofer über „Partizipation von Studierenden an Hochschulpolitik“ eine empfindliche Lücke. Er geht der Frage nach, ob sich die Studierenden für die Arbeit von Fachschaften und AStA, von Gruppen und Gremien interessieren und engagieren. Von welchen Faktoren hängt es ab und mit welchen Orientierungen ist es verknüpft? Welche Aufgaben werden der studentischen Vertretung zugeschrieben und wie steht es um das allgemeine politische Mandat?

Für die AG Hochschulforschung an der Universität Konstanz ist die vorliegende Arbeit von besonderem Interesse, greift sie doch auf Daten des „Konstanzer Studierenden surveys“ zurück und wertet sie sekundäranalytisch aus. Hier sind es Daten der 8. Erhebung im WS 2000/01, die hauptsächlich verwendet werden. Diese Untersuchung erscheint uns als weiterer Beleg dafür, wie nützlich solche Sekundäranalysen sind, die zwar oft von Soziologen gefordert, aber immer noch zu selten verwirklicht werden. Gerade für Diplomarbeiten und Promotionen erweisen sie sich als angemessen und ertragreich. Die in diesem Heft vorgelegte Fassung der Diplomarbeit zur politischen Partizipation von Studierenden ist etwas überarbeitet und leicht gekürzt worden.

Die Befunde, die in ihrer Breite und Vielfalt präsentiert werden, erscheinen in doppelter Hinsicht bedeutsam: Zum einen für theoretische Überlegungen zur politischen Partizipation in der Demokratie, insbesondere einer nach wie vor „potentiellen Elite“, wie sie die Studierenden darstellen; zum anderen für eine Reihe praktischer Aspekte der studentischen Mitwirkung an den Hochschulen, deren politischen Gestaltung und weiteren Entwicklung.

Bei aller Nüchternheit und methodischen Sorgfalt in der Darstellung der Befunde, äußert sich der Autor engagiert zugunsten einer verstärkter Partizipation der Studierenden an den Hochschulen. Seine Argumente beziehen sich nicht nur auf den persönlichen Vorteil für die Studierenden, die ihnen Erfahrungen in der politischen Beteiligung eröffnen, sondern sie beziehen sich auch auf den Nutzen für die Institutionen Hochschule und einer demokratischen Gesellschaft. Insofern versteht sich die Arbeit nicht als platte Wiedergabe empirischer Befunde, sondern als kritische Aufarbeitung vorhandener Wirklichkeit.

Konstanz, Mai 2004

Tino Bargel

1 Einleitung

Ziel ist es, sekundäranalytisch mit Daten des achten Konstanzer Studierendensurveys zu untersuchen, inwieweit die Studierenden an Hochschulpolitik partizipieren. Die zu diesem Themenkranz vorhandenen empirischen Studien sind keineswegs häufig. Sie setzen sich oftmals nur mit allgemeinpolitischen Ansichten, Bedürfnissen und Wünschen der Befragten auseinander. Die hochschulpolitische Partizipation wird, wenn überhaupt, als ein Thema von vielen behandelt und erscheint irrelevant. Arbeiten, die der Hochschulpartizipation einen größeren Rahmen einräumen, sind älteren Datums. Das geringe Interesse widerspricht der Relevanz dieses Gegenstandes, hebt doch der gesellschaftliche Diskurs immer wieder die Bedeutung von aktiven politischen Engagements hervor.

Studierende, auch im rechtlichen Sinne Mitglieder der Hochschulen (HRG, 2002, §36), sind die zahlenmäßig größte Statusgruppe. Waren im WS 2000/01 insgesamt 1.578.361 Menschen an Universitäten (1.151.520) und Fachhochschulen (426.841) immatrikuliert, standen ihnen 201.207 wissenschaftliche Personen gegenüber (Universitäten: 164.424; FHs: 36.783) (Statistisches Bundesamt, 2001, S. 391, S. 399). Es ist zu unterstellen, daß die Studierenden aktiv werden bzw. an der Gestaltung ihrer Institution teilnehmen wollen und der Gesetzgeber Gelegenheit hierzu bietet. Es steht den Ländern aber frei, dies der Studierendenschaft zu ermöglichen (HRG, §41, 2002). Die Aufgaben studentischer Vertretungen schließen, wie in Baden-Württemberg, oftmals nur „die geistigen, musischen und sportlichen Interessen der Studierenden“ (Gesetz über die Universitäten, 2000, §3, Abs. 3) ein und die Politik als relevantes und selbständiges Feld aus.

Aus einem Engagement ergibt sich neben einem *studentischen Bewußtseins* die Einsicht, daß es effektiver ist, sich als Gruppe kritisch zu äußern und *mit zu gestalten*. Dies gilt für fachliche wie universitäre Belange und manifestiert sich nicht nur in der Etablierung der Studentenwerke, die auf politische Initiative der Studierenden für die Verbesserung ihrer Lage nach dem ersten Weltkrieg zurückgeht (vgl. u.a. Jarausch, 1984). Auch Studierendentickets für den ÖPNV, das Einsetzen für bessere Wohnbedingungen und die Stellung in Gesellschaft und Politik zeugen hiervon. Als mit Lehre und Studium Konfrontierte, sind sie auch hier „Experten“. Bereits 1965 zeigte Heribert Adam, daß Studierende in Hochschulpolitik und Interessensvertretung als kompetent betrachtet wurden; ein Tatbestand, der sich bis in aktuelle Diskussionen fortsetzt.

Das ein gestärktes *politisches Bewusstsein* Impulse über die Hochschule hinaus hat, zeigen die bis heute wirkenden Änderungen der 1968er-Generation in Form konstruktiver Mitgestaltungsbereitschaft, Kritikfähigkeit und Reflexion gesellschaftlicher Verhältnisse (vgl. Dörre/ Schäfer, 1982; Jarausch, 1984; Gilcher-Holtey, 2001). Die Entwicklung zu Bürgern, die sich durch kritische und aktive Mitgestaltung an gesellschaftlichen Prozessen auszeichnen, wird dabei gefördert. Da Studierende häufiger in Machtpositionen gelangen, kann auf den in der Hochschule erworbenen Kompetenzen aufgebaut werden. Hoffmann-Lange (1992), Schnapp (1997) und Hartmann/ Kopp (2001) haben ihre Überrepräsentation in gesellschaftlichen Schlüsselstellungen nachgewiesen.

Den Sozialwissenschaften muß daher daran gelegen sein, aufzuzeigen, wie die jungen Leute an der politischen Gestaltung der Hochschulen teilnehmen, und die Relevanz einer kritischen Studierendenschaft unterstreichen. Die Gesellschaft sollte an einer Elite interessiert sein, die Entscheidungen mittels kritischer Reflexionen, demokratieorientiert und mit sozialpolitischer Kompetenz trifft.

2 Theoretischer und empirischer Bezugsrahmen

2.1 Der Begriff „Partizipation“

Dem lateinischen *Wortstamm* folgend, ist das Konstrukt „Partizipation“ inhaltlich mit Begriffen wie „an etwas teilnehmend“, „einer Sache teilhaftig“ oder aber auch durch „jemanden teilnehmen lassen“ erklärbar (Langenscheidts Handwörterbuch Lateinisch-Deutsch, 1983, S. 450). Im wissenschaftlichen Diskurs wird es als „Teilhabe und Teilnahme von ... Mitgliedern einer Gruppe, einer Organisation“ (Fuchs-Heinritz, 1995, S. 489), die sich an der Bestimmung sowie der Verwirklichung ihrer Ziele aktiv beteiligen, begriffen. Den Individuen wird die Möglichkeit eröffnet, sich in den politischen Entscheidungsprozeß einzubringen, ihn mitzugestalten und zu begleiten.

Bestandteil des Demokratieverständnisses ist die *politische Partizipationsnorm*. Eine Beteiligung ist tragendes und festgeschriebenes Element jeder Staatsform, die auf der „Herrschaft des Volkes“ basiert. Neben formalen und konventionellen Formen, wie Wahlen oder Mitgliedschaften in Parteien, stützt sich diese mittlerweile auch auf „informelle Arten der Einflußnahme auf politische Entscheidungsprozesse“ (Liebert/Lauth, 1999, S. 16). Viele Menschen sind bestrebt, dies nicht nur auf traditionellen Wegen über Parteien oder staatlich-institutionalisierten Ebenen zu versuchen. Sie wollen eine eigene gestalterische „Verantwortung im Rahmen von Gruppierungen, Initiativen, Organisationen“ (Gille/ Queisser, 2002, S. 205) außerhalb der parteipolitischen Dimension übernehmen. Es werden auch unkonventionelle Mittel (bspw. Demonstrationen, Streiks) fokussiert, die ebenfalls mit einer „Beeinflussung von Entscheidungen des politischen Systems“ (Liebert/ Lauth, 1999, S. 17) verbunden sind.

Einige Demokratietheoretiker betrachten unkonventionelle Partizipationen als eine Realisierung von Demokratie an sich. Ein anderer Forschungsstrang sieht in einem Zuviel „Gefahren für die Stabilität eines politischen Systems“ (Strubelt, 1995, S. 490). Liebert/Lauth (1999) verweisen darauf, daß Beeinflussungen auf gewählte Vertreter weder einen Zwangs- noch einen Drohcharakter entwickeln dürfen, da die geforderte demokratische „Entscheidungsfreiheit unterminiert (werden) würde“ (ebd. S. 17). Es ist aber weder klar, wann ein solcher Charakter vorliegt, wie er aussieht und welche Maßnahmen denen zur Verfügung stehen, denen trotz Engagement und Expertenkompetenz Einfluß verwehrt wird. Kritik ist auch dem Argument der Stabilitätsgefährdung des Systems durch zuviel Partizipation entgegenzustellen. Wird dieser Begriff „als verantwortliche Beteiligung der Betroffenen an der Verfügungsgewalt über ihre Gegenwart und Zukunft“ (Stange/ Tiemann, 1999, S. 215) verstanden, so kann es zwar zu Änderungen des Bestehenden kommen. Ein Systemsturz ist nur dann zu erwarten, wenn den Individuen eine Beteiligung im Sinne von Milbrath (1966) verwehrt wird. Er sieht bereits in einer zu großen konventionellen Beteiligung Demokratie und System gefährdet. Partizipative Schritte können erfolgreich und nicht „systemgefährdend“ sein, wenn den Menschen dieser Gedanke möglichst früh in einem dauerhaften Lernprozeß mitgegeben, aktiv gefordert und gefördert wird, sowie diese in partizipative Aktivitäten eingebunden werden. Alemann (1986) folgend bleibt ein demokratisches Bewußtsein solange abstrakt bzw. oberflächlich, wenn „es nicht mit demokratischer Praxis“ (S. 79) einhergeht und verinnerlicht wird. Eine solche Heranführung und Beteiligung ist nicht nur relevant, sondern Voraussetzung der Internalisierung eines demokratischen Verständnisses.

Das *veränderte Begriffsverständnis* betrifft auch das Konstrukt „Bürger“. Werden bei formalen Beteiligungen, wie Wahlen, Individuen ausgeschlossen, deren bürgerliche Rechte hierzu noch nicht (Kinder, Jugendliche) oder gar nicht vorhanden sind (ausländische „Mit“bürger) oder durch ein bzw. „nach mehreren Merkmalen“ (Wiehn, 1994, S. 169) als soziale Randgruppen stigmatisiert werden, erhalten sie durch die Erweiterung des Begriffs um weitere partizipative Handlungsstränge – durch „spontane, kollektive Handlung(en)“ – die Möglichkeiten von mindestens einer über den formalen Akt hinausgehenden Beteiligungsform. „Demonstrationen, Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen stehen prinzipiell jedem frei, der sich frei bewegen darf und kann“ (Vandamme, 2000, S. 53). Folgt die staatlich legitimierte Partizipation dem lateinischen Ursprung des „jemanden teilnehmen lassen“, etabliert sich auf diese Weise eine soziale Ungleichbehandlung. Dieses Phänomen, das besonders von Wiehn (1987) herausgearbeitet wurde, zeigt sich in den unterschiedlichen „Möglichkeiten der Teilhabe an Gesellschaft“ (Krause, 1995, S. 697) und ihren Gestaltungsseventualitäten und wird hierdurch aufgebrochen.

Die nach der 16-jährigen liberal-konservativen Regierung, die eine Einschränkung der Beteiligungsrechte zu Folge hatte (Braun, 2001), einsetzende Entwicklung größerer Einflußchancen hebt die Ungleichbehandlung insofern wieder auf, als daß auch diejenigen beteiligt werden, die aus staatlich determinierten oder aus gesellschaftlichen, rollenbedingten Gründen ausgeschlossen sind. Dies gilt besonders für *Frauen*. Anders als auf der konventionellen Ebene der Partizipation sind geschlechtsspezifische Unterschiede im unkonventionellen Bereich kaum zu konstatieren. Durch die neuen vielfältigen Angebote sind „gleichberechtigte Zugangs- und Umgangsweisen von Frauen und Männern“ (Gille/ Queisser, 2002, S. 250) im gesellschaftlichen Prozeß realisierbar. Ihr Interesse und die steigende Bereitschaft sind zwar nicht neu (Frauen-, Friedens- und §-218-Bewegung), werden aber als besser abstimmbare und leichter erachtete, um familiäre und berufliche Anforderungen in Einklang zu bringen. Es wird für plausibel gehalten, daß der im Gegensatz zu dem der Parteien niedrigere Institutionalierungsgrad sozialer gesellschaftlicher Bewegungen ihren „Interessen ... an einer sachorientierten Mitarbeit entgegenkomm(t)“ (ebd. S. 251). Ihr auf den konventionellen Ebenen, bspw. Parteien, marginalisiertes Auftreten ist weniger als geringeres Interesse zu verstehen, als vielmehr als ein „anderes“ Verständnis von Politik, aus dem eine Distanzierung gegenüber dem herrschenden etablierten Bereich resultiert. Trotz des Wandels ist der bestehenden geschlechtlichen Rollenverteilung Rechnung zu tragen, die Frauen nicht nur benachteiligt, sondern mit denen sie sich scheinbar arrangiert haben.

2.2 Politische Partizipation und Demokratie

Die Äußerungen aller Parteien spiegeln das Verständnis von politischer Partizipation: „Demokratie lebt vom Mitmachen“ (Gerhardt, 2001), „Mitentscheiden, mitgestalten und mitverantworten: Darauf ist Demokratie angewiesen“ (SPD-Regierungsprogramm, 2002). Ideen wie die „Einführung von Volksinitiative(n), Volksbegehren und Volksentscheide(n) auf Bundesebene“ (Roth/ Häfner, 2002, S. 1) sollen den Bürger/-innen Politik und Demokratie näher bringen bzw. bewußt machen, um die Identifikation damit zu fördern. Es bleibt aber bei diesen Stichwörtern. Diskussionen und Vorschläge verharren auf oberflächlichem Niveau. Die wissenschaftliche Analyse gelangt zu differenzierteren Bewertungen. Die ausgewählten wissenschaftlichen Positionen stellen sich in Beurteilung und Stellung der Bürger und des Systems als sehr heterogen heraus.

Beschränkung auf formale Partizipation

Einer dieser Ansätze fußt auf der Ansicht, daß ein „Zuviel“ an aktiver Teilnahme der Demokratie schade. So bezweifelt Milbrath (1966) den Sinn von zu weitgehenden Partizipationsmöglichkeiten. Denn je mehr sich die Individuen aktiv im demokratischen Staat beteiligen bzw. die Chance hierzu erhalten, desto schwerer sei der Aufwand „to maintain system balance responsiveness and power to act“ (ebd. S. 146). Eine damit zusammenhängende Politisierung von Privatsphäre und sozialen Beziehungen hält Milbrath gegenüber den „basic principle of limited government in an constitutional democracy“ (ebd. S. 147) für widersprüchlich und sehr gefährlich. Die minimale Einmischung der Menschen, in Form der Teilnahme an Wahlen erscheint ausreichend, um die Stabilität der herrschenden Demokratie zu gewährleisten und das Einsetzen einer politischen Elite zu legitimieren. Dies beeinträchtigt weder das Engagement bei der Elitenauswahl, noch stellt es das System oder seine gewählten Vertreter in Frage. Damit befürwortet Milbrath die Entpolitisierung und Entmündigung der Bürger, die in der Übergabe der Verantwortung an eine politische Elite ihren Höhepunkt findet. Lediglich durch die Wahl der Herrschenden zu einem bestimmten Zeitpunkt, und damit einhergehend zur Stützung des Systems, werden die Individuen als mündig wahrgenommen.

Bereits zuvor favorisierte Morris Janowitz (1956) ein Maß an politischer Apathie und Enthaltensamkeit, um eine Optimierung der Demokratie bzw. ihr Funktionieren zu sichern und zu fördern. Zentral für sein demokratisches Verständnis ist „die Berücksichtigung des Eigeninteresses einer jeden Gruppe“ (ebd. S. 364). Er sieht eine ideale Beziehung hinsichtlich politischer Trägheit und Gruppenpräsentation. Durch die Apathie existiert eine „Unbestimmbarkeit des `politischen Marktplatzes‘“ (ebd. S. 365). In Krisenzeiten sieht Janowitz die vorhandenen Desinteressierten als zur Interessendurchsetzung bzw. für deren erfolgreiche Vertretung als mobilisierungsfähig an. Wie eine zu weitgehende Apathie Gefahren für die Demokratie birgt, würde eine zu große Aufgeschlossenheit Gefährdungen mit sich bringen und keine „unverbrauchte(n) Reserven“ für bestimmte Zwecke mehr mobilisierbar. Bei zu früher bzw. einer zu klaren politischen Festlegung könnte „das bestehende politische Kräfteverhältnis“ (ebd. S. 365) nicht mehr verändert werden. Auch er befürchtet eine „Extremisierung“ des politischen Lebens. Deswegen ist eine unerwünschte und absolute politische Gleichgültigkeit mittels eines staatsbürgerlichen Bewußtseins im Sinne des Systems zu unterbinden. Gleichzeitig wird es als zwingend notwendig begriffen, eine „schöpferische politische Indifferenz hervor(zu)bringen“ (ebd. S. 365), um eine Parteilichkeit zu verhindern, die zu Exzessen führen kann.

Diese Sichtweise hat ihren Ursprung in dem Verständnis, das die Demokratie als Funktion zur Systemstabilisierung betrachtet. Dies ist nicht losgelöst von dem Wandel „des liberalen Rechtsstaates zum Sozialstaat“ (Habermas u.a., 1967, S. 34) zu interpretieren, die von einer Entpolitisierung der Gesellschaftsmitglieder begleitet wird. Der Einzelne tritt dem Staat in „Form eines Leistungsempfängers gegenüber“ (Nielsen-Lind, 1979, S. 14). Artikulationen bzw. die Vertretung von Interessen oder gar Versuche, politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen, treten in den Hintergrund. Hat der Bürger in der klassischen Demokratietheorie eine größere Bandbreite an Teilnahmemöglichkeiten und -aufforderungen und Mündigkeit, so werden diese von Parteien, Verwaltungen und institutionalisierten Einrichtungen, die in der Neuzeit immer mehr an Bedeutung gewonnen haben, dadurch genommen, indem sie an seiner Stelle Entscheiden und Handeln.

Demokratie als Lebensform

Dem entgegengesetzt sind die Ansichten der Protagonisten, die Demokratie auch als eine Lebensform begreifen. Bereits Rousseau (1977) formulierte den Gedanken einer *direkten Demokratie* bzw. Mitbestimmung. Ein „Gesetz, das das Volk nicht selbst beschlossen hat, ist nicht; es ist überhaupt kein Gesetz“ (ebd. S. 103). Abgelehnt wird ein repräsentatives System, denn zum einen wird der Bürger als unmittelbarer Träger der Gewalten begriffen. Zum anderen sind nur so seine Interessen am besten und effektivsten artikuliert und vertretbar, die Orientierung der Regierung am Allgemeinwillen, welcher in Form von Gesetzen fixiert ist, am ehesten überprüfbar und die Sicherung der Selbstbestimmung garantiert. Mit der Einsetzung repräsentativer Vertreter würde dieses Bestreben ad absurdum geführt: „der Wille kann nicht vertreten; er ist derselbe oder ein anderer“ (ebd. S. 103). Durch ein repräsentatives System werden in erster Linie Partikularinteressen im Vordergrund stehen. Die Partizipation der Bürger wird zurückgedrängt, da die Interessenwahrung durch die Gewählten wahrgenommen und er selber entmündigt wird. Sobald „ein Volk sich Vertreter gibt, ist es nicht mehr frei; es ist nicht mehr“ (ebd. S. 105). Zentral ist hierbei die „Erlangung von Selbstbestimmung, Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit und politischer Mündigkeit“ (Nielsen-Lind, 1979, S. 12). Habermas hat die *Bedeutung der aktiven Partizipation* für den Einzelnen und das System - er bezieht sich auf den Spätkapitalismus - herausgearbeitet. Ihm folgend arbeitet „Demokratie ... an der Selbstbestimmung der Menschheit und erst wenn diese wirklich ist, ist jene wahr“ (Habermas u.a. 1967, S. 15).

Seinen Konzepten ist die Entpolitisierung und Entmündigung des Bürgers durch das System sowie dessen immanente Problematik entnehmbar. Der Einzelne befindet sich mit anderen Mitgliedern in einem Konkurrenzkampf um vorhandene Ressourcen. Um dieser habhaft zu werden, unterwirft er sich bzw. agiert innerhalb der existierenden Umstände, die als demokratisch deklariert werden, und nimmt dabei die politische Entmündigung in Kauf. Die Demokratie kann sich aber nur dann entfalten, wenn sie von mündigen Bürgern befürwortet und die in ihr angelegten egalitären Normen freigelegt und realisiert werden. Dies stößt besonders im spätkapitalistischen Staatsgebilde auf Widersprüche und Probleme: Nach Habermas rechtfertigt sich ein solcher Staat durch „die Sicherung der allgemeinen Wohlfahrt“ (Tillmann 2000, S. 236), deren Durchsetzung aber in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und der Minimierung sozialer Leistungen diffizil wird. Da er sich weiter in der Tradition demokratischer Prinzipien sieht, versucht er sich durch die Verteidigung der Werte von Gleichheit und Freiheit zu legitimieren.

Aber hieraus erwächst sein Dilemma: In einer von Ungleichheit durchzogenen Gesellschaft muß „Gleichheit“ garantiert und demokratische Verfahren durchgesetzt werden, wo eine privilegierte Minderheit über eine Mehrheit politisch entscheidet. Wird „Gleichheit“ in „Leistungsgleichheit“ umdefiniert, erscheint die Erzielung von Massenloyalität als ein Weg zur Sicherung des demokratischen Anspruches, der gleichzeitig „aber Partizipation vermeidet“ (Habermas, 1976, S. 309). Mittels Wahlen wird die aktive Teilnahme auf ein Minimum reduziert und dem Einzelnen das Gefühl eines aktiven Engagements vermittelt. Dies birgt aber Nachteile für Bürger und soziales Gefüge. Die mangelnde Einbindung in Entscheidungsprozesse wirft Fragen auf, inwieweit die Individuen von der Demokratie und einem Staat überzeugt sein können, der seine Existenz aus den Prinzipien der bürgerlichen Revolution legitimiert, diese aber nur für die „Massenloyalität“ (ebd. S. 309) garantiert. Dadurch wird die „Herrschaft des Volkes“ als

bloße Methode zur Systemstabilisierung begriffen. Eine stärkere individuelle Einbindung, besonders die von Experten, wird diesen aber, wie bei den Studierenden, zu Gunsten „fachfremder“ Personen „nur ... bedingt zugestanden“ (Briese, 1980, S. 280). Das führt demokratische Traditionen ad absurdum, verhindert die Verinnerlichung demokratischer Prinzipien und entmündigt die künftige „Elite“.

Politisches Wissen und Sozialisation als Voraussetzung

Damit im besonderen die Inhaber gesellschaftlicher Schlüsselpositionen für solche Werte eintreten und produktiv sein können, ist ein Minimum an politischer Verantwortung ungenügend. Derartige Einschränkungen haben nicht selten zur Entwicklung totalitärer Regime geführt. Um dem vorzubeugen, Adorno (1977) spricht beispielhaft vom „Prinzip von Auschwitz“, ist „Autonomie, ... die Kraft der Reflexion, der Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen“ (Adorno, 1977, S. 679) relevant. Es braucht nicht nur die Antizipierung egalitärer Normen und Werte, sondern die konkrete Ausübung, um internalisierter Teil der menschlichen Existenz zu werden. Die Verinnerlichung demokratisch-egalitärer, zur kritischen Selbstreflexion ausgerichteten Strukturen ist nur zu erreichen, wenn so früh als möglich die Chance besteht, dies zu erlernen.

Bereits Mitte der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts konstatierte Fraenkel gegenüber dem Verfassungswesen insofern eine Mißstimmung, als daß dieses „weitgehend nicht dem entspricht, was man sich unter der Herrschaft einer ‘echten’ Demokratie vorstellt“ (Fraenkel, 1979, S. 52). Mit dem Hinweis, daß es nicht historisch gewachsen, sondern in Anlehnung an westeuropäische demokratische Kulturen etabliert worden ist, erscheint ihm bereits ein theoretisches Verständnis der Funktionsweise durch die Menschen, die darin leben, als eine wichtige Voraussetzung für eine Akzeptanz. Dementsprechend gilt es, die Bürger so früh als möglich mit der Art und Weise der demokratischen Prinzipien und speziell mit den Grundlagen des geltenden Verständnisses vertraut zu machen. Sowohl das Ergründen bestehender Aversionen als auch der Versuch, ein Verständnis für ein demokratisches System zu etablieren, tragen maßgeblich zur Sicherung und dem Ausbau egalitärer Normen und freiheitlicher Grundordnungen bei und konterkarieren autoritäre Bestrebungen.

Diese Relevanz dokumentiert Patzelt (1998), der mit repräsentativen Daten des Allensbacher Institut für Demoskopie ein mangelndes *Wissen* der Bürger gegenüber dem deutschen Regierungssystem skizziert. Dabei weichen nicht nur Vorstellungen von Demokratie und Beteiligung sondern auch Aufgaben der gewählten Vertreter von den eigentlichen Konzeptionen ab. Die für das deutsche System „zentralen Merkmale (werden) mehrheitlich“ (ebd. S. 728) abgelehnt. Die größten Diskrepanzen zeigen sich zwischen der realen Funktionsweise und „den normativen Vorstellungen der Bevölkerung“ (ebd. S. 736). Es erkennen zwar 61 Prozent, daß die BRD eine parlamentarische Regierungsform hat, aber lediglich 40 Prozent wünschen sich ein solches System. Selbst unter den Volksvertreter begrüßt „nur eine Minderheit ... *eindeutig* das *parlamentarische* Regierungssystem“ (ebd. S. 740). Kritik und Unverständnis resultieren besonders aus einem Nicht-Verstehen des „Zusammenwirken(s) (der) einzelnen Funktionselemente“ (ebd. S. 746). Dies wirkt sich negativ auf die Partizipationsbereitschaft und das Vertrauen in die staatlichen Institutionen aus. Die „politische Bildungsarbeit“ (ebd. S. 755) ist hier im Zugzwang, um dies durch theoretische und besonders praktische Arbeit zu beseitigen, die sich durch alle Bildungseinrichtungen erstrecken muß.

Für eine solche Mitgestaltung braucht es aber mündige Bürger. Habermas geht hierbei von der „Idee der Mündigkeit“ (Tillmann, 2000, S. 226) aus, die die Entstehung einer starken Ich-Identität einschließt und voraussetzt. Dies beinhaltet die Aneignung und Erweiterung kommunikativer Kompetenzen, d.h. die Fähigkeit eines prinzipiengeleiteten Rollenhandelns, die Ausweitung und Perfektionierung der Diskursfähigkeit. Dadurch wird die Kompetenz geschaffen, sich in immer komplexeren Gesellschaften bewegen zu können sowie diskursiv gestaltend einzuwirken. Gerade in der Fähigkeit des Diskurses, in dem unterstellte Selbstverständlichkeiten problematisiert werden, werden egalitäre „Normen wie Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit“ (ebd. S. 226) begründet gesehen, wie sie in einem auf demokratischen Grundsätzen basierenden Staat existieren sollten.

Die Entwicklung zu einem mündigen Gesellschaftsmitglied, das zu einem reflektierenden moralischen Urteilen und Handeln fähig ist, ist aber erst in einem langwierigen *Lern- und Sozialisationsprozeß* möglich. In der von Kohlberg (1987) formulierten sechsstufigen moralischen Entwicklung, die zu so einem Bewusstsein führt, entfaltet sich der Einzelne auf der höchsten Ebene zu einem „an allgemeingültigen ethischen Prinzipien“ (ebd. S. 27) orientierten Wesen. Hierin sieht Habermas die Elemente, die er als egalitär und in einer komplexen Gesellschaft als notwendig und ausbaubar begreift. Die Gestaltung der Ich-Identität gelangt hierbei auf ihren Höhepunkt. Dieser Vorgang basiert auf einem „langsamen Aufbau von Fähigkeiten ... infolge von Bildungsprozessen“ und durch einen sukzessiven Abbau bei einem „Wegfall von Bildungs- und Übungsmöglichkeiten“ (Lind, 2002, S. 28). Das sich entwickelnde Bewußtsein soll zum „analytischen Verstehen, den Wertprinzipien und der Motivation, die der Bürger einer Demokratie notwendig braucht, wenn Demokratie ein wirkungsvoller Prozeß sein soll“ (Kohlberg, 1987, S. 36), beitragen. Sieht man in den jungen Generationen die zukünftigen Verantwortlichen, so erhärtet sich dieser Gesichtspunkt. Aufgrund ihrer strukturellen Beschaffenheit bietet die Hochschule günstige Voraussetzungen zu Übernahme politischer Verantwortung, Verinnerlichung und Fortentwicklung demokratischer Prozesse.

2.3 Ein Blick in die Forschungslandschaft

Im Gegensatz zu Studien über hochschulpolitische studentische Partizipation existiert eine Vielzahl von Untersuchungen über gesellschaftspolitisches Verhalten und die Einstellungen angehender Akademiker/-innen. Als Modell hierzu ist die Studie von Habermas/ Friedeburg/ Oehler/ Weltz (1969) zu nennen. Wie diese umfangreiche und vielfältige Arbeit beschäftigen sich auch die nachfolgenden in der Regel nicht bzw. nicht sehr ausgiebig mit der hochschulpolitischen Dimension. Daneben existieren umfassende Jugend- bzw. Bevölkerungsumfragen, die regelmäßig durchgeführt werden. Sie geben Aufschluß über das politische Bewußtsein und die Einstellungen von Nichtakademikern und können mit Studien über die Studierenden verglichen werden. Schließlich sind Hinweise auf repräsentative Bevölkerungssurveys verfügbar, deren Erkenntnisse ebenfalls mit Studierendenuntersuchungen in Beziehung zu stellen sind. Im Folgenden werden hierzu ausgewählte Studien hinsichtlich Ansatz, Design und zentrale Befunde vorgestellt, um Folgerungen für die eigenen Analysen ziehen zu können.

Politische Partizipation und Orientierungen von Studierenden

Als eine der frühesten Veröffentlichungen zu dem Thema *Studentische Partizipation an der Hochschule* ist in Deutschland die Studie von Heribert Adam (1965) zu nennen.

Unter dem Titel „Studentenschaft und Hochschule“ befragte er 173 Studierendenvertreter, zehn Rektoren und Professoren der Universität Frankfurt. Er kommt zu dem Ergebnis, daß sich nur ein geringer Teil der Studierendenschaft aktiv an hochschulpolitischen Prozessen beteiligt, und das vorherrschende studentische Bewußtsein als unpolitisch charakterisiert werden kann. Mit Blick auf den „schulmäßigen Studienbetrieb in vielen Fächern“ (Adam, 1965, S. 11) werden Chancen einer politischen Betätigung als gering eingestuft. Sofern die Hochqualifizierten aktiv sind, wird ihnen kompetente Mitarbeit und Sachverstand bescheinigt. Apathien werden als studententechnisch bedingt begründet, ebenso daß die Aufgaben der Interessenvertretung mit den Interessen vieler Hochschulangehöriger nicht konvergieren.

Von 1966 bis 1969 wurden von Deichsel u.a. (1974) für ihre Studie „Politische Sozialisation von Studenten“ an der Hamburger Universität 1775 Studierende mit einem standardisierten Fragebogen interviewt (1967 N=601, 1969 N=772). Differenziert nach Interesse und Engagement äußert man sich in beiden Bereichen eher apathisch. Den Autoren folgend, ist von einer relativen Unabhängigkeit der Variablen Alter, Studiendauer und Schichtzugehörigkeit auszugehen.

Eine sich über viele Jahre hinweg mit dem Komplex Hochschule und Studierende beschäftigende Einrichtung war die Forschungsgruppe Hochschulsozialisation Zentrum I Bildungsforschung/ Sonderforschungsbereich 23. In ihrer Studie über Studierende bezüglich „Informationsverhalten, Studiensituation und gesellschaftspolitische Vorstellungen“ (1981), bei der 1978 2098 Erst- und Neuntsemester befragt wurden, wird im Vergleich zur Gesamtbevölkerung auf ein höheres politisches Interesse unter den Studierenden verwiesen. Dieses wird „von einem starken Verpflichtungsgefühl begleitet“ (Bargel/ Sandberger, 1981, S. 136); dies gilt aber nur im geringem Maße für Hochschul- sowie studentische Politik. Das Gros zeigt sich desinteressiert und nicht partizipativ.

Aus dieser Forschungstradition hervorgegangen, beleuchtet seit Anfang der 1980er Jahre die AG Hochschulforschung mittels einer alle zwei bis drei Jahre durchgeführten repräsentativen Umfrage Studiensituation und studentische Orientierungen aus Sicht der Studierenden. Ist für die 1980er Jahre ein für alle Gremien und Selbstverwaltungsinstanzen „geringes Interesse und eine minimale Teilnahmebereitschaft“ (Bargel/ Sandberger/ Ramm, 1992, S. 26) zu konstatieren, steigt diese Zahl in den 1990er Jahren. Das gilt besonders für Sachverhalte und Gremien, die nicht primär im Zusammenhang mit dem Studium stehen. Im Vergleich finden eher informelle Kreise den meisten Zuspruch. Betrachtet man die Aufgaben studentischer Vertretungen, so sind unmittelbar studienbezogene Themen zu bearbeiten. Die Sozialwissenschaften übernehmen wieder eine aktive Rolle in studentischen Gremien, nachdem ihre Meinungsführer seit Mitte der 80er überproportional zurückging (Bargel/ Sandberger/ Ramm, 1992). Das schwindende politische Interesse und die deutliche Abstinenz bezüglich einer aktiven Beteiligung ist eine „Folge von Desinteresse und Resignation“ (Bargel, 1994, S. 15).

Demirovic/ Paul (1996) stützen die Ergebnisse von Bargel (1994) insofern, als die aktiven Studierenden sich selbst als politisch links verorten (vgl. Brämer, 1993). Sie führen weiter aus, daß eine Teilnahme an hochschulischen Prozessen von einer „individuelle(n) Kosten- und Risikenabschätzung“, sowie der Beschränkung einer „studentischen politischen Willensbildung durch die Rechtsprechung und die Hochschulverwaltung“ (Demirovic/ Paul, 1996, S. 74) abhängig ist. Die junge Elite wird demotiviert, sich „überhaupt

politisch zu orientieren und zu engagieren“ (Demirovic/ Paul, 1996, S. 74). Es ist zwar ein großes Potential für temporäre Aktionen und Proteste vorhanden; aber nur wenige sind zu einem „langfristigem politischen Engagement“ (ebd. S. 69) bereit. Wie Habermas u.a. (1967) zeigen sie, daß die Gruppe der linksorientierten Basisdemokraten, sich am stärksten „für Hochschulpolitik und um sie kreisende Themen“ (Demirovic/ Paul, 1996, S. 220) interessiert. Auch sie arbeiten fachspezifische Unterschiede heraus und weisen auf aktive Rechts-, Sozialwissenschaftler und Mathematikstudenten.

Die Haltung zur Hochschulpolitik spiegelt sich in der *allgemeinpolitischen Dimension*. Habermas u.a. (1967) zeichnen in ihrer Arbeit ein Bild von einer an Politik wenig interessierten, demokratisch ambivalenten Studierendenschaft, die trotz ihrer Befürwortung von demokratischen Werten wenig überzeugt ist. Sofern sie sich politisch interessiert und engagiert äußerten, waren dies vielfach hohe Semester. Auch hob sich ihr biographischer Hintergrund von der „Unmündigensituation der Unpolitischen am schärfsten“ dadurch ab, als sie für ihre Motive „insgesamt mehr an objektiven Einflüssen“ (ebd. S. 115) – Schule, Kriegs-, Nachkriegserlebnissen politisch interessierte Familien – genannt haben. Demokratisch gesinnte Studierende wurden besonders in der Mittel- und Unterschicht ausgemacht. In der Oberschicht sind eher diejenigen lokalisiert worden, die einem autoritären Staatsgebilde den Vorrang geben würden. Kaase (1982) verweist darauf, daß die in den späten 1960ern beginnenden politischen und demokratischen Aktivitäten der angehenden Akademiker „entscheidend durch das politische Umfeld“ (S. 94) beeinflußt wurden. Mit der Erfüllung bzw. dem Beginn der Umsetzung politischer Forderungen ging eine „umfassende politische Beruhigung, ... sogar eine Depolitisierung“ (S. 94) in Teilen der Studierendenschaft einher, so daß auch dieser Einfluß verebbte.

Das verdeutlicht auch die Studie „Student 92“. Wie der Großteil der hier untersuchten 1700 Hochschulgänger der institutionalisierten Politik eine klare Absage erteilen, gilt dies auch für die Hochschulpolitik, obgleich sie „dem studentischen Alltag sehr viel näher“ (Brämer, 1993, S. 195) ist. Kritisiert werden in erster Linie mangelnde Einflußmöglichkeiten auf den institutionalisierten Ebenen. Es gibt eine klare Präferenz für die Freizeitgestaltung. Gesellschaftspolitische Engagements siedeln sich hinter geselligen, sportlichen und kulturellen Veranstaltungen an.

Dies bestätigt die 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Demnach hängen Freizeitaktivitäten auch von der Haltung „zum Hochschulstudium ab“ (Schnitzer, u.a., 1998, S. 436). Sehen dies Studierende als Interessens- und Lebensmittelpunkt, pflegen sie nicht nur die Formen studentischer Kultur, Geselligkeit und des Sports, sondern sind auch hochschulintern stärker „gesellschaftlich und politisch engagiert“ (ebd. S. 436).

Trotz einer Abkehr von der institutionalisierten Politik, die ungerechtfertigter Weise mit Schlagwörtern wie „Entpolitisierung“ und „Entdemokratisierung“ gleichgesetzt wird, ist ein *Interesse* an politischen Inhalten sowie „der scharfe Blick für gesellschaftliche Krisenerscheinungen“ (Brämer, 1993, S. 196) existent. Die Studierenden sind an Politik „viel stärker ... interessiert ... als die Bevölkerung insgesamt oder die Gleichaltrigen“ (Bargel, 1985, S. 68). Dies ist aus einem selbst auferlegten Verpflichtungsgefühl, an politischen Aktivitäten teilzuhaben bzw. sich dafür offen zu zeigen erklärbar. Der Gedanke, daß eine „Gleichgültigkeit gegenüber Politik ... verantwortungslos“ (Bargel/ Sandberger, 1981, S. 136) sei, ist sicher ein Erfolg der politischen Bildungsarbeit. Die jungen Hochqualifizierten können sich über politische Sachverhalte ausgiebiger infor-

mieren und diskutieren. Das zeigt sich in der Akzeptanz und dem Zulauf informeller bzw. von Gruppen, in denen man nicht parteipolitisch eingezwängt und determiniert wird (Bargel/ Ramm/ Sandberger, 1992). Trotz Kritik wird rechten Kräften eine Absage erteilt. Sie schenken am ehesten dem linken, besonders dem sozialdemokratischen, grün-alternativen Spektrum ihre Sympathie und befürworten mehrheitlich demokratische Grundstrukturen (Wildenmann/ Kaase, 1968; Brämer, 1993; Bargel, 1994; Demirovic/ Paul, 1996). Glotz/ Malanowski (1982) zeigen aber ein anderes Demokratieverständnis, daß sich vom herrschenden dadurch abgrenzt, daß der Begriff „Herrschaft des Volkes“ gestärkt werden soll. Hierbei werden basisdemokratische Elemente gefordert.

Ergebnisse aus Jugendsurveys

Die Abkehr von der institutionalisierten Parteienpolitik ist auch in Jugendumfragen konstatierbar. Als eine umfassende und repräsentative Studie ist der aktuelle Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI) (1997) mit 6919 Jugendlichen und jungen Erwachsene im Alter von 16 bis 29 Jahren zu nennen. Demnach genießt das etablierte Politikestablishment, bei geringem politischen Interesse, das „geringste Maß an Vertrauen“ (Gille/ Krüger/ de Rijke, 2000, S. 239). Diesem wird, im Gegensatz zu alternativen politischen Einrichtungen, nur eine geringe Berücksichtigung und Lösung gesellschaftlicher Probleme zugetraut. Unterschiede in der Anteilnahme an politischen Prozessen zeigen sich dahingehend, daß sie gegenüber einer älteren DJI-Studie (1992) im Westen mittlerweile leicht gestiegen ist (1992 21%, 1997 25%); im Osten interessiert sich nicht einmal jeder Fünfte dafür (1992: 22 %).

Trotz des geringen politischen Interesses, das bei Frauen geringer ist, wird ein hoher Zuspruch für die Demokratie konstatiert, obgleich im Osten „sozialistische Vorstellungen 1997 mehr Beachtung finden als fünf Jahre vorher“ (Gille/ Krüger/ de Rijke, 2000, S. 259). Hier ist ferner ein Schwinden der Demokratieakzeptanz festzustellen (Bulmahn, 2000). Die Zustimmung zu demokratischen Grundmustern wird größer, je „höher der Bildungsabschluß ist“ (ebd. S. 225). Bezüglich der politischen Selbstverortung neigen die Befragten, neben der mehrheitlichen Befürwortung der Mitte – was dies auch immer sein mag – eher dem linken Spektrum zu. Je höher der Bildungsabschluß ist, desto eher begreift man sich als linksorientiert. Das gilt am stärksten für die „Studenten ... in West wie Ost“ (ebd. S. 245). Genießt der formale Akt der Wahl die größte Priorität, wird die Bereitschaft zu „unkonventionellen Partizipationsformen“ (Gaiser/ de Rijke, 2000, S. 276) transparent. Das gilt besonders für leicht zugängliche und direkte Formen (z.B. Unterschriftensammlungen). Das Engagement junger Frauen erreicht „im unkonventionellen und informellen Bereich mindestens das Niveau“ (Gille/ Queisser, 2002, S. 255) der Männer (vgl. auch DJI-Jugendsurvey, Gaiser/ Gille/ Krüger/ de Rijke, 1998; Kaase, 1982; IPOS, 1999).

Unkonventionell illegale Beteiligungsformen werden mehrheitlich abgelehnt. Es erklärt sich aber fast ein Drittel im Osten und mehr als ein Fünftel im Westen mit einer ungenehmigten Demonstration oder einem Boykott (Osten: 26%, Westen: 37%) einverstanden, wobei die nichtlegalen Arten eher von Männern in Betracht gezogen werden. Je stärker politisches Interesse und „postmaterialistische Orientierungen vorherrschen, desto größer ist die Bereitschaft ... sich in jedweder Form zu engagieren“ (Gaiser/ de Rijke, 2000, S. 281). Je höher der *Bildungsabschluß* ist, desto eher ist man „bereit, sich zu engagieren, und zwar bei allen Formen“ (ebd. S. 281). Lediglich bei unkonventio-

nell-illegalen Aktivitäten sind es die Jüngeren, die an der Spitze stehen. In einem Links-Rechts-Schema, sind es die sich als „links“ einordnenden Individuen, die sich im legalen Bereich beteiligen. Die illegalen Bereiche werden in den neuen Ländern mehrheitlich von der Rechten, im Westen von der Linken besetzt.

Insgesamt *enthält* sich knapp ein Viertel der Befragten jeglicher Beteiligung. Fast einem Zehntel der engagierten Akteure steht ein Viertel an passivem Publikum gegenüber. Die Mehrheit zeigt sich aber schwankend „zwischen skeptischer Distanz und punktueller Aktivierbarkeit“ (Gaiser/ de Rijke 2000, S. 294). Anders als die etablierten und institutionalisierten Einrichtungen erfahren Gruppierungen „die gesellschaftliche Probleme aufgreifen und politisch thematisieren ... bundesweit breite Sympathie“ (ebd. S. 291). Dort scheinen die Einflußmöglichkeiten anders gelagert zu sein.

Auch die 13. Jugendstudie der Deutschen Shell AG stellt ein rückläufiges Interesse sowie eine deutliche und größer werdende Distanz zu politischen Parteien fest. Dies gilt besonders für junge Frauen und Jugendliche im Osten. Zum einen rührt dies daher, daß in den institutionalisierten Einrichtungen weniger die Probleme der Bürger, als vielmehr „die Interessen der Wirtschaft ... dominieren und die Politik von Sachzwängen bestimmt wird“ (Fischer, 2000, S. 268). Als Grund wird das Erleben fehlender Kompetenz vermutet. Es muß wieder ein „Verständnis für gesellschaftliche Zusammenhänge“ bei den jungen Leuten sowie eine Verringerung ihrer „biografischen Belastungen in der Gegenwart“ (ebd. S. 281) erfolgen, um diese Kluft schließen zu können. Ferner sind fehlende bzw. zu wenige Möglichkeiten der aktiven Teilnahme zu nennen. Denn die Bereitschaft für politisches „Engagement hängt ... von den perzipierten Chancen ab, politische Entscheidungen zu beeinflussen“ (Hoffmann-Lange, 2000a, S. 220).

Befunde aus allgemeinen Bevölkerungsumfragen

Mit ALLBUS-Daten der Jahre 1980-1998 verweist Hoffmann-Lange (2000a) auf ein steigendes politisches Interesse, je höher die schulische Bildung ist. Es zeigen aber die jungen Geburtskohorten jeder Bildungsstufe ein schwindendes Interesse. Dennoch besteht eine Protestbereitschaft, die auch unkonventionelle Mittel einschließt. Durchgängig liegt sie „in der jüngeren Generation über derjenigen in der älteren“ (Hoffmann-Lange, 2000a, S. 230). Die Jüngeren bekunden deutlicher, daß sie in „weit geringerem Maße ... bereit“ sind politische Entscheidungen „als gegeben hinzunehmen“ (ebd. S. 239). Betrachtet man das Alter, so zeigt sich „eine ... kurvenlineare Beziehung“ (Niedermayer, 2002, S. 23): Mit diesem steigt das Interesse an politischen Zusammenhängen und kehrt sich in den höchsten Altersgruppen wieder um. Begründet wird dies mit der Eingliederung der Jungen und „abnehmende(n) Integration der Ältesten“ (ebd. S. 23) in politische Prozesse.

Abbildung 1

Überblick zu ausgewählten Studien über politische Orientierungen von Studierenden

	Studie	Ergebnisse
Heribert Adam, 1965	Studentenschaft und Hochschule (schriftliche, mündliche Befragung von 173 Studierendenvertretern, 10 Rektoren und Professoren)	Geringe Aktivität; wenn aktiv: kompetente Mitarbeit; eher unpolitisches Bewußtsein, sowie Apathie und mangelnde Bereitschaft: u.a. studentisch bedingte Ursachen, Aufgaben der Hochschule konvergieren selten mit den Interessen Studierender
Habermas/ Friedeburg/ Oehler/ Wirtz, 1967	Student und Politik (171 Studierende in Frankfurt, standardisierter Fragebogen)	wenig Interessierte, demokratisch ambivalente Studierendenschaft
Wildenmann/ Kasse, 1968	Die unruhige Generation (3027 Studierende in Berlin, 995 nichtakademische 17-bis 24jährige Jugendlichen)	große Politisierung; im Vergleich zu Gesamtbevölkerung: demokratischer
Deichsel/ Helfen/ Laga/ Laga/ Tiemann/ Wittern, 1974	Politische Sozialisation von Studenten (1775 Studierende in Hamburg; standardisierter Fragebogen)	Interesse und Aktivität an HS-Politik gering; relative Unabhängigkeit von Alter, Studiendauer, Schichtzugehörigkeit
Zentrum I Bildungsforschung/ SFB 23 (Forschungsgruppe Hochschulsozialisation) Framhein/ Bargel/ Dippelhofer-Stiem/ Peisert/ Sandberger, u.a. 1981	Informationsverhalten, Studiensituation und gesellschaftspolitische Vorstellungen (2089 Erst- und Neuntsemester; standardisierte, schriftliche Befragung)	Höheres politisches Interesse unter den Studierenden als in der Gesamtbevölkerung („Verpflichtungsgefühl“), aber nur in geringem Maße für HS- und studentischer Politik; nur wenige partizipativwillig
Arbeitsgruppe Hochschulforschung (1982 bis 2001: alle zwei bis drei Jahre: Studierendensurveys; 2001: achte Welle)	Studiosituation und studentische Orientierungen (repräsentative Surveys, standardisierten Fragebögen)	Geringes, schwindendes Interesse und Partizipationswillen an HS-Politik; Aufgaben einer Vertretung eher im studienbezogenen Bereich; Linke aktiver, fächerspezifische Unterschiede

	Studie	Ergebnisse
Glötz/ Malanowski, 1982	Student heute. Angepaßt? Ausgestiegen? (100 Akademiker, Interviews)	Beachtung individuell-gesellschaftlicher politischer Dimension; fest verankertes (basis-)demokratisches Bewußtsein
Brämer (1993)	Student 92 (1700 Befragte, standardisierter Fragebogen)	Absage an institutionalisierte und HS-Politik; mangelnde Einflüsse; Aktivitäten der Freizeitgestaltung gehen vor
Demirovic/ Paul, 1996	Demokratisches Selbstverständnis und die Herausforderung von rechts (1384 schriftlich Befragten, Einzelinterviews, Gruppendiskussionen)	Individuellen Kosten-, Risikenabschätzung und äußere Einflüsse: Demotivierung und geringe Beteiligung an HS-Politik; aber sehr (basis-) demokratisch orientiert; Fächerspezifika; Linke am aktivsten
15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes durchgeführt vom HIS: Schnitzer/ Isserstedt/ Müßig-Trapp/ Schreiber, 1998)	Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland (20533 Befragte)	Gesellschaftliches/ politisches Engagement untere Präferenz; abhängig von Grundhaltung zum Studium
DJI-Jugendsurvey 2 Gille/ Krüger (Hrsg.), 2000	Unzufriedene Demokraten (6919 Befragte im Alter von 16 bis 29 Jahren)	Etablierte Politik: geringes Interesse und Vertrauen; hoher Zuspruch für Demokratie; höhere Bereitschaft zu unkonventioneller Partizipation bei Frauen; mit hoher Bildung am ehesten engagiert; Linksorientiert: eher im legalen Bereich, rechtsorientiert eher im illegalen Formen aktiv; knapp ein Viertel enthält sich ganz
13. Shell-Studie Fischer/ Fritzsche/ Fuchs-Heinritz/ Münchmeier (Hrsg.) 2000	Jugend 2000 (5286 Jugendliche)	Rückläufiges politisches Interesse, größer werdende Distanz zu institutionalisierten Einrichtungen (besonders politische Parteien)

Trotz des geringen Stellenwerts der Politik ist nicht von einer absoluten Abstinenz zu sprechen. Über mehr als zwanzig Jahre haben „gut zwei Fünftel eine politische Versammlung besucht“, genauso viele versuchten sich an der Lösung von Gemeindeproblemen. Ein Viertel äußert, individuelle Politikerkontakte gehabt zu haben, rund ein Fünftel hat aktiv „im Wahlkampf mitgearbeitet“ (Niedermayer, 2001, S. 214). Das seit Ende der 60er Jahre veränderte Beteiligungsverhalten spiegelt sich in der höheren Akzeptanz und Verbreitung unkonventioneller Beteiligungsformen. Mehr als die Hälfte der Bürger hat sich an Unterschriftensammlungen beteiligt. Je deutlicher die Formen aber „gegen geltende Rechtsvorschriften“ (ebd. S. 217) verstoßen, desto größer wird die Ablehnung. Da die jüngere Generation konventionelle Beteiligung für eine erfolgreiche Mitgestaltung sehr gering einschätzt, setzt sie mehr „auf direktdemokratische (Protest-) Aktivitäten“ (Hoffmann-Lange, 2000b, S. 60).

Insgesamt zeigt sich eine geringe Beachtung des Themas Studierende und Hochschulpolitik in der sozialwissenschaftlichen Forschung (vgl. Abbildung 1). Oftmals beschränkt sich die Untersuchung auf die Analyse weniger Einflussfaktoren. Will man aber der Bedeutung des Themas und der Klientel gerecht werden, so ist eine Reihe konkreter Merkmale bzw. Einflußgrößen heraus zuarbeiten. Nur so lassen sich die Hintergründe ausreichend beleuchten, die für eine aktive Teilnahme an hochschulpolitischen Prozessen relevant sind.

3 Fragestellungen und Untersuchungsanlage

3.1 Fragestellungen

Diese Arbeit rückt die hochschulpolitische Partizipation der angehenden Akademiker/-innen in das Zentrum und verwendet dies als mehrgestaltiges Konstrukt mit wenigstens vier Aspekten – Interesse, Partizipation bzw. die Bereitschaft hierzu, Aufgaben sowie Artikulationsweisen. Daran geknüpft sind vier Problembündel: Interesse gilt hier als Voraussetzung jeglicher Handlungsbereitschaft und Partizipation. Es ist zunächst zu erfassen, inwieweit überhaupt politisches *Interesse* der Studierenden existiert. Dazu wird zwischen allgemeinem, hochschulpolitischem sowie einem an studentischen Belangen spezifisch ausgerichtetem Interesse unterschieden.

Auf dieser Basis können sich Potentiale für eine mögliche oder tatsächliche Teilhabe entwickeln. Dabei ist zu analysieren, wie und auf welchen Ebenen sich *Partizipationsbereitschaften* äußern – bei Fachschaften, studentischen bzw. offiziellen Selbstverwaltungen oder sonstigen Gruppen. Dem sich auf das Studium konzentrierenden Bereich steht die Betrachtung des Engagement im gesamthochschulischen Rahmen gegenüber. Ersteres bezieht sich auf einen überschaubaren Komplex, in dem Belange des jeweiligen Faches bzw. Studiums betrachtet werden. Die Themenwahl einer die Hochschule umfassenden Vertretung ist hingegen umfangreicher. Nicht selten resultieren aus den Eingebundenheiten der Hochschulen in ihre Region Aspekte, die über fachliche Belange hinausgehen und die politische Vertretung gegenüber der Gesellschaft tangieren. Dementsprechend ist aufzuzeigen, inwieweit die Bereitschaft existiert, sich fachlich oder als Gesamtvertreter für die Belange aller Studierenden einzusetzen.

Neben der potentiellen Teilnahme an hochschulpolitischen Gremien und Gruppen, sind auch eine Reihe von *Aufgabenkomplexen* zu betrachten, die studentischen Vertretungen zugeschrieben werden. Diese lassen sich in Themen differenzieren, die sich unmittelbar auf das Studium beziehen sowie in überfachliche, sozialpolitische Bereiche, die im gesamtgesellschaftlichen Rahmen angesiedelt sein können.

Ein weiterer Schwerpunkt wird auf die Form der *studentischen Ausdrucks- und Artikulationsweisen* zu hochschulischen Entwicklungen gelegt. Dies als Gradmesser der Partizipationsbereitschaft zu betrachten, basiert darauf, daß unkonventionelle Äußerungsmöglichkeiten – Streiks, Boykotte, Besetzungen – seit längerem offenbar effektive Chancen öffentlicher Wahrnehmung studentischer Belange darstellen. Es ist zu beleuchten, inwieweit diese Handlungsformen besonders von denen bevorzugt werden, die sich aktiv politisch einbringen.

Leitende Hypothesen und Vermutungen

Basierend auf der Literatur und eigenen Erfahrungen als studentischer Vertreter ist ein geringes aktives Engagement der Studierenden zu erwarten, gleichwohl ihnen der hochschulpolitische Bereich nicht gleichgültig sein muß. Vielmehr ist ein Interesse zu vermuten, das höher ist, als die Bereitschaft sich einzumischen und mitzugestalten. Hierfür sind, neben individuellen Aspekten auch gesellschaftliche Verhältnisse verantwortlich zu machen. Da auf studentische Vorschläge bis auf unterstützende Worte keine bzw. nur langsam Taten folgen, verlieren viele ihren Beteiligungswillen. Lediglich durch aufsehererregende Aktionen können Sympathien und Beachtung gefunden werden. Auch

beschneidet die rechtliche Situation ein konstruktives Engagement. Bei den Aktiven ist eine intensivere Form der Interessenartikulation zu vermuten, da sie auch unkonventionelle Mittel benutzen dürften, um effektiv studentischen Interessen zu vertreten.

Es sind aber Differenzierungen hinsichtlich der Mitwirkungs- und Gestaltungsbereiche sowie -motivationen vorzunehmen. Während die Einsicht, sich auf fachlichem Gebiet für studentische Belange einzusetzen, als groß erachtet werden darf, wird auf hochschulischer Ebene ein geringerer Enthusiasmus zu konstatieren sein. Der erste Bereich ist von einer unmittelbaren Studiennähe geprägt, die von vielen Studierenden als vorteilhaft angesehen wird und sich mit studienrelevanten bzw. -begleitenden Thematiken auseinandersetzt. Auch erweist sich eine solche studentische Vertretung – mittels Fachschaften – als nicht so aufwendig und politisch motiviert, wie dies der gesamtstudentischen Repräsentation und ihren Aufgaben zugeschrieben wird. Dies scheint weniger abzuschrecken. Ein weiteres Argument für eine größere Beteiligung auf fachlichem Gebiet beruht darauf, daß sich hier die Früchte der Mitgestaltung schneller niederschlagen (u.a. fachliche Beratungen). Hingegen dürfen positive Erwartungen an studentische Gesamtvertretungen von vornherein nicht hochgeschraubt werden. Hier handeln die Akteure weniger nach fach- als nach gesellschaftspolitischen Riten und Vorgehensweisen. Besonders durch parteipolitische und lobbyistische Kalküle ist eine studentische Interessenvertretung hier ungleich schwerer und weniger erfolgreich. Allerdings bestehen vielschichtigere Chancen, sich für die Interessen der jungen Leute einzusetzen. Ferner ist hier politisches und diplomatisches Geschick mit Vertretern aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen erlernbar, um sich in der Wahrung und Durchsetzung der Interessen zu versuchen. Damit einhergehend kann sich ein demokratisches, auf Freiheit und Gleichheit beruhendes Bewußtsein herauskristallisieren.

Neben internen Verflechtungen zwischen hochschulpolitischem Interesse, Partizipationsgrad sowie Themen und Handlungsformen werden unterschiedliche Hintergründe und Faktoren vermutet, die einen Einfluß auf die studentischen Orientierungen und Haltungen nehmen. Beleuchtet werden mehrere Merkmalsbündel – Region und Status der Hochschule, Fachzugehörigkeit, soziale Herkunft sowie individuelle Werthaltungen und die politische Verortung der jungen Hochqualifizierten.

Im Zuge der Vereinigung der deutschen Staaten bietet ein *Ost-West-Vergleich* besondere Chancen. In Anlehnung an Georg (1996) wird angenommen, daß sich aufgrund unterschiedlicher Biographieentwicklungen die Sanktionierung bzw. Er kämpfung politischer Tätigkeiten in beiden Staaten bis heute auf das Engagement junger Hochqualifizierter auswirken. Aufgrund der Historie können insofern Unterschiede angenommen werden, als daß die Studierenden in den neuen Bundesländern die erworbenen politischen Freiheiten stärker nutzen wollen als ihre Kommilitonen im Westen, um Bevormundungen jedweder Art abzuwehren und auf diese Weise aktiv ihre Umwelt mit- bzw. selber zu gestalten. Allerdings erscheint es möglich, daß die westlichen Immatrikulierten aus der jüngsten Vergangenheit heraus, die zweifelsohne die Gesellschaft ebenso wie die Hochschullandschaft geprägt hat, hierfür mehr Bereitschaft zeigen als ihre östlichen Kommilitonen, deren DDR-Sozialisation bis heute nachwirkt.

Die Unterteilung in *Fachhochschule* (FH) und *Universität* bietet differierende Ansichten und Selbstverständnisse der Studierendenschaft. Da die FH eher eine Ausbildungsinstitution mit intensivem Praxisbezug ist, geprägt durch stark strukturierte Studienplä-

ne, ist zu fragen, ob ihre Klientel weniger hochschulpolitisch aktiv sind. Es ist zu vermuten, daß es durch das spezifische Verständnis der vor dem Studium bereits oft im Berufsleben stehenden Personen sowie aufgrund der Einrichtung hier ein Weniger an Engagement existiert. Es ist aber ebenso plausibel zu vermuten, daß bereits erworbene berufliche bzw. praxisorientierte Erfahrungen eher in hochschulpolitische Belange eingebracht werden als das bei jungen Universitätsstudierenden der Fall ist.

Ferner sind strukturelle Einflüsse zu überprüfen. Dies gilt besonders für *fachspezifische Unterschiede*. Kultur- und sozialwissenschaftliche Disziplinen werden, wohl aufgrund der freieren Studiengestaltung, als Hort der Aktiven betrachtet, Fächer der Natur-, Rechts- und Ingenieurwissenschaften dagegen als eher politisch enthalten, was auf einen größeren Leistungsdruck, besonders durch die Studienplanung und einer anderen Grundhaltung zurückgeführt werden könnte. Gegenteilige Befunde können ebenfalls aus dieser Unterschiedlichkeit resultieren. Während sich die Studierenden in frei gestalteten Disziplinen vielleicht andere Felder für ihre Kreativität suchen, setzen die Vertreter stark strukturierter Professionen genau dort an, um ihre – besonders fachlichen – Interessen zu fokussieren.

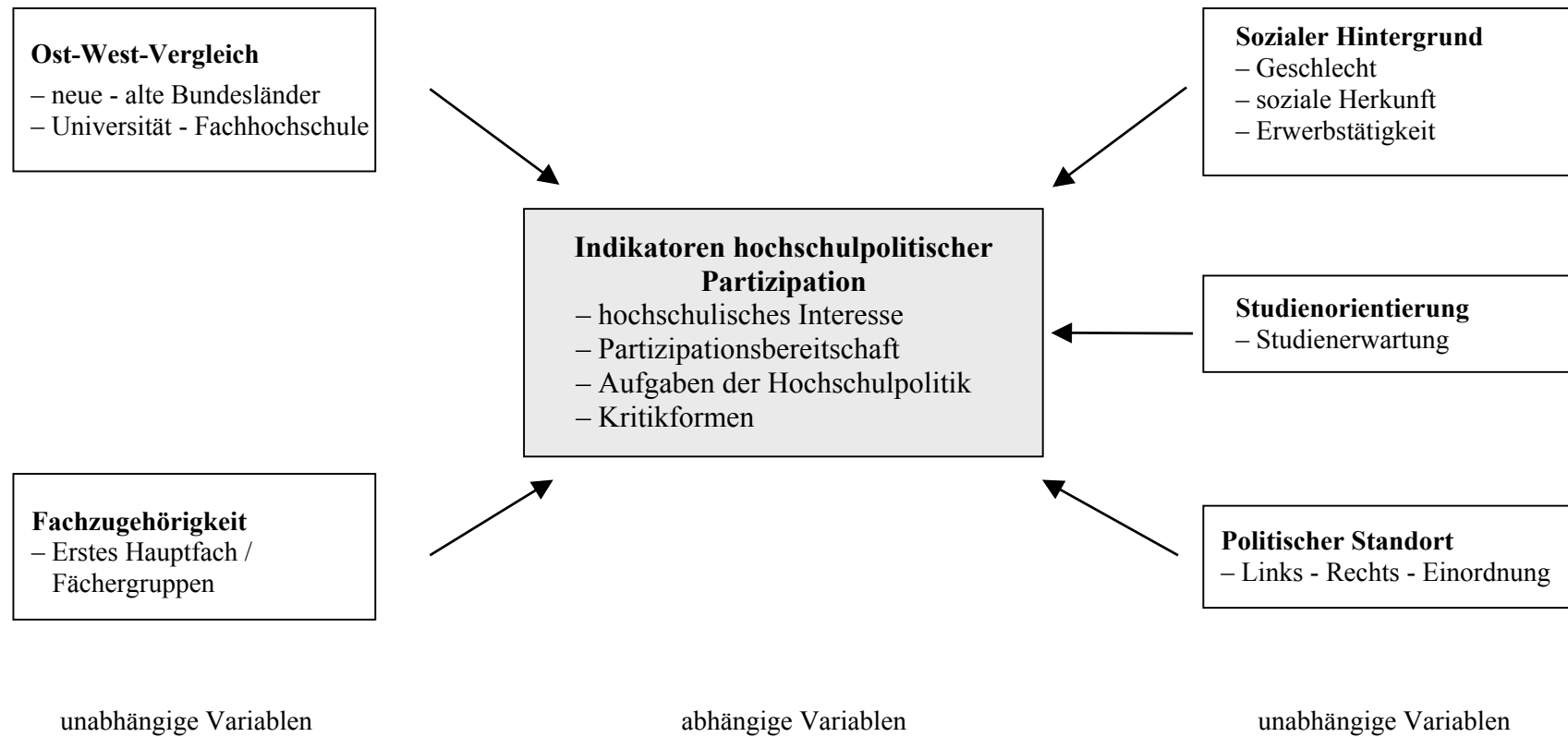
Eine weitere soziale Größe stellt das *Geschlecht* der Studierenden dar. Es ist anzunehmen, daß Studentinnen eine geeignete Chance sehen, durch ein Engagement geschlechtliche Ungleichbehandlung nachhaltig entgegenwirken zu können. Es ist aber auch nicht unplausibel anzunehmen, daß sich die gesellschaftliche Benachteiligung ebenfalls hier manifestiert hat.

Als relevant wird die *Bildungsherkunft* eingestuft. Studierende aus unteren Schichten könnten eher bestrebt sein, ihre Lage zu ändern, während ihre Pendants am Status quo interessiert sind. Diesen kann aber wiederum unterstellt werden, ihre Bildungs- und gesellschaftlichen Vorteile zur Negierung der Unterschiede einzusetzen, während erstere am eigenen sozialen Aufstieg interessiert und sich nicht für andere engagieren.

Zudem dürfte die studentische *Erwerbstätigkeit* Einfluß nehmen. Während finanziell unabhängigen Immatrikulierten alle Chancen für Betätigungen offen stehen, sind diejenigen, die sich ihr Studium selbst finanzieren müssen damit schlechter gestellt. Der Primat der Finanzen läßt eine größere Passivität dieser Gruppen erwarten. Es ist aber auch denkbar, daß gerade sie sich verstärkt für Änderungen – besonders der finanziellen Lage – auf politischen Wegen einzusetzen bereit sind.

Inwieweit der Hochschulpolitik Aufmerksamkeit, wenn nicht gar die Bereitschaft für eine aktive Teilnahme geschenkt wird, dürfte zudem mit *subjektiven Grundhaltungen zum Studium* und anvisierten Berufswünschen zusammenhängen. Je stärker das Studium als Ausbildung wie jede andere begriffen wird und sich beim Einzelnen eine materialistische Grundhaltung hinsichtlich des Hochschulstudiums sowie einer angestrebten Karriere herauskristallisiert, desto weniger kann eine partizipatorische Teilnahme unterstellt werden. Je gegenteiliger die Einstellung ist, desto höher wird die Partizipationsmotivation sein. Werden aber die Chancen, die ein solches Engagement mit sich bringt, herausgestellt, so erweist es sich für die materialistische Haltung als geradezu fördernd, diese durch ein hochschulisches Engagement habhaft zu erreichen.

Abbildung 2
Das operationale Modell zur Erfassung hochschulpolitischer Partizipation von Studierenden



Vor allem aber kann vermutet werden, daß der *politische Standort* ausschlaggebend ist. Je weiter politisch links sich die Studierenden einordnen, desto aktiver dürften sie sein. Anders als den sich eher rechts bzw. konservativ Einstufenden, ist ihnen daran gelegen, sich für andere einzusetzen, soziale Schieflagen zu korrigieren und dafür auch unkonventionelle Artikulationsmittel zu benutzen. Ferner kann eher von ihnen erwartet werden, sich mit dem politisch Bestehenden bzw. gesellschaftlichen Entwicklungen kritisch auseinanderzusetzen und diese im Sinne der jungen Leute zu verändern. Die bisherige Forschung scheint diesen Umstand zu bestätigen. Dennoch kann ebenfalls erwartet werden, daß rechte bzw. konservativ eingestellte Studierende deutlich engagierter sind, um geltende Gesetze einzuhalten, die von den Linken oftmals übergangen werden.

Die Faktoren und Einflußgrößen sind in einem operationalen Variablenmodell gebündelt (Abbildung. 2). Sie leiten die Datenaufbereitung und -repräsentation (*Kapitel 4*).

3.2 Stichprobe und Instrument

Die Fragestellungen dieser Arbeit werden anhand der Daten aus der achten Erhebung des Konstanzer Studierendensurveys (WS 2000/01), die an Universitäten und Fachhochschulen in Ost wie West erfaßt wurden, überprüft. Die AG Hochschulforschung der Universität Konstanz führt alle zwei bis drei Jahre repräsentative Studien über die Studiensituation und studentische Orientierungen durch. In die Auswertung werden alle 8130 beantworteten Fragebögen einbezogen. 53 Prozent der an 15 Universitäten und 8 Fachhochschulen Befragten sind weiblichen, 47 Prozent männlichen Geschlechts.

Tabelle 1 Die realisierte Stichprobe des Studierendensurveys 2001		
N = 8130	absolut	Prozent
Alte Bundesländer		
Universitäten	4.296	53
Fachhochschulen	1.288	16
Insgesamt	5.584	69
Neue Bundesländer		
Universitäten	2.089	26
Fachhochschulen	457	6
Insgesamt	2.546	31
Insgesamt		
Universitäten	6.385	79
Fachhochschulen	1.745	22
Quelle: Studierendensurvey 2001, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz		

Die *Rücklaufquote* betrug 35 Prozent. Entsprechend ihrem Anteil an der Hochschul-landschaft, dominieren die Universitäten (vgl. Tabelle 1). Von den befragten Studierenden sind 31 Prozent an einer Universität im Osten, die anderen 69 Prozent im Westen.

Dominieren in der Stichprobe an den Universitäten die Kulturwissenschaften, im Westen höher als im Osten, zeigen sich in den neuen Bundesländern die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften mit 16 bzw. 14 Prozent stärker vertreten als in der ehemaligen Bundesrepublik. Ist eine größere Beteiligung der Naturwissenschaftler – fast jeder Fünf-

te gehört dieser Fachrichtung an – und der Ingenieure (11%) an Westenuniversitäten zu erkennen, liegen die Mediziner in West wie Ost mit 11 Prozent gleichauf. Etwa jeder Zehnte der Befragten ist Jurastudent. Anders als an der Universität stellen die Studierenden der Ingenieurwissenschaften an den Fachhochschulen im Westen die stärkste Gruppe dar. Während sie im Osten knapp mehr als ein Viertel beträgt, sind hier die Ökonomen am stärksten vertreten (35%). Dies gilt auch gegenüber ihren westlichen Kommilitonen. In beiden Länderteilen ist fast jeder Fünfte der Teilnehmenden in den Sozialwissenschaften eingeschrieben.

Der Studie lag ein *standardisierter Fragebogen* mit rund 600 Originalvariablen zugrunde. Die herangezogenen und analysierten unabhängigen Variablen weisen alle eine Ordinalskalierung auf. Es handelt sich um die Fragen 58, 59, 60 und 61. Diese als abhängige Variablen aufbereiteten Komplexe sind im Anhang beigefügt.

4 Empirische Befunde

Die Darstellung der sekundäranalytischen Befunde erfolgt zum einen durch eine univariate Aufbereitung der im Mittelpunkt stehenden vier Indikatoren (4.1). Einer Beleuchtung der Verflechtungen zwischen diesen Variablenbereichen (4.2) schließt sich die Untersuchung unterschiedlicher Einflußgrößen an (4.3).

4.1 Indikatoren hochschulpolitischer Partizipation

Im Mittelpunkt dieses Kapitels steht die unmittelbare Beschreibung der studentischen Bereitschaft, an der Hochschulpolitik teilzunehmen: Die Aufmerksamkeit gilt zunächst den Verteilungen sowohl der Interessen an politischen Geschehnissen in der Gesellschaft als auch in der Hochschule. Es wird dann aufgezeigt, welche Gruppen im hochschulischen Bereich hinsichtlich Anteilnahme und Mitgestaltung präferiert werden, und inwieweit sie mit nichtpolitischen Betätigungsfeldern, zum Beispiel Sport und Kultur, konkurrieren können. Anschließend ist zu prüfen, welche Aufgaben einer studentischen Vertretung zugesprochen und als wie relevant diese betrachtet werden. Schließlich richtet sich der Fokus auf die Akzeptanz unterschiedlicher Kritikformen, die aus studentischer Sicht als Reaktionen auf hochschulpolitische Entwicklungen zu betrachten sind. Anhand der Mediane ist pro Frage eine Rangordnung der Items ermittelt worden, die den Tabellen und der Datenbeschreibung zugrunde liegt. Mittels des Assoziationskoeffizienten Gamma werden Beziehungen und gegenseitige Ausprägungen der einzelnen abhängigen Variablen untereinander aufgezeigt.

Das politische Interesse

Das studentische Interesse an Politik – so der erste Befund – bezieht sich zuvorderst auf die Allgemeinpolitik. Dieses Feld erfährt hinsichtlich theoretischer Skalenmitte und unter dem Aspekt prozentualer Verteilung die relativ größte Aufmerksamkeit. Das geht kongruent mit Studien einher, die den Immatrikulierten allgemeinpolitische Interessiertheit attestieren. Jeder Fünfte verweist auf ein sehr starkes, weitere 51 Prozent berichten von einem starken Interesse daran. Die Zahl der weniger bis gar nicht Anteilnehmenden ist mit 16 Prozent gering (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2 Das Interesse der Studierenden an allgemeiner Politik und Hochschulpolitik (Angaben in %)								
Interesse an	gar nicht						sehr stark	Median
allgemeinpolitischen Geschehnissen	3	5	8	15	24	27	19	4,3
hochschulpolitischen Fragen und Entwicklungen	5	10	16	25	26	14	5	3,3
studentischer Hochschulpolitik	15	19	21	22	16	6	2	2,3
Quelle: Studierendensurvey 2001, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz								

Vergleichsweise weniger Zuspruch erhält das Feld hochschulpolitischer Belange. Diesem schenkt etwa ein Drittel keine oder wenig Aufmerksamkeit; das heißt aber nicht,

daß es ganz unwichtig wäre: Jeder Vierte bekundet ein mittleres und 45 Prozent sogar ein ausgeprägteres Interesse daran. Darunter befinden sich allerdings nur fünf Prozent, die ein sehr starkes Interesse äußern.

Das geringste Interesse bringen die angehenden Akademiker/-innen einer studentischen Hochschulpolitik entgegen, die abgeschlagen auf dem dritten Platz der Medianhierarchie rangiert. Einer kleinen, für diesen Themenbereich zugänglichen Minderheit von etwa einem Viertel der Befragten steht über die Hälfte der Studierenden wenig geneigt bis achtlos gegenüber.

Bereitschaft zur Partizipation an Hochschulgruppen

Wie bereits die Shell-Studie (Fischer 2000) für die jungen Leute aufzeigt, ist es auch an der Hochschule nicht der politische sondern der sportliche Bereich, der an der Spitze steht: Dieses Sympathiespektrum spiegelt sich weiter in der Bevorzugung unpolitischer Gruppen. *Sport* und *Kultur* rangieren mit einem deutlichen Abstand vor der hochschulpolitischen Sphäre (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3 Partizipation an Aktivitäten verschiedenen Gruppen an der Hochschule (Angaben in %)							
Aktivität	kein Interesse	Interesse ohne Teilnahme	gelegentliche Teilnahme	nehme häufig teil	habe Amt/Funktion	gibt es nicht	Median
Sport	25	32	24	17	1	1	2,3
Kultur	33	38	19	6	1	2	1,9
Fachschaften	32	54	9	2	3	1	1,8
studentische Selbstverwaltung	51	42	3	1	1	2	1,5
informelle Aktionsgruppen	54	33	7	1	1	4	1,4
offizielle Selbstverwaltung	63	32	2	0	1	2	1,3
politische Studentenvereinigungen	66	28	3	1	1	3	1,2
Studentengemeinden	69	20	4	1	1	4	1,2
Studentenverbindungen	74	18	3	1	1	4	1,2
Quelle: Studierendensurvey 2001, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz							

Ein Drittel zeigt sich am Sport, 38 Prozent an Kultur interessiert. 41 Prozent bzw. 26 Prozent der jungen Hochqualifizierten nehmen die vorhandenen Angebote gelegentlich bzw. häufig wahr. Lediglich ein Viertel schenkt dem Sport kein Augenmerk, ein Drittel ist der Kultur überhaupt nicht zugetan.

Doch auch hier ist nicht auf eine völlige hochschulpolitische Enthaltensamkeit zu schließen. Denn aufgrund der ermittelten Rangordnung sind die nächsten fünf Bereiche allesamt dem politischen Spektrum zuzuordnen.

Hierbei sind zuerst die Bemühungen der *Fachschaften* zu nennen. Sie stoßen durchaus auf Interesse. Dieses äußert jeder Zweite. Der Anteil der Desinteressierten liegt – vergleichbar mit dem Gebiet der Kultur – bei circa einem Drittel. Das Engagement selber ist aber deutlich zurückhaltender. Etwa jeder Zehnte nimmt hin und wieder oder häufiger an Handlungen der Fachschaften teil. In diesem Zusammenhang fällt auf, daß drei Prozent der Studierenden hier angeben in einer gewählten Position zu sein.

Bemerkenswert ist, daß dies bei allen anderen Gruppierungen lediglich ein Prozent angeben. Noch weniger partizipieren die jungen Hochqualifizierten in den folgenden hochschulpolitischen Gruppierungen und Gremien, und noch seltener besteht ein Interesse daran: die *studentische* sowie *offizielle Selbstverwaltung*, *informelle Aktionsgruppen* als auch *politische Vereinigungen* liegen mehrheitlich außerhalb des studentischen Blickwinkels.

Die aktive Beteiligung an der *studentischen Selbstverwaltung* ist zwar nicht in dem Maße vorhanden, wie es bereits in den 90er Jahren bei *informellen Aktionsgruppen* der Fall war (vgl. Bargel, 1994). Letztere zieht aber weniger Interesse auf sich.

Auf ein Interesse an der studentischen Vertretung verweisen, trotz fehlender eigener Teilnahme, immerhin noch 42 Prozent. Je offizieller und politischer die Gruppen klingen, desto abgeneigter zeigen sich die Immatrikulierten, aktiv zu werden. Das spiegelt sich in dem Fehlen einer ausgeprägten Mitwirkung und einer sehr geringe Bereitschaft, sich wenigstens hin und wieder in offiziellen Strukturen der Selbstverwaltung einzubringen.

Gleichwohl bildet der hochschulpolitische Komplex nicht das Schlußlicht. Der Medianreihung folgend und mit politischen Vereinigungen gleichauf, weisen die hier als nicht-politisch verstandenen *Studentengemeinden und -verbindungen* eine besondere Apathie auf. Der Bereitschaft eines gelegentlichen Aktivismus', der teilweise höher ist als in anderen Feldern, steht aber ein fehlendes Interesse bei mehr als zwei Dritteln der Studierenden gegenüber.

Aufgaben studentischer Vertretungen

Das Interesse an hochschulpolitischen Themen schlägt sich auch in den Vorstellungen darüber nieder, welche Aufgaben studentischen Vertretungen zugeschrieben werden. Auch wenn nur eine Minderheit partizipiert, so werden doch Erwartungen und Inhalte studentischer Politik transparent. Sie lassen sich in zwei Komplexen einteilen:

Die Studierenden stellen den Wunsch von Veränderungen des *unmittelbaren Studiums* in den Mittelpunkt des Forderungskataloges. Wie bereits von Bargel (1994) aufgezeigt,

betrifft dies auch aktuell die direkte Einflußnahme auf Studienbedingungen, die Verbesserung der Lehrqualität, die Mitarbeit an Prüfungsbedingungen und Studieninhalten sowie den Bereich der Studienberatung (vgl. Tabelle 4).

Aus studentischer Sicht wird der Einsatz für *bessere Studienbedingungen* als stärkste bzw. vordringlichste Aufgabe begriffen (91%). Dies gilt in ähnlicher Weise für die *Hebung der Lehrqualität*. Trotz der Apathie gegenüber studentischer Politik befürworten knapp drei Viertel der Befragten eine *Beeinflussung von internen Hochschulangelegenheiten* durch die eigene studentische Gruppe als stark bzw. gar als vordringlich. Kaum jemand lehnt diese Position ab.

Tabelle 4 Relevanz der Aufgaben studentischer Vertretungen (Angaben in %)					
Aufgaben	gar nicht	etwas	stark	vordringlich	Median
bessere Studienbedingungen	1	8	44	47	3,4
Verbesserung der Lehre	2	14	45	40	3,3
Beeinflussung interner Hochschulpolitik	2	22	51	25	3,0
Mitarbeit an Prüfungsbedingungen/ Lehrinhalten	3	25	53	19	2,9
Studienberatung/ -hilfe	1	26	57	16	2,9
Unterstützung ausländischer Studierender	2	25	55	18	2,9
Soziale Fragen	6	39	45	10	2,6
Frauenbenachteiligungen abschaffen	16	38	33	13	2,4
politische Vertretung außerhalb der Hochschule	16	49	28	8	2,2
kulturelle Belange	16	53	26	4	2,1
Quelle: Studierendensurvey 2001, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz					

Eine aktive Mitarbeit an *Prüfungs- und Lehrinhalten* fordert weit mehr als der Hälfte der Befragten. Dies bestätigen zwar nur 19 Prozent als vordringliche Aufgabe, 53 Prozent sehen darin aber noch eine starke Wichtigkeit. Auch hier steht nur eine Minderheit diesem Thema abweisend gegenüber. Daneben erfährt gleichfalls die *Studienberatung und -hilfe* eine mehrheitliche Beachtung. Fast drei Viertel der Studierenden sehen sie als sehr relevant an, lediglich ein Prozent erkennt darin keine Aufgabe.

Themen, die sich nicht primär mit dem Studium auseinandersetzen, bilden einen zweiten Komplex. Dieser beschäftigt sich mit *sozialen Belangen*. Die *Unterstützung ausländischer Studierender* wird als Aufgabe ebenfalls mehrheitlich stark bis vordringlich betont (55 bzw. 19%). Die Zahl derer, die dieses nicht präferieren, liegt bei zwei Prozent. Die Beschäftigung mit *sozialen Fragen* halten nur noch zehn Prozent für vordringlich, 45 Prozent verlangen eine starke Befassung damit. Erstmals steigt der Anteil derer in der Fragebatterie, die dem nur eine geringe bis gar keine Relevanz einräumen, über

fünf Prozent. Ein im Vergleich hierzu gestiegener Apathiewert (16%) zeigt sich in dem Bestreben, die *Benachteiligungen von Frauen* an der Hochschule abzuschaffen. Ein Drittel der jungen Hochqualifizierten ist der Ansicht, daß sich eine studentische Vertretung dieser Thematik stark widmen sollte. Lediglich 13 Prozent verfolgen dies noch als vordringlich. Die knappe Mehrheit bringt diesem Thema geringes Interesse entgegen.

Fast die Hälfte sieht einen geringen Handlungsbedarf bezüglich der politischen Vertretung der Studierenden außerhalb der Hochschule. Ein Einsetzen für ein *allgemeinpolitisches Mandat* gewichten gerade 8 Prozent als vordringlich und etwas mehr als ein Viertel stark. Die Ablehnung ist so ausgeprägt, wie bei dem nach der Medianreihung letzten Bereich der *kulturellen Belange*. Diese Angelegenheit wird lediglich von vier Prozent als vordringlich eingestuft. Rund ein Viertel bezeichnet sie zwar als relevant. Diesen steht jedoch eine Mehrheit gegenüber, die einen solches Betätigungsfeld entweder ablehnt oder allenfalls nur wenig Interesse daran zeigt (16 bzw. 53%).

Kritikformen bei hochschulischen Entwicklungen

Die Art und Weise der angehenden Akademiker/-innen, sich kritisch mit hochschulpolitischen Entwicklungen auseinander zu setzen, sind vielschichtig und weisen neuerlich mit den erwähnten Studien Übereinstimmungen auf (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5 Ansichten über Formen der Kritik an hochschulpolitischen Entwicklungen (Angaben in %)				
Kritikformen	grundsätzliche Akzeptanz	Akzeptanz in Ausnahmefällen	grundsätzliche Ablehnung	Median
Diskussionen zwischen Lehrenden und Studenten	96	4	0	1,0
Auseinandersetzung in studentischen Printmedien	80	17	2	1,1
Flugblätter und Wandzeitungen	62	31	7	1,3
Demonstrationen/ Kundgebungen	47	44	9	1,5
Boycott von Lehrveranstaltungen	13	55	33	2,1
Institutsbesetzung	8	36	56	2,6
Quelle: Studierendensurvey 2001, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz				

Während es zum einen klare Befürwortungen verbaler Diskurse gibt, zeigen sich die Auseinandersetzungen in schriftlicher Form, Zeitungen auf der einen, Flugblätter und Wandzeitungen auf der anderen Seite, Demonstrationen und Kundgebungen sowie Boykotts von Lehrveranstaltungen und Institutsbesetzungen in ihrer Bewertung nicht homogen. Bei den folgenden Kritikformen zeichnet sich eine rückläufige Akzeptanz ab: Die Zahl der Sympathisanten von *Demonstrationen und Kundgebungen* beträgt zwar noch circa die Hälfte, ist aber fast gleich auf mit den vorbehaltlichen Befürwortern (47 gegenüber 44%). Ihre strikte Ablehnung betonen neun Prozent. Während einem *Boycott von Lehrveranstaltungen* noch rund ein Achtel gänzlich positiv gegenüber steht, ihn

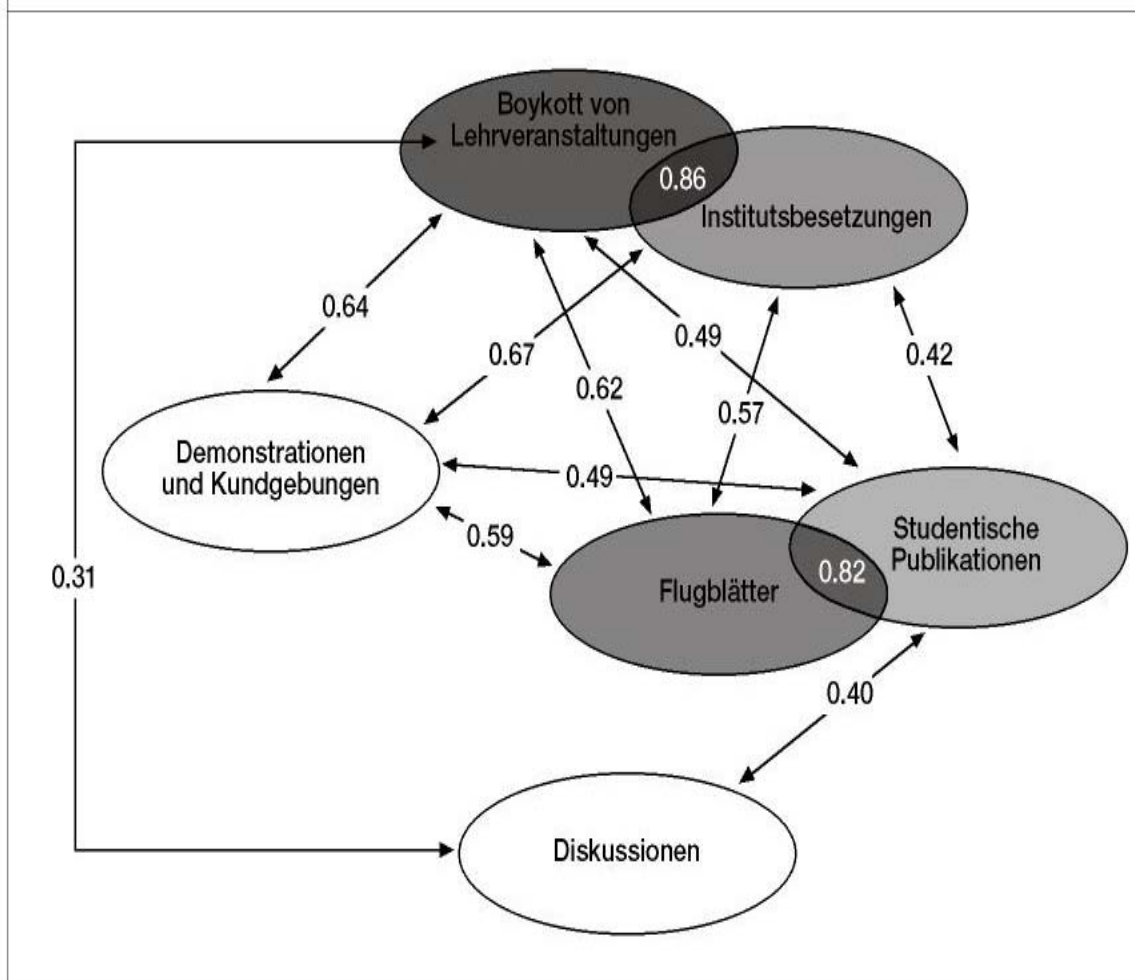
über die Hälfte in Erwägung zieht, lehnt dies ein Drittel grundsätzlich ab. Die Mehrheit verhält sich abweisend zu *Institutsbesetzungen*. Nur rund ein Drittel bekundet Akzeptanz in Ausnahmefällen und acht Prozent stimmen dem grundsätzlich zu. Ähnliches ist für die akzeptierten Formen zu beobachten.

Als fast gleichauf ist der Zusammenhang der Auseinandersetzung mittels Flugblätter mit denen in studentischen Printmedien (0.82) zu sehen. Allerdings können nur geringe Verflechtungen zwischen den kritischen Diskursen und der Auseinandersetzung mittels Flugblätter einerseits (0.27) sowie studentischen Publikationen andererseits (0.40) ausgemacht werden. Dies läßt deutlich werden, daß die Beziehungen innerhalb der mehrheitlich akzeptierten Artikulationsformen schwächer sind (Abbildung 3).

Abbildung 3

Formen der Kritik an hochschulpolitischen Entwicklungen

Assoziationskoeffizient Gamma



Quelle: Studierendensurvey 2001, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz

4.2 Zusammenhänge zwischen den Indikatoren

Bereits überblickartige Analysen unter Einbeziehung der Summenskalen zeigen enge Verflechtungen zwischen den einschlägigen Komplexen (Tabelle 6).

Tabelle 6 Beziehungen zwischen hochschulpolitischem Interesse^{a)}, Partizipationsbereitschaft^{b)}, Aufgaben^{c)} und Kritikformen^{d)} (Mediane)		
Beziehungen zwischen hochschulpolitischem Interesse und	Hochschulpolitisches Interesse	
	Gar nicht bis wenig 0 – 5 (N=3892)	mittel bis sehr stark 6 – 12 (N=4220)
Partizipationsbereitschaft ^{b)}	6.3	8.5
Aufgaben ^{c)}	26.8	28.6
Kritikformen ^{d)}	13.8	14.6
Quelle: Studierendensurvey 2001, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz		

- a) Summenskala über 2 Variablen: Interesse an 'studentischer Hochschulpolitik' und 'studentischen Fragen und Entwicklungen': 0 = in allen Variablen 'gar nicht'; 12 = in allen Variablen 'sehr stark'.
- b) Summenskala über die 5 Variablen der Partizipationsbereitschaft an Gruppen: 5 = in allen Variablen 'kein Interesse'; 10 = in allen Variablen 'Amt inne'.
- c) Summenskala über 10 Variablen: Einsetzen für Aufgaben: 10 = in allen Variablen 'gar nicht'; 40 = in allen Variablen 'vordringlich'.
- d) Summenskala über 6 Variablen: Ablehnung von Kritikformen: 6 = in allen Variablen 'grundsätzliche Ablehnung'; 18 = in allen Variablen 'grundsätzliche Akzeptanz'.

Die stark an Hochschulpolitik interessierten Personen äußern ein allgemeines größeres Interesse an einzelnen Betätigungsfeldern und sind in höherem Maße zur Partizipation in Gruppen und Gremien bereit. Auch erwarten sie ein weiteres Spektrum der Aufgabenstellung und sind offener für verschiedene Formen der Kritik. Im folgenden werden diese Beziehungen im einzelnen vorgestellt und erörtert.

Hochschulpolitisches Interesse in Verbindung mit Partizipationsbereitschaft

Je stärker ausgeprägt das hochschulpolitische Interesse ist, desto größer ist die Bereitschaft, sich in diversen Feldern zu betätigen. Die Unterschiede zwischen den Teilgruppen sind durchgehend signifikant (Tabelle 7). Die Betrachtung der prozentualen Verteilung offenbart ein immer wiederkehrendes Muster: Die hochschulpolitisch eher Desinteressierten äußern sich bezüglich der erhobenen Partizipationsformen ablehnend. Sie entscheiden sich mehrheitlich für die Extremkategorie „Kein Interesse“.

Umgekehrt signalisieren die hochschulpolitisch aufgeschlossenen Befragten Interesse an der konkreten Arbeit entsprechender Gruppen. Dies zeigt sich bei den Fachschaften, an denen 45 Prozent der ersten, doch nur 20 Prozent der zweiten Gruppe gar keinen Gefallen finden. Geben sich von den politisch Desinteressierten fast die Hälfte offen, so sind dies in der Vergleichsgruppe 62 Prozent, die aufmerksam, wenngleich passiv, die Geschehnisse dort zur Kenntnis nehmen. Doch wollen oder können die Interessierten ihre Haltung nicht immer in Aktivitäten ummünzen. Je umfänglicher der abgeforderte Partizipationsgrad ist, d.h. je mehr er über die partielle Teilnahme hinausgeht, desto geringer fallen die Raten der Beteiligung aus.

Tabelle 7 Beziehungen zwischen hochschulpolitischem Interesse ^{a)} und der Partizipation an Gruppen (Angaben in %)		
Interesse an	Hochschulpolitisches Interesse	
	gar nicht bis wenig 0 – 5 (N=3892)	mittel bis sehr stark 6 – 12 (N=4220)
Fachschaften		
kein Interesse	45	20
Interesse, aber keine Teilnahme	47	62
Teilnahme ^{b)}	8	19
studentischer Selbstverwaltung		
kein Interesse	70	35
Interesse, aber keine Teilnahme	28	57
Teilnahme ^{b)}	2	8
informellen Aktionsgruppen		
kein Interesse	68	45
Interesse, aber keine Teilnahme	27	42
Teilnahme ^{b)}	5	13
offizieller Selbstverwaltung		
kein Interesse	81	49
Interesse, aber keine Teilnahme	18	46
Teilnahme ^{b)}	1	5
politischen Vereinigungen		
kein Interesse	83	53
Interesse, aber keine Teilnahme	16	41
Teilnahme ^{b)}	1	6
Quelle: Studierendensurvey 2001, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz		

- a) Summenskala über 2 Variablen: Interesse an 'studentischer Hochschulpolitik' und 'studentischen Fragen und Entwicklungen': 0 = in allen Variablen 'gar nicht'; 12 = in allen Variablen 'sehr stark'.
- b) Teilnahme: Zusammenfassung der Kategorien: „gelegentliche Teilnahme“, „nehme häufig teil“, „habe ein Amt, eine Funktion inne“.

Aber immerhin können 19 Prozent aus dieser Gruppe als aufgeschlossen und aktiv bezeichnet werden. Von diesen zeichnen sich zwei Prozent durch eine häufige Teilnahme, fünf Prozent durch einen erworbenen Posten aus. Diesen stehen insgesamt nur acht Prozent partizipativwillige aus der Gruppe der politisch Desinteressierten gegenüber. Dieses Muster gilt auch hinsichtlich der Mitwirkung in *studentischen Selbstverwaltungen*. Während 70 Prozent der Uninteressierten dieses ausschließen, zeigt sich in etwa ein Drittel der politisch Aufgeschlossenen apathisch. Eine Mehrheit dieser Gruppe (57%) bezeichnet sich als interessiert; von den anderen Kommilitonen schildern dies nur 28 Prozent. Die hierfür Zugänglichen sind zudem eher bereit, Verantwortung und ein Amt zu übernehmen (2%). Auch im Feld der offiziellen Selbstverwaltung sind die eher Unpolitischen zurückhaltender. 81 Prozent lenken ihre Aufmerksamkeit überhaupt nicht hierauf. Doch auch unter den Interessierten mögen sich fast die Hälfte hierfür nicht erwärmen.

Dieses Phänomen repliziert sich bei den *informellen Aktionsgruppen*. Sind die Befragten politisch offen, so sind sie zugänglicher (42 vs. 27%) und engagieren sich eher (13

vs. 5%). Die Zahl der Aktivisten ist aber verschwindend gering. Dieses Bild dominiert auch bei politischen Vereinigungen (83 vs. 53%). Unter denen, die diesem Komplex eher zugeneigt sind, heben sich die politisch Interessierten mit 41 gegenüber 16 Prozent hervor. Auch was ein stärkeres Engagement angeht, zeigen sie sich von vornherein aktiver (6%). Allerdings übernehmen sie nicht öfters ein Amt als die politisch sich eher apathisch darstellenden jungen Hochqualifizierten (jeweils nur 1%).

Die Beziehung zwischen hochschulpolitischem Interesse und Aufgaben

Mit dem Grad des Interesses an Hochschulpolitik variiert auch das Spektrum der Aufgaben, deren Lösung die Befragten von den studentischen Vertretern anmahnen. Stets erweisen sich – den Medianen folgend – die Aufgeschlossenen als fordernder (vgl. Tabelle 6). Dies äußert sich überwiegend in den Ansichten, bestimmten Gebieten ein starkes bis vordringliches Augenmerk zu widmen. Die Beziehung manifestiert sich sowohl in jenen Gebieten, die unmittelbar auf das Studium verweisen, als auch in denen, die darüber hinausgehen. Handelt es sich um unmittelbar mit dem Studium verknüpfte Aufträge, skizzieren dies beide Respondentengruppen in den beiden höchsten Ausprägungen stark bis vordringlich. Fast durchgehend werden sie mehrheitlich von den politisch Interessierten genannt, wie dies bei Verbesserungen von Studienbedingungen der Fall ist (93 vs. 88% der eher Verschlussenen).

Nur in wenigen Bereichen gibt es Wertverschiebungen. Bei den Forderungen nach Verbesserung der Bedingungen mahnt fast die Hälfte der wenig bis gar nicht Politischen, gegenüber 40 Prozent der Interessierten, ein starkes Engagement an. Gleiches gilt, wenn auch nur knapp, für die Verbesserung der Lehrqualität (45 zu 44%). Dennoch erweisen sich die politisch Zugänglicheren in allen Bereichen als diejenigen, die ein Engagement als am vordringlichsten anmahnen. Lediglich bei der Studienberatung fordern dies beide Gruppen gleichermaßen (jeweils 16%).

Auch bei Themen, die nicht direkt mit dem inhaltlichen Studium verknüpft sind, zeigen sich die politisch interessierteren Personen nachdrücklicher. Dies spiegelt die Forderung von über drei Viertel der interessierten, gegenüber 70 Prozent der politisch uninteressierten Respondenten, sich stark bzw. vordringlich für ausländische Kommilitonen einzusetzen. Hinsichtlich sozialer Belange, wie der Lösung sozialer Fragen und der Abschaffung geschlechtsbedingter Benachteiligungen sowie der außeruniversitären Vertretung, wollen die Zugänglicheren diese Aufgaben ebenfalls stärker bearbeitet haben. Hinsichtlich kultureller Belange werden die Unterschiede noch deutlicher. Während jeder Fünfte der hochschulpolitisch Desinteressierten diese ablehnt, sind es auf der anderen Seite nur 14 Prozent.

Partizipation, Aufgaben und Kritikformen: Assoziationen

Mit dem Grad der Anteilnahme an den verschiedenen hochschulpolitischen Gruppen geht gleichzeitig die Art der Interessenbekundung der zur Diskussion gestellten Aufgaben einher (vgl. Tabelle 6).

Dies ist zunächst bezüglich der *Fachschaften* erkennbar. Sowohl in jenen Aufgabenstellungen, die direkt auf die Bedingungen des Studierens zielen, als auch in denen, die Verbesserungen des hochschulischen Umfeldes fokussieren, formulieren die aktiven Studierenden höhere Ansprüche. Gleichwohl wird deutlich, daß auch die an Fachschaf-

ten uninteressierten Personen bei studiumsrelevanten Themen in ihrer Gruppe mehrheitlich stark bis vordringlich derartige Beschäftigungen fordern.

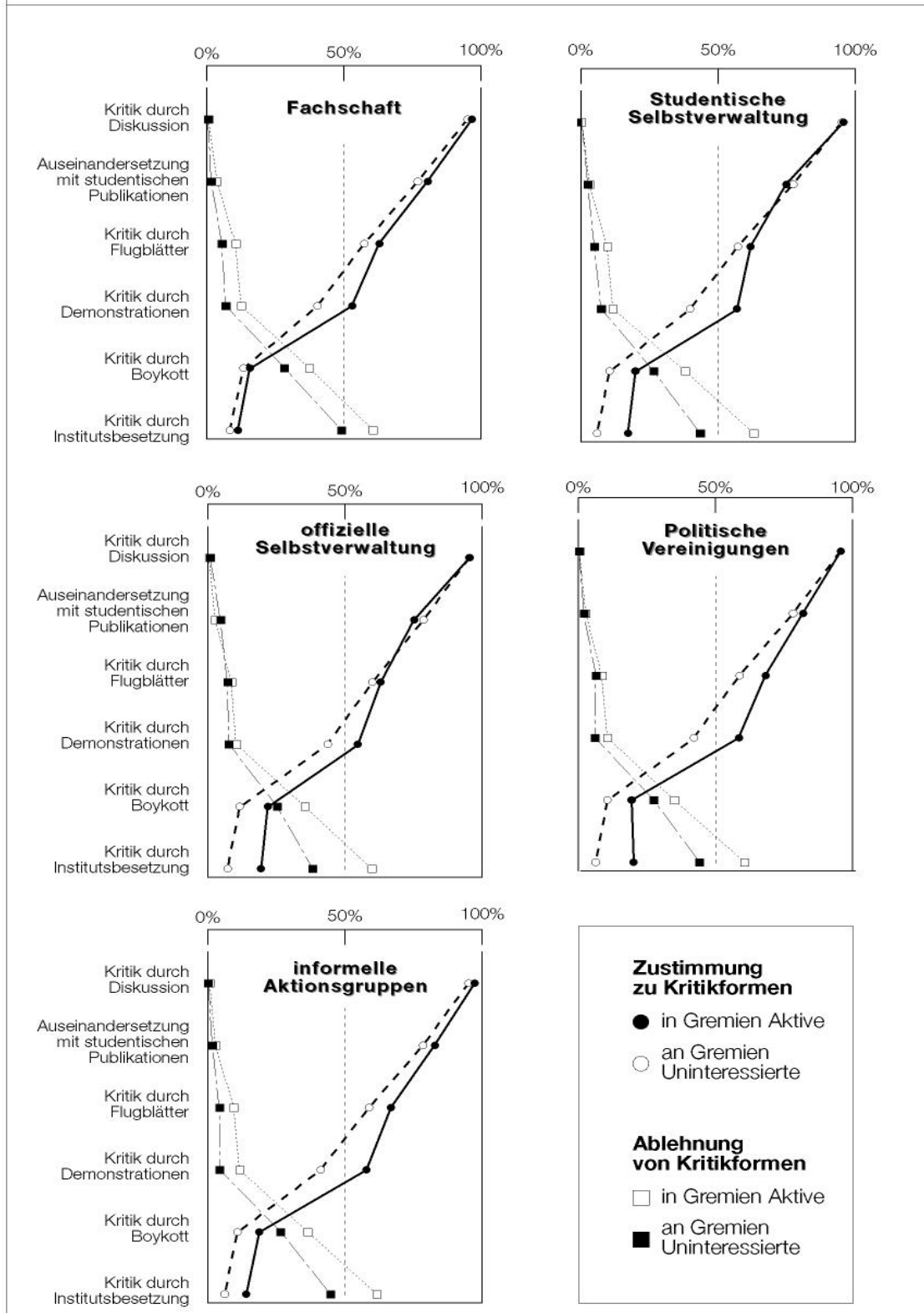
Vergleichbares geht von der Partizipation in der *studentischen* und *offiziellen Selbstverwaltung* aus. Die hier Engagierten weisen allen Einzelaufgaben durchweg mehr Relevanz zu als die Uninteressierten. Die den aktiven jungen Hochqualifizierten bei der studentischen Verwaltung anheim fallende größere Gewichtung studienbezogener Inhalte ist im selben Bereich der Desinteressierten untereinander zu entdecken. Bei ihnen wird im studien- wie im nichtstudienbezogenen Komplex eine geringe Zuschreibung von Aufgaben deutlich. Gleichzeitig wird ein überwiegend geringeres Interesse der Aktiven im nichthochschulischen Feld transparent. Das Muster der allgemein größeren Relevanzbewertung von Themen und Aufgaben durch aktivere Studierende spiegelt sich auch hinsichtlich des Engagements in politischen Vereinigungen und informellen Aktionsgruppen an der Hochschule.

Mit dem Ausmaß des hochschulpolitischen Engagements gehen auch unterschiedliche Betrachtungsweisen der *Artikulationsformen* einher, in denen sich die studentische Kritik artikulieren kann (vgl. Abbildung 4). Junge Hochqualifizierte, die keinen inneren Zugang zu diesen politischen Gruppen haben und vornehmlich desinteressiert sind, geben sich gegenüber allen Formen der Kritikäußerungen verhaltener. Im Gegensatz zu den Engagierten wird bei den Apathischen ein höherer Grad der Ablehnung unkonventioneller Mittel, wie Institutsbesetzungen und Boykotte (62 bzw. 37%) deutlich. Das heißt, die eher Desinteressierten lehnen derartige Formen noch stärker ab als Konventionelle.

Die Apathie gegenüber allen Kritikformen ist bei den aktiv Engagierten deutlich geringer. Je konventioneller sich die Diskurse gestalten, desto deutlicher wird in allen befragten Gruppen eine Verlagerung von der totalen Ablehnung hin zur fast vollständigen Zustimmung. Als typisch ist an dieser Stelle die fast einheitliche Befürwortung konventioneller Artikulationsform zu sehen: Bei Diskussionen zwischen Lehrenden und Studierenden beträgt sie bei den Fachschaften unter den Apathischen, passiv Interessierten und aktiv Engagierten 95, 96 und 97 Prozent. Diese Verteilungstendenzen können als charakteristisch für die anderen Teilstichproben betrachtet werden.

Abbildung 4

Haltung zu hochschulpolitischen Gremien und Kritikformen



Quelle: Studierendensurvey 2001, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz

4.3 Einflußquellen und Beziehungen

Inhalt dieses Kapitels ist die Erörterung unterschiedlicher Einflüsse auf die abhängigen Variablen (vgl. hierzu Abbildung 2). Neben der Betrachtung der Hochschule nach Region und Status werden auch die Variablen Fach, der soziale Hintergrund (Geschlecht, Herkunft, Erwerbstätigkeit) sowie ausgewählte Aspekte der Grundeinstellung zum Studium und der politische Standort fokussiert.

4.3.1 Ost-West-Vergleich und Hochschulstatus

Wenden sich in den *alten Bundesländern* mehr junge Leute allgemeinpolitischen Themen zu (Gille/ Krüger/ de Rijke, 2000), so gilt dies auch für die dortigen Studierenden. Hingegen zeichnet sich ein deutlich höheres *Interesse* an hochschulpolitischen Belangen unter den jungen Hochqualifizierten in den *neuen Bundesländern* ab (22 vs. 18%). Der größte Teil der Befragten an ostdeutschen Hochschulen zeigt sich für Aktivitäten von hochschulischen Gruppen offener. Dies gilt in erster Linie für die informellen Aktionsgruppen (9 vs. 10%) und politischen Vereinigungen (5 vs. 4%). Die übrigen Bereiche erweisen sich als ausgeglichen. Trotz der höheren Relevanzen im Osten ist das Bild im Hinblick auf die zu gestaltenden *Inhalte* von studentischen Vertretungen zu differenzieren. Deutlich wird, daß sich hier die Unterscheidung zwischen nicht- und hochschulischen Themen nicht repliziert (vgl. Tabelle 8).

Im Westen spricht man sich etwas stärker gegen geschlechtsbedingte Benachteiligungen aus – ebenso wie für eine größere Aufmerksamkeit gegenüber sozialen Fragen und der Studienberatung. Besonders zeigt sich die Vordringlichkeit an interner wie externer Hochschulpolitik, der Unterstützung ausländischer Studierender sowie studienbezogenen Themen durch Studierende im Osten. Selbst die kulturellen Belange werden hier als relevanter empfunden. Hinsichtlich der *Kritikäußerungen* finden bei allen Befragten die diversen Formen gleichermaßen Akzeptanz. Markante Unterschiede zeigen sich in der signifikanteren Ablehnung von Demonstrationen (10 vs. 7%) sowie der Verbreitung von Flugblättern (8 vs. 5%) und Wandzeitungen (3 vs. 2%) im Westen.

Insgesamt ist in den neuen Bundesländern, neben dem größeren Interesse an hochschulischen Ereignissen auch eine stärkere Partizipationsbereitschaft sowie eine etwas nachdrücklichere Aufgabenformulierung zu konstatieren. Zwar zeigen sich die dortigen Hochqualifizierten etwas offener gegenüber den Kritikformen, dies wird aber als einziger Aspekt als nicht signifikant ausgewiesen. Eine varianzanalytische Prüfung bestätigt dies. Allerdings liegt der Anteil der aufgeklärten Varianz bei dem Indikator „Interesse“ bei zwei Prozent, für die anderen Indikatoren ist er geringer. Die in manchen Studien berichtete Zurückhaltung der Ostdeutschen gegenüber politischen Geschehnissen (u.a. Fischer, 2000) kann somit für die studentische Stichprobe nicht bestätigt werden.

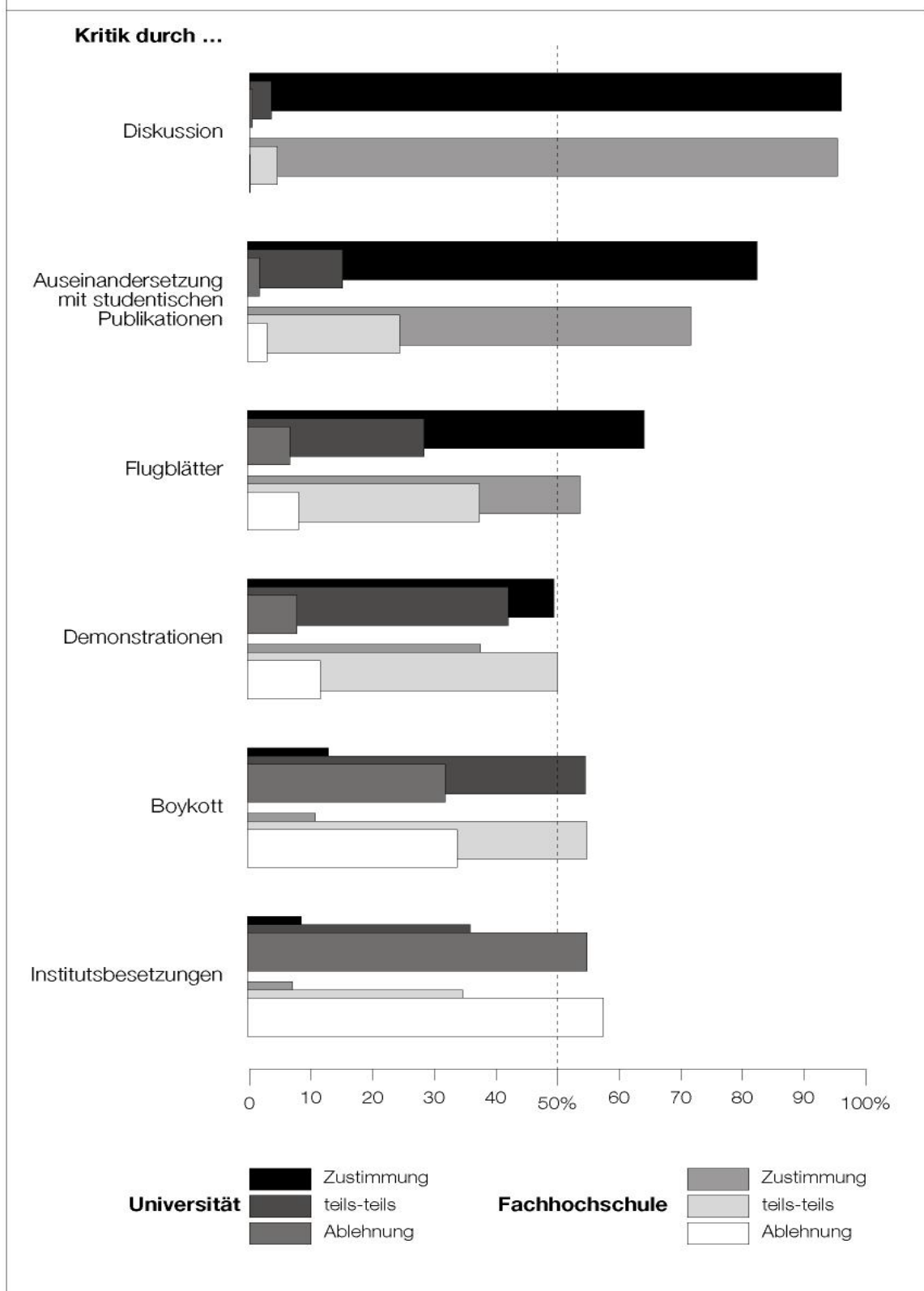
Tabelle 8 Vordringlichkeit von Aufgaben der Hochschulvertretung nach Ost und West (Angaben in %)						
Studienbezogene Bereiche				Nicht-studienbezogenen Bereiche		
	Ost	West		Ost	West	
bessere Studienbedingungen	1	1	gar nicht	2	3	ausländische Studierende unterstützen
	7	9	etwas	23	26	
	43	45	stark	54	55	
	49	46	vordringlich	21	17	
Verbesserung der Lehrqualität						soziale Fragen
	1	2	gar nicht	7	6	
	13	14	etwas	42	38	
	46	44	stark	42	46	
	40	40	vordringlich	9	11	
interne Hochschulpolitik						Frauenbenachteiligungen abschaffen
	1	2	gar nicht	17	16	
	19	24	etwas	40	37	
	52	51	stark	31	34	
	27	23	vordringlich	12	13	
Studienberatung						allgemeinpolitisches Mandat
	2	1	gar nicht	12	18	
	28	25	etwas	50	49	
	58	57	stark	31	26	
	13	17	vordringlich	8	8	
Mitarbeit an Prüfungs- und Lehrinhalten						kulturelle Belange
	2	3	gar nicht	14	17	
	22	26	etwas	54	53	
	55	52	stark	25	28	
	20	19	vordringlich	4	5	
Quelle: Studierendensurvey 2001, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz						

Universitäten und Fachhochschulen

Auch hinsichtlich des Status` der Institutionen sind Unterschiede zu verzeichnen: Das *Interesse* an Hochschulpolitik ist an den *Fachhochschulen* stärker verortet. Während dies bezüglich der studentischen Politik deutlich wird, bevorzugen Universitätsangehörige die Beschäftigung mit allgemeinpolitischen Zusammenhängen. Das durchgängige Interesse der FH-Studierenden an den verschiedenen *Partizipationsformen* ist im studentischen und offiziellen Selbstverwaltungsbereich erkennbar.

Abbildung 5

Kritikformen und Hochschulart



Quelle: Studierendensurvey 2001, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz

Nur gegenüber politischen Vereinigungen zeigt man sich an der Universität offener. Deutlichere Anweisungen, sich stärker bestimmten *Aufgaben* zuzuwenden, erhalten die Vertretungen ebenfalls von Universitätsangehörigen. Differenzierter betrachtet sind dies neben studienrelevanten Inhalten, wie Studienberatung, die Gestaltung besserer Studienbedingungen und Lehre, auch solche über soziale Fragen, der Unterstützung ausländischer Kommilitonen sowie kulturelle Belange, die an den Universitäten stärker gefordert werden. An der FH erweist sich die Mitwirkung an Prüfungs- und Lehrinhalten als relevanter.

Generell besteht an den Universitäten eine deutlich größere Akzeptanz unterschiedlicher kritischer *Artikulationsformen* gegenüber hochschulischen Entwicklungen (vgl. Abbildung 5). Der höhere Ablehnungsgrad durch FH-Angehörige ist bei Auseinandersetzungen mit studentischen Printmedien und Flugblättern ebenso verstärkt anzutreffen wie bei Demonstrationen. In einem geringerem Maße ist dies auch bei Institutsbesetzungen der Fall.

Resümierend zeigen sich die Angehörigen an Fachhochschulen interessierter und teilnahmebereiter. Hingegen verweisen ihre universitären Kommilitonen auf eine deutlichere Aufgabenformulierung sowie größere Offenheit bei den unterschiedlichen Kritikformen.

Die simultane Betrachtung von *Hochschulstatus* und der Verortung in den *Bundesländern* verweist im Osten auf ein gleich starkes hochschulpolitisches *Interesse* sowohl von Angehörigen der Fachhochschule wie der Universitäten. Im Westen hingegen bestehen Disparitäten: Die Fachhochschüler geben sich interessierter, freilich ohne das Niveau der östlichen Kommilitonen zu erreichen. Die Studierenden westlicher Universitäten zeigen sich am zurückhaltendsten. Diese legen statt dessen mehr Wert auf die allgemeinen Geschehnisse, während ihre östlichen FH-Kommilitonen dies am wenigsten tun. Das Interesse an der Hochschulpolitik im Allgemeinen, sowie der studentischen im Speziellen, ist in den neuen Bundesländern etwas stärker. Besonders groß ist es an den Universitäten der neuen Länder verortet (23 bzw. 11%).

Im Bereich der *Partizipation* deutet sich eine größere Bereitschaft der Fachhochschüler im Osten an. Das zeigt sich besonders hinsichtlich einer größeren Anteilnahme an der offiziellen Selbstverwaltungen (6%). Am partizipativsten an studentischen Organen zeigen sich hier die westlichen Kommilitonen. Gleichfalls am aktivsten heben sich die Immatrikulierten der Ost-FHs an informellen Aktionsgruppen hervor (10%). Im weiteren Vergleich der Gruppen erweisen sich die jungen Hochqualifizierten an den Universitäten als zurückhaltender; das eigentliche Schlußlicht bilden die Studierenden dieser Einrichtungen im Westen. Auf besonders wenig Interesse verweisen sie und ihre östlichen Kommilitonen an studentischen und offiziellen Selbstverwaltungen.

In den angesprochenen *Aufgaben* lassen sich keine engeren Zusammenhänge zwischen Bundesländern bzw. Institutionen ausmachen. Bei näherer Betrachtung sind in den Hochschulen der alten Länder die Bereiche der Studienberatung (Uni 18 bzw. FH 14%) sowie die Abschaffung von Frauenbenachteiligungen (jeweils 13%) am vordringlichsten. Die Lösung sozialer Fragen liegt hierbei am ehesten in der Interessensphäre der Unistudenten. Während die Befragten jenseits der Elbe – universitäre wie fachhochschulische Mitglieder gleichermaßen – ein Einsetzen für die Mitgestaltung von Prü-

fungs- und Lehrinhalten (20 bzw. 24%), die Einmischung in die interne Hochschulpolitik (jeweils 27%) sowie die Unterstützung ausländischer Kommilitonen (21 bzw. 22%) intensiv fordern, ist dies in den alten Ländern weniger der Fall. Verlangen die Studierenden an den Universitäten im Osten dies am ehesten hinsichtlich der Verbesserung der Studienbedingungen (51%), wollen ihre westlichen Kommilitonen etwas deutlicher eine Verbesserung der Lehre (41 vs. 40%). Zeigt sich ein starkes Einsetzen für ein allgemeinpolitisches Mandat besonders an den Ost-FHs (32%), dominieren in der vordringlichen Auffassung dieses Themas die Universitäten in beiden deutschen Teilen. Hingegen legen die östlichen Institutionen mehr Wert auf ein Einsetzen bezüglich kultureller Belange.

Im Bereich der *Kritikformen* werden deutliche Unterscheidungen zwischen den Institutionen, weniger zwischen Bundesländern, transparent. Die unterschiedlichen Formen finden an den Universitäten beider Regionen eine grundsätzlichere Akzeptanz. Die Ablehnung an den FHs tritt breiter hervor. Das zeigt sich besonders im Hinblick auf Boykotte und Institutsbesetzungen (40 bzw. 60%). Hierin zeigen sich die Befragten westlicher Universitäten offener (14 bzw. 9%). Ferner gilt dies für ihre östlichen Kommilitonen bezüglich Demonstrationen und Flugblätter (54 bzw. 68%). An Fachhochschulen werden im Gegensatz dazu Auseinandersetzungen mit studentischen Printmedien ebenso weniger befürwortet.

Insgesamt verweisen die Angehörigen der Einrichtungen in den neuen Ländern auf ein höheres politisches Interesse. In beiden Teilen Deutschlands sind es dabei die Fachhochschüler, die dies stärker bekunden. Gleiches gilt hinsichtlich der Partizipation. Auch hier liegen die östlichen vor den West-FH-Immatrikulierten. Auf dem letzten Platz rangieren die Vertreter der westlichen Universitäten. Auch auf die Formulierung von Aufgaben der studentischen Vertretungen wird in den neuen Bundesländern mehr Aufmerksamkeit gelegt. Hierbei führen aber in beiden deutschen Teilgebieten die Universitäten die Rangreihung an. Bezieht sich diese Dominanz der Ost-Universitäten auch auf die Kritikformen, sind es die westlichen FHs, die noch vor ihrem östlichen Pendant auf dem dritten Platz rangieren.

4.3.2 Fachzugehörigkeit

Im Vergleich der *Fächergruppen* bestätigt sich an Universitäten als auch an Fachhochschulen der Trend, den Bargel/ Sandberger/ Ramm (1992) aufgezeigt und Demirovic/ Paul (1996) bestätigt haben: Die Sozialwissenschaften dominieren in allen hochschulpolitischen Partizipationsmöglichkeiten (vgl. Tabelle 9). Durchgängig schwächstes Glied sind dieser Analyse folgend die Ingenieurwissenschaften. Auch in einer Differenzierung nach Ost- und Westdeutschland ergibt sich dies in beiden Institutionen. Die Befragten der Sozialwissenschaften sind die aktivsten, die Ingenieure zeigen sich vielfach als Schlußlichter, gleichwohl sie die unterschiedlichen Kritikformen noch stärker als die Kommilitonen vor den Wirtschaftswissenschaften akzeptieren. An den FHs der alten Länder weisen sie sich durch weniger politisches Interesse und Teilhabe aus. Dennoch werden sie darin von Angehörigen dieses Faches an den Universitäten übertroffen.

Ein differenzierterer Blick auf das hochschulpolitische *Interesse* dokumentiert an den Universitäten in den neuen Ländern das geringste Interesse der Mediziner an solchen Zusammenhängen; etwas abgeschwächter gilt dieser Befund auch für den Westen. Ne-

ben den Sozialwissenschaftlern äußern sich die Juristen in umgekehrter Weise. Sie zeigen sich auf allgemeinpolitischem Terrain bundesweit als die am stärksten Interessierten (32%). Hingegen geben sich die universitären Naturwissenschaftler in beiden Ländern als die am Apathischsten. Im Osten wird eine höhere Bereitschaft zur Partizipation und ein ausgeprägtes Interesse innerhalb der wirtschaftlichen Studiengänge sichtbar. Wenn auch geringer als an den Universitäten, so sind die Wirtschaftsstudenten der FHs in den alten Ländern die am politischen Tagesgeschehen Interessiertesten.

Tabelle 9 Fächergruppen und Hochschulpolitik (Mediane der Summenskalen)				
Fächergruppen	Interesse ^{a)}	Partizipation ^{b)}	Aufgaben ^{c)}	Kritikformen ^{d)}
Universität				
Sozialwissenschaften (N= 890)	6,0	7,8	28,8	15,0
Kulturwissenschaften (N=1439)	5,7	7,6	28,3	14,8
Jura (N=568)	5,6	7,2	27,5	13,6
Wirtschaftswissenschaften (N=893)	5,6	7,2	27,1	13,6
Medizin (N=687)	5,4	7,5	28,0	14,3
Naturwissenschaften (N=1111)	5,3	7,3	27,3	14,2
Ingenieurwissenschaften (N=674)	5,3	7,1	27,0	13,9
Fachhochschule				
Sozialwissenschaften (N=327)	6,0	8,2	29,0	15,1
Wirtschaftswissenschaften (N=418)	5,8	7,7	27,5	12,8
Ingenieurwissenschaften (N=701)	5,7	7,6	26,6	13,4
Quelle: Studierendensurvey 2001, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz				

- a) Summenskala über 2 Variablen: Interesse an 'studentischer Hochschulpolitik' und 'studentischen Fragen und Entwicklungen': 0 = in allen Variablen 'gar nicht'; 12 = in allen Variablen 'sehr stark'.
- b) Summenskala über die 5 Variablen Partizipationsbereitschaft an Gruppen: 5 = in allen Variablen 'kein Interesse'; 10 = in allen Variablen 'Amt inne'.
- c) Summenskala über 10 Variablen: Einsetzen für Aufgaben: 10 = in allen Variablen 'gar nicht'; 40 = in allen Variablen 'vordringlich'.
- d) Summenskala über 6 Variablen: Ablehnung von Kritikformen: 6 = in allen Variablen 'grundsätzliche Ablehnung'; 18 = in allen Variablen 'grundsätzliche Akzeptanz'.

Auch hinsichtlich der *Teilnahmebereitschaft* an verschiedenen Gruppen bestätigt sich die Dominanz der Sozialwissenschaften in den Ländern und Hochschultypen. An den Universitäten zeigen sich auch Mediziner und Naturwissenschaftler, letztere in Ost wie West, am ehesten fachschaftlicher Partizipation zugeneigt. Als Schlußlicht sind bundesweit die Juristen zu nennen (9%). Gleichmaßen für Ost und West kristallisieren sich die universitären Angehörigen der Wirtschaftswissenschaften gegenüber studentischen Selbstverwaltungen als starke Ablehner heraus (64 bzw. 60%).

Zusammen mit Gesellschaftswissenschaftlern und besonders westlichen Juristen zeichnen sich die ostdeutschen Mediziner durch eine größere Zuneigung zu den offiziellen Selbstverwaltungen aus. Dies gilt zwar ferner für die beiden erstgenannten Fächergruppen im Hinblick auf ein Interesse an politischen Vereinigungen, während Juristen am wenigsten für informelle Aktionsgruppen zu begeistern sind (65%).

Die Vorrangstellung der Sozialwissenschaften bezieht sich zwar auch auf die FHs. Im Bereich der Fachschaften dominieren aber die Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften (13 bzw. 16%). Sind zwischen ihnen hinsichtlich der politischen Vereinigungen und informellen Gruppen kaum markante Unterschiede vorhanden, differenzieren sich die Studierenden der Wirtschaft in den alten Ländern insofern, als daß sie sich den eher uninteressierten Ingenieuren in Ost und West annähern (10 vs. 9 bzw. 8%).

Das höhere Engagement der *Sozialwissenschaftler* bei der Formulierung von hochschulpolitischen *Aufgaben*, setzt sich in der differenzierten Betrachtung der Hochschularten und Bundesländer fast durchgängig fort. An den Fachhochschulen zeigen sich die Wirtschaftswissenschaften in der Forderung, ausländische Kommilitonen zu unterstützen, in den kulturellen Belangen sowie der Lösung sozialer Fragen als ebenfalls stark interessiert. Dabei lassen sich in bzw. zwischen den FH-Fächern keine markanten Ost-West Unterschiede ausmachen. Gleiches gilt für die Universitäten. Auch hier nehmen die Sozialwissenschaften eine Spitzenstellung ein. Vereinzelt ziehen Fächer gleich. So zeigen sich die West-Jurist/-innen von dem Bemühen einer Studienberatung genauso stark überzeugt, wie ihre östlichen Kommilitonen bei den Forderungen nach inhaltlicher Mitgestaltung von Prüfungen und Lehre, Verbesserungen von Studienbedingungen und der Lehrqualität. Während die Studierenden der Ökonomie dies nur im Osten hinsichtlich ausländischer Studierender artikulieren, befürworten die Mediziner die juristischen Ansichten. Allerdings sind sich diese Studierenden untereinander einiger. Sie unterscheiden sich ferner durch die Vernachlässigung des Einsatzes für bessere Studienbedingungen – besonders im Osten – und einer dortigen deutlichen Befürwortung, sich sozialen Fragen zuzuwenden. Die Ingenieurwissenschaften charakterisieren sich fast durchgängig mit den geringsten Werten.

Dieses Muster spiegelt sich in der Akzeptanz von *Kritikformen*. Immatrikulierte der Sozialwissenschaften stimmen in größerem Maße den vielfältigen Möglichkeiten zu. Unterschiede zeigen sich bei Äußerungen mittels Boykotte, die im Westen etwas mehr befürwortet werden. Auch werden hier Demonstrationen deutlicher positiv bekundet. Besonders apathisch zeigen sich Wirtschaftsstudierende an FHs. Neben Institutsbesetzungen (74%) lehnen sie im Westen ferner Demonstrationen (18%) sowie über die Hälfte von ihnen im Osten Boykotte ab. An den westlichen Universitäten bekunden ebenfalls sie die größten Aversionen. Es zeigt sich, daß an den Universitäten die Juristen Formen wie Institutsbesetzungen und Boykotte (69 und 48%) – besonders im Osten – am negativsten gegenüberstehen. Diesem Muster folgen besonders die Ökonomen in beiden Ländern. Mit den Ingenieuren sprechen diese sich eher für verbale und schriftliche Diskurse aus. Dem schließen sich Naturwissenschaftler und Mediziner im Osten an.

Zusammenfassend ist in allen vier Indikatoren der hochschulpolitischen Partizipation eine Dominanz der Sozialwissenschaften zu konstatieren. Stets präsentieren sie sich als Vorreiter und spitzen die eingangs formulierte Hypothese zu. Das gilt sowohl an Uni-

versitäten als auch – mit gewissen Abstrichen – an Fachhochschulen. Die Ingenieurwissenschaften bilden überall das Schlußlicht.

4.3.3 Sozialer Hintergrund

Aufgrund der Vielfalt werden drei ausgewählte Aspekte des sozialen Hintergrundes untersucht – das Geschlecht, die soziale Herkunft und die Erwerbstätigkeit.

4.3.3.1 Geschlecht

Gemessen an der Summenskala sind hinsichtlich des *Geschlechts* die Studentinnen an der Hochschulpolitik interessierter (Mediane der Summenskalen: 5,7 vs. 5,6). Doch dahinter verbergen sich zwei Strömungen: Während die männlichen Hochqualifizierten für die Hochschulpolitik zugänglicher sind, zeigen sich Frauen einer spezifischen studentischen Politik gegenüber aufgeschlossener. Dieses schlägt sich zwar im höheren *Interesse* der Frauen an einzelnen Gremien und Gruppen nieder, nicht aber in einem tatsächlichen Engagement. Dies bestätigt die Befunde für den allgemeinpolitischen Bereich von Gaiser/ de Rijke (2000). Die prozentuale Verteilung konkretisiert dies (vgl. Tabelle 10).

Die männlichen Befragten heben sich bei allen erhobenen Gruppierungen als die *Anteilnahmewilligeren* ab. Das wird neben dem fachschaftlichen auch im Bereich der informellen Aktionsgruppen deutlich (16 gegenüber 12%, bzw. 10 gegenüber 9%). Fast durchgängig zeigen sich die weiblichen Immatrikulierten als stärker interessiert, aber passiver. Nur im Bereich der offiziellen Selbstverwaltung dreht sich dieser Sachverhalt insofern um, als daß die Frauen weniger Aufmerksamkeit äußern.

Tabelle 10										
Partizipation der Geschlechter an hochschulischen Gruppen										
(Angaben in %)										
Gruppen (N: m=3798,w=4315)	kein Interesse		Interesse ohne Teilnahme		hin und wieder Teilnahme		häufige Teilnahme		Amt/ Funktion inne	
	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
Fachschaften	34	30	50	59	10	8	2	2	4	2
informelle Aktionsgruppen	59	53	31	38	7	7	2	1	1	1
studentische Selbstverwaltung	56	49	39	47	3	3	1	1	1	1
politische Studentenvereinigungen	68	67	27	30	3	2	1	0	1	0
offizielle Selbstverwaltung	64	66	33	32	2	1	0	0	2	1
Quelle: Studierendensurvey 2001, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz										

Trotz dieser Zurückhaltung bei der aktiven Beteiligung wissen die Frauen genau zu formulieren, welche Inhalte zur Bearbeitung anstehen. Durchgängig treten die Studentinnen nachdrücklicher für die Befassung mit den diversen *Aufgabenkomplexen* ein, denen sich die studentischen Vertretungen widmen sollen. Sowohl bezüglich des primär als auch des nicht unmittelbar inhaltlich studienbezogenen Komplexes sind es die weib-

lichen Studierenden, die darin überwiegend ein starkes bis vordringliches Einsetzen sehen. So sind es beispielsweise mehr als drei Viertel der Frauen, aber nur 69 Prozent der Männer, die dies für die Studienberatung fordern. Auch wenn die Forderungen nach besseren Studienbedingungen und der Hebung der Lehrqualität von männlichen Respondenten etwas stärker unterstrichen werden (45 vs. 43%, bzw. 46 vs. 44%), sind es die weiblichen Kommilitonen, die es als vordringlich erachten (49% vs. 45 bzw. 42 vs. 38%). Beleuchtet man diese Felder genauer, so wird ersichtlich, daß die Geschlechter gleichermaßen studienbezogenen Themen eine höhere Relevanz einräumen. 92 Prozent der Frauen präferieren ein starkes bis vordringliches Einsetzen für bessere Studienbedingungen. Bei den Männern sind es 90 Prozent. Auf dem letzten Platz, doch mit deutlicher Geschlechtstypik, rangiert der Wunsch nach inhaltlicher Mitgestaltung von Prüfungen und Lehre mit 76 Prozent bei Studentinnen und 68 Prozent bei Studenten.

Auch im zweiten Komplex wird die weibliche Dominanz deutlich. Der größte Teil, rund drei Viertel der Respondentinnen, halten die Unterstützung ausländischer Kommilitonen für außerordentlich wichtig – 68 Prozent der Männer fordern dies. 38 Prozent der männlichen steht fast die Hälfte der weiblichen Befragten gegenüber, die die Abschaffung geschlechtlicher Benachteiligungen fordert. Abgeschlagen befürwortet circa ein Drittel der Frauen, gegenüber über einem Viertel des anderen Geschlechts, kulturelle Belange.

Auch in der Akzeptanz kritischer *Äußerungsformen* bei hochschulischen Entwicklungen, geben sich die Frauen, mit den Ausführungen von Gille/ Queisser (2002) vergleichbar, offener. Dies bestätigt sich besonders in der stärkeren Zustimmung zu studentischen Publikationen (83 vs. 77%), Flugblättern (66 vs. 58%) sowie den Demonstrationen. Hier zeigen sich nur 44 Prozent der männlichen, aber immerhin noch die Hälfte der weiblichen Studierenden aufgeschlossen. Besonders auffallend sind in allen Bereichen die ablehnenden Haltungen der Männer. Am höchsten ist sie bei den Institutsbesetzungen mit 61 Prozent. Aber nur die Hälfte des anderen Geschlechts spricht sich dagegen aus. Bei Boykotten von Lehrveranstaltungen sind es wiederum weniger Männer, die dem in Ausnahmefällen zustimmen würden. Bei den anderen Formen zeigen sie sich in Sondersituationen als zugänglicher.

4.3.3.2 Soziale Herkunft

Heben sich in der Forschung die Höhergebildeten als stärker an politischen Sachverhalten interessiert hervor (Niedermayer, 2001), so resultiert aus dem Konstanzer Studierendensurvey Vergleichbares. Unter den Angehörigen der unteren *elterlichen Berufsschichten* ist das hochschulpolitische *Interesse* am geringsten. Hingegen schenkt ein Viertel der Respondenten aus der mittleren Berufsschicht der spezifisch studentischen Politik große Beachtung, die Vertreter der unteren und höchsten Schicht liegen nur knapp dahinter (jeweils 24%).

Ähnliches zeigt sich bei den *hochschulischen Gruppen*. Während die Fachschaften bei den höheren Schichten eher bevorzugt werden, dominiert die untere Schicht bei politischen Vereinigungen und informellen Aktionsgruppen. In bezug auf die Bedeutung verschiedener *Aufgaben* und ihrer Relevanz hingegen ergeben sich – durch Medianvergleich ermittelte – deutliche Signifikanzen. Die Forderung nach einem allgemeinpolitischen Mandat wird annähernd von einem Drittel stark und neun Prozent vordringlich von Vertretern unterer Schichten artikuliert. Die Angehörigen der mittleren und oberen

Sozialgruppen zeigen sich daran eher weniger bis gar nicht interessiert. Auch in sozialen Fragen befürworten mehr Studierende aus einfachen Arbeiter- sowie kleinen Beamten- und Selbständigenhaushalten ein stärkeres Einsetzen als die Vergleichsgruppen (48 vs. 43 und 44%). Gleiches zeigt sich bei den kulturellen Belangen. Während sich auch hier in den oberen beiden Schichten die dafür wenig bis gar nicht Zugänglichen sammeln, dominieren in den anderen beiden Extremkategorien zu größeren Teilen die Angehörigen der unteren Schicht. Als stärker bzw. vordringlicher ist das Interesse der Befragten der unteren Schichten bezüglich der Herstellung geschlechtlicher Gleichheit zu nennen. Zeigt sich insbesondere knapp ein Drittel der aus Elternhäusern mit leitenden und freien Berufen entstammenden Respondenten stark bzw. 12 Prozent vordringlich interessiert, so sind dies in den unteren Schichten 35 bzw. 16 Prozent.

Vergleichbares ist im Bereich über die Haltung verschiedener *Kritikformen* zu berichten. Deutliche Unterschiede zeigen sich nur im Hinblick auf die Darstellung der Kritik durch Institutsbesetzungen. Diesen gegenüber erscheinen die Mitglieder der unteren Schichten offener und weisen weniger Ablehnung auf.

Im Hinblick auf den *elterlichen Bildungsabschluß* sind keine durchgängigen Einflüsse festzustellen. Lediglich bei sozialen Fragen sowie der Forderung nach Gleichbehandlung der Geschlechter sind die Kinder, deren Eltern einen Hauptschulabschluß vorweisen, mit 59 bzw. 50 Prozent der Befragten am stärksten vertreten. Ein kleiner Einfluß ist auch im kulturellen Bereich auszumachen. Allerdings auf eine andere Art. Denn die größten Befürworter sind die Angehörigen aus Familien mit Abitur oder einem abgeschlossenen Hochschulstudium. Differenziert man die Studienabschlüsse genauer, so betrachten die Nachkommen von Eltern mit einem Universitätsabschluß kulturelle Belange als relevanter (33 vs. 28%). Mit höherer Bildung der Eltern wird auch der Unterstützung ausländischer Kommilitonen eine größere Wichtigkeit eingeräumt. Tendenzielle Auswirkungen des Bildungsgrades sind in der Haltung kritischer Äußerungen im Rahmen der Auseinandersetzung mit studentischen Publikationen sowie – in geringerem Maße – anhand von Flugblättern sichtbar. Bei beiden zeigen sich die Studierenden aus Akademikerhaushalten etwas verschlossener. Hingegen sind junge Hochqualifizierte schriftlichen Diskursen sowie Flugblättern offener, deren Eltern die Real-, Hauptschule bzw. das Gymnasium erfolgreich besucht haben.

4.3.3.3 Eigene Erwerbstätigkeit

Demgegenüber zeigt sich die *Erwerbstätigkeit* der Studierenden als ein gewichtiger Einflußfaktor auf das hochschulpolitische *Interesse*. Hier signalisieren diejenigen die größte Aufgeschlossenheit, die einer Erwerbstätigkeit zur teilweisen Finanzierung ihres Studiums nachgehen. Das wird besonders bezüglich des Interesses an studentischer Politik deutlich: Rund ein Viertel äußert daran eine sehr ausgeprägte und starkes Aufmerksamkeit. Gleiches gilt für die, die ihr Studium hauptsächlich selbst finanzieren. Dies ist lediglich bei jedem Fünften der Fall, der materiell unabhängig ist. Zwar zeigen sich dem Bereich der allgemeinen Hochschulpolitik 41 Prozent dieser Gruppe außerordentlich zugetan. Dem stehen jeweils fast die Hälfte derer gegenüber, die sich zum Teil bzw. hauptsächlich selbst finanzieren. Hingegen zeigen sich die materiell Bessergestellten als überwiegend wenig bis mittel interessiert. Gleiches ist auch im Hinblick auf das Interesse am allgemeinpolitischen Geschehen zu beobachten.

Unter diesem Blickwinkel ist ferner eine größere *Partizipationsbereitschaft* an hochschulischen Gruppen unter denjenigen zu konstatieren, die materiell nicht vollständig abgesichert sind (vgl. Tabelle 11).

Die Nichterwerbstätigen treten fast durchgängig als die *Desinteressiertesten* auf. Auch unter denen, die ein Interesse an *Gruppen*, aber Passivität bekunden, weisen sie sich, außer bei den Fachschaften, als die größte Gruppierung aus. Die Dominanz der Erwerbstätigen als Teilnahmewillige zeigt sich mit 15 Prozent bei denen, die sich teilweise, und fast einem Achtel, die sich hauptsächlich selbst finanzieren.

Tendenziell erscheint dies auch bei der Partizipation an studentischen Selbstverwaltungen (6% der Voll- stehen 5% der Teilweise- und 4% der Nichterwerbstätigen gegenüber) sowie im Bereich informeller Aktionsgruppen. Ist dort jeweils jeder Zehnte der Erwerbstätigen aktiv, so sind dies bei den finanziell Abgesicherten sechs Prozent. Bei der *Aufgabenzuschreibung* sind es die ihr Studium voll Arbeitenden, die sich mehrheitlich für ein vordringliches Einsetzen studentischer Vertretungen in allen direkt und nicht unmittelbar studienbezogenen Belange ausspricht.

Tabelle 11 Erwerbstätigkeit und Partizipationsbereitschaft (Angaben in %)			
Partizipation an	Erwerbstätigkeit		
	keine	teilweise	hauptsächlich
Fachschaften			
kein Interesse	34	29	36
Interesse, aber keine Teilnahme	55	56	52
Teilnahme ^{a)}	11	15	12
studentischer Selbstverwaltung			
kein Interesse	56	51	51
Interesse, aber keine Teilnahme	40	44	43
Teilnahme ^{a)}	4	5	6
informellen Aktionsgruppen			
kein Interesse	62	55	55
Interesse, aber keine Teilnahme	32	35	35
Teilnahme ^{a)}	6	10	10
offizieller Selbstverwaltung			
kein Interesse	68	65	63
Interesse, aber keine Teilnahme	30	32	34
Teilnahme ^{a)}	3	3	3
politischen Vereinigungen			
kein Interesse	71	67	66
Interesse, aber keine Teilnahme	26	29	30
Teilnahme ^{a)}	3	4	4
Quelle: Studierendensurvey 2001, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz			

a) Teilnahme: Zusammenfassung der Kategorien: 'gelegentliche Teilnahme', 'nehme häufig teil' und 'habe ein Amt, eine Funktion inne'.

Als am stärksten unkonventionellen Mitteln *kritischer Äußerungsformen* abgeneigt äußern sich diejenigen, die keine finanziellen Belastungen haben. Gelten besonders Boy-

kotte und Institutsbesetzungen bei Vollerwerbstätigen als adäquate Methoden (15 bzw. 11%), werden schriftliche Diskurse – Publikationen, Flugblätter – von denen am ehesten befürwortet, die sich zum Teil selbst finanzieren (81 bzw. 63%). Die größte Zustimmung der materiell Abgesicherten wird in erster Linie bei der Ablehnung unkonventioneller Handlungsweisen transparent. Dies gilt in diesem Zusammenhang auch für Demonstrationen.

Es ist zu *resümieren*, daß sich Frauen stärker für studentenpolitische Sachverhalte sowie Gruppierungen interessiert zeigen. Obgleich sie ein intensiveres Einsetzen für Aufgaben fordern und sich offener gegenüber den Kritikformen verhalten, geben sie sich, wie eingangs ebenfalls formuliert, hinsichtlich der Teilnahmebereitschaft zurückhaltender als Männer. Bezüglich der sozialen Herkunft verweisen die Angehörigen der mittleren Berufsschicht der Eltern fast durchgängig auf die stärkste Beteiligung. Lediglich bei der Teilnahmebereitschaft rangieren sie hinter den Vergleichsgruppen. Studierende aus der unteren Sozialschicht interessieren sich am wenigsten für Hochschulpolitik und die Formulierung der Aufgaben. Hingegen zeigen sich die Respondenten mit privilegierter sozialer Herkunft bezüglich der Kritikformen am zurückhaltendsten. Im Hinblick auf die Studienfinanzierung geben sich die teilweise für ihr Studium Erwerbstätigen sowohl in den Bereichen des Interesses, der aktiven Teilhabe als auch bei den Kritikformen durchgängig als die offensten. Fordern die Vollerwerbstätigen am nachdrücklichsten ein Einsetzen für hochschulische Aufgaben, sind die in diesem Rahmen finanziell abgesicherten Studierenden in allen Indikatoren am reserviertesten.

4.3.4 Studienorientierungen

Es ist denkbar, daß die Studienorientierungen mit der Haltung zur Hochschulpolitik verknüpft sind. Das mag besonders für den Nutzen gelten, der mit einem Hochschulbesuch verbunden wird. Gaiser/ de Rijke (2002) verweisen darauf, daß Personen mit postmaterialistischem Hintergrund am ehesten einem politischen Engagement positiv gegenüberstehen. Unter diesem Aspekt werden im Folgenden zwei Dimensionen in ihrer Bezogenheit auf die Hochschulpolitik näher betrachtet: Sozialen und altruistischen Orientierungen – hier werden Aspekte wie die Gesellschaft verbessern und alternative Lebensweisen erproben beleuchtet – wird eine instrumentell-materialistische Einstellung (großes Einkommen, hohe soziale Position) gegenübergestellt. Diese Annahme bestätigt sich (vgl. Tabelle 12).

Studierende, die eine postmaterialistische Orientierung aufweisen und das Studium in erster Linie als einen Beitrag zur Verbesserung der Gesellschaft sehen, nehmen bezüglich des Interesses sowie der Teilnahmebereitschaft eine Spitzenposition ein. Im Hinblick auf die Aufgabenrelevanz sowie die Befürwortung der Kritikformen werden sie nur von denen überflügelt, die ein Studium als Chance für alternative Lebensweisen begreifen. Somit erweisen sich die jungen Hochqualifizierten, die den Hochschulbesuch vor allem als Chance auffassen, gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern oder aber für sich selbst neue Existenzformen auszuprobieren, als Muster für Engagements und Hort der Ideen im studentischen Politikfeld. Das gilt in allen vier aufgezeigten Bereichen – Interesse, Partizipation, Aufgaben, Kritikformen; dahinter rangieren diejenigen, die durch das Studium die Möglichkeit ableiten, anderen besser helfen zu können. Ihnen folgen mit fallender Tendenz jene mit Haltungen, die eher als materialistisch verstanden

werden können. Diese Gruppen sind noch weniger hochschulpolitischen Inhalten sowie Betätigungsmöglichkeiten zugewandt.

Tabelle 12 Erwarteter Nutzen des Studiums^{a)} und Hochschulpolitik (Mediane der Summenskalen)				
Erwarteter Nutzen	Interesse ^{b)}	Partizipation ^{c)}	Aufgaben ^{d)}	Kritikformen ^{e)}
Gesellschaft verbessern (N=1942)	6,1	8,2	28,7	14,6
alternative Lebensweisen erproben (N=1030)	5,9	8,1	29,1	15,0
hohe soziale Position (N=2097)	5,6	7,3	27,9	13,8
gutes Einkommen (N=3283)	5,5	7,2	27,5	13,8
Quelle: Studierendensurvey 2001, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz				

- a) In den Vergleich einbezogen sind nur jene Teilgruppen, die in Bezug auf die jeweilige einzelne Nutzenerwartung die Ausprägungen 5 oder 6 wählten.
- b) Summenskala über 2 Variablen: Interesse an 'studentischer Hochschulpolitik' und 'studentischen Fragen und Entwicklungen': 0 = in allen Variablen 'gar nicht'; 12 = in allen Variablen 'sehr stark'.
- c) Summenskala über die 5 Variablen der Partizipationsbereitschaft an Gruppen: 5 = in allen Variablen 'weder Interesse noch Partizipation'; 10 = in allen Variablen 'Amt inne'.
- d) Summenskala über 10 Variablen: Einsetzen für Aufgaben: 10 = in allen Variablen 'gar nicht'; 40 = in allen Variablen 'vordringlich'.
- e) Summenskala über 6 Variablen: Ablehnung von Kritikformen: 6 = in allen Variablen 'grundsätzliche Ablehnung'; 18 = in allen Variablen 'grundsätzliche Akzeptanz'.

Mit der Auffassung, ein Studium nütze besonders zu Erreichung einer hohen sozialen Position, oder der Meinung, daß hierdurch ein gutes Einkommen erlangt werden könne, gehen besonders selten ausgeprägte hochschulpolitische Orientierungen einher. Neben dem Interesse und der aktiven Partizipation befinden sich die Bewertung der differierenden Aufgaben sowie die Akzeptanz kritischer Äußerungsformen auf dem niedrigsten Stand. Im Folgenden werden interne Kurzvorstellungen der einzelnen Teilgruppen hinsichtlich der hochschulpolitischen Aspekte erfolgen.

Soziale und altruistische Orientierungen

Je stärker die Studierenden den Nutzen darin sehen, zur *Verbesserung der Gesellschaft* beitragen zu können, desto größer ist ihr *Interesse* an der Hochschulpolitik im Allgemeinen sowie an studentischen Belangen im Speziellen. Besetzt nahezu ein Drittel von ihnen in diesem Bereich die Kategorien, die ein intensives Interesse bekunden, so ist es bei der allgemeinen Hochschulpolitik über die Hälfte, die ihr Augenmerk stark darauf richtet. Demgegenüber sind die Studierenden, die diesen Gedanken weniger bis gar nicht als einen Nutzen ansehen, deutlich in der Minderheit (17 bzw. 37%).

Augenscheinlich wird der Einfluß dieses Faktors auch bei der *Partizipationsbereitschaft*. Sind die, die dieser Haltung nicht sehr offen gegenüber stehen, daran mehrheitlich uninteressiert, weisen die dafür Zugänglichen neben dem höheren Interesse auch die größere Aktivität auf. Dies zeigt sich bei den Fachschaften (17%), den informellen Aktionsgruppen (12%) und bei studentischen Selbstverwaltungen (6%). Fünf Prozent

bekunden dies auch bei politischen Vereinigungen. Hier zeigen sich die Studierenden, die diese Haltung nicht ablehnen, aber auch nicht uneingeschränkt bejahen, mit denen gleichauf, die darin gar keinen bis wenig Nutzen sehen (jeweils 3%). Gleichzeitig bekunden die ersteren mit den intrinsisch Ausgerichteten die stärkste Anteilnahmebereitschaft bei offiziellen Selbstverwaltungen.

Die Dominanz dieser Orientierung spiegelt sich auch bei den *Aufgaben*. So sind es allein 93 Prozent von ihnen – gegenüber 89 Prozent ihres apathischen Pendanten – die eine Verbesserung der Studienbedingungen als stark bis vordringlich betrachten. Das gleiche Phänomen ist sowohl in der Verbesserung der Lehrqualität als auch in einer intensiven Einmischung in die interne Hochschulpolitik zu konstatieren (87 bzw. 80% vs. 83 und 71%). Jeweils drei Viertel dieser Respondenten messen der verbesserten Studienberatung und Mitgestaltung von Prüfungs- und Lehrinhalten einen hohen Wert bei. Trotz sinkender Dringlichkeiten überwiegen auch im nicht direkt studienbezogenen Bereich, die diesem Nutzen zustimmenden Immatrikulierten. Befürworten über drei Viertel von ihnen die Unterstützung ausländischer Hochqualifizierter, fassen nur noch 58 Prozent die Klärung sozialer Fragen als vordringlich auf. Sieht dies etwa die Hälfte bei der Schaffung geschlechtlicher Gleichheit und nur noch 42 Prozent hinsichtlich des allgemeinpolitischen Mandats als gegeben an, so bekunden es lediglich noch rund ein Drittel bei den kulturellen Belangen.

Im Hinblick auf die Akzeptanz kritischer *Äußerungsformen* sind es ebenfalls jene angehenden Akademiker/-innen, die diesen Nutzen hervorheben, die durchgehend allen Formen zustimmen und diese am wenigsten ablehnen. Hingegen zeigt sich ihr Pendant abgeneigter. Anders sieht es unter denen aus, die in Ausnahmefällen zustimmen. Bekundet über ein Drittel der Ablehner dieser Haltung gelegentliche Diskurse mittels Flugblätter bzw. 18 Prozent durch Publikationen, überwiegen bei Boykotte die angehenden Akademiker, deren Haltung sich im mittleren Feld dieser Nutzenorientierung bewegt (57%). Bezüglich Artikulationsformen wie Demonstrationen und Institutsbesetzungen rangieren wiederum die darin einen hohen Nutzen sehenden Befragten auf Spitzenpositionen.

In ähnlicher Weise äußert sich jene Teilgruppe, die ein Studium aufgenommen hat, um anderen besser helfen zu können. Ebenfalls eine vergleichbare Struktur zeichnet sich unter denen ab, die den Nutzen eines Studiums als Möglichkeit sehen, *alternative Lebensweisen* auszuprobieren. Unter ihnen ist das größte *Interesse* an allgemeiner und speziell studentischer Politik zu konstatieren. Fast die Hälfte von ihnen bekundet an hochschulpolitischen Belangen, sowie 29 Prozent an dem studentischen Bereich massives Interesse. Von denen, die diese Einstellung ablehnen, sind es 44 bzw. 22 Prozent.

Bezüglich der *Partizipation* an hochschulischen Organen stellt sich letztere Gruppe gleichfalls als zurückhaltender dar. Neben dem großen Interesse an Fachschaften und studentischen Selbstverwaltungsorganen (56 bzw. 46%) wird dies ebenfalls bezüglich informeller Aktionsgruppen von den Personen bekundet, die eine solche Haltung nicht ganz negieren, dieser aber auch nicht vollständig zustimmen (41%). Ein Einfluß dieser Einstellungsbefürwortung zeigt sich hinsichtlich der offiziellen Selbstverwaltungen. Mit 36 Prozent überwiegen hier leicht die Anhänger dieser Richtung. Hinsichtlich der Partizipation sind die aktivsten unter denen zu finden, die der Erprobung neuer Lebensweisen eine mittlere Relevanz einräumen. Das wird neben den Fachschaften bei der Teil-

nahme an offiziellen Selbstverwaltungen sowie politischen Vereinigungen deutlich (17 bzw. 5 und 6%). Lediglich bei informellen Einrichtungen dominieren mit rund einem Achtel die überzeugten Anhänger dieser Richtung. Hingegen liegen sie bei offiziellen Organen mit der anderen Extremgruppe gleichauf (jeweils 3%).

Die Befürworter dieser Grundeinstellung heben sich von denen, die dem mittelmäßig bis gar nicht zustimmen, dadurch ab, daß sie sich noch dezidierter über Aufgaben und Kritikformen äußern: Fast durchgängig fordern sie ein intensives Engagement ihrer Vertretung in den vielfältigen *Aufgabenbereichen*. Das gilt neben der Verbesserung der Studienbedingungen (93 vs. 90 bzw. 91%) und der Einmischung in die interne Hochschulpolitik (79 vs. 78 bzw. 75%) auch für die Mitgestaltung von Lehr- und Prüfungsinhalten sowie die Studienberatung. Rund drei Viertel sieht dies jeweils als eine dringliche Aufgabe an. Lediglich dem Aspekt der Lehrverbesserung messen die Studierenden, die das Studium nicht als Erprobungsfeld alternativer Lebensweisen begreifen einen leicht höheren Wert bei (85 vs. jeweils 84%). Ein ähnliches Muster zeichnet sich bei den nicht primär als studienbezogen aufgefaßten Aufgaben ab.

Weit über die Hälfte der diesen Nutzen begrüßenden Respondent/-innen sehen in der Klärung sozialer Fragen und der Schaffung geschlechtlicher Gleichbehandlung die größte Dringlichkeit. Mit 38 Prozent weisen sie dieses auch hinsichtlich kultureller Belange aus. In der Forderung ausländische Qualifizierte zu unterstützen, liegen sie mit den Kommilitonen gleich auf, die sich gegenüber diesem Nutzendenken nicht völlig verschließen (jeweils 78% bzw. 71%). Die Ablehner alternativer Lebensweisen bekunden hier, wie in den übrigen Bereichen, die geringste Dringlichkeit.

Begrüßen überwiegend deren Befürworter kritische Äußerungen mittels Demonstrationen, Boykotte und Institutsbesetzungen, so zeigen diejenigen, die dies als einen mittleren Nutzen des Studiums auffassen, besonders bei schriftlichen wie Auseinandersetzungen durch Flugblätter ein gleich großes Zustimmungspotential (84 bzw. 70%). Trotz ihrer geringen Akzeptanz aller Artikulationsweisen zeigen sich die gegenüber dieser Studieneinstellung Apathischen bereit, in Ausnahmefällen studentischen Publikationen, Flugblättern und Demonstrationen am ehesten als Ausdrucksform zuzustimmen (18, 33 bzw. 47%). Unkonventionellere Mittel, wie Boykotte und Institutsbesetzungen finden in Sonderfällen eher unter denen Unterstützung, die die Hochschule als Erprobungsort alternierender Lebensstile verstehen (58 und 43%).

Instrumentell-materialistische Orientierung

Von den jungen Hochqualifizierten, die sich von einem Hochschulbesuch eine *hohe soziale Position* versprechen, äußert sich fast jeder Fünfte an allgemeinen hochschulpolitischen Belangen *interessiert*. Schenken acht Prozent dieser Immatrikulierten der studentischen Politik im Spezifischen große Aufmerksamkeit, ist der Anteil unter denen, die diese Haltung weder ganz ablehnen bzw. befürworten, genauso hoch. Als hieran geringfügig stärker interessiert erweisen sich die Ablehner dieser Haltung (9%). Hinsichtlich der *Partizipationsbereitschaft* an den einzelnen hochschulischen Organen kristallisiert sich lediglich ein signifikanter Einfluß – im Interesse an informellen Aktionsgruppen – heraus. Bekundet das jeder Zehnte derjenigen, deren Anspruch auf eine spätere hohe soziale Position nicht zu groß ausgeprägt ist, so ist dies in beiden Vergleichsgruppen jeweils nicht mal jeder Zehnte.

Betrachtet man die *Aufgaben*, für die sich Studierendenvertretungen engagieren sollen, offenbaren sich deutlichere Einflüsse in nichtstudienbezogenen Bereichen. Überwiegend der diesem Nutzen gegenüber eine mittlere Haltung einnehmenden Personen, fordern drei Viertel eine Unterstützung ausländischer Hochqualifizierter. Dieser Einfluß verschiebt sich dahingehend, daß die in hohem Maße an sozialen Positionen Interessierten eindringlicher die Lösung sozialer Fragen anmahnen (57%). Hingegen offenbaren sich diejenigen, die der Forderung nach Abschaffung geschlechtlicher Benachteiligungen und der Einführung des allgemeinpolitischen Mandats einen hochgradigeren Nachdruck verleihen, als an einer solchen Möglichkeit weniger interessiert (48 bzw. 36%).

Diese Studierenden begrüßen auch am ehesten die unterschiedlichen Formen, sich *kritisch* zu äußern. Anders sehen dies die Kommilitonen, die den Nutzen des Studiums in der Erlangung hoher gesellschaftlicher Stellungen betonen. Sie stimmen ihnen nicht nur durchgängig weniger zu, sondern hegen auch die größeren Aversionen. Gleichzeitig werden von ihnen in Ausnahmefällen Demonstrationen sowie kritische Äußerungen durch Flugblätter mehrheitlich begrüßt (47 und 33%). Bei Boykotte sind dies hingegen jene, die dem Erreichen hoher sozialer Position eine mittlere bzw. bei Institutsbesetzungen, diejenigen, die dem keine Relevanz beimessen (57 bzw. 39%).

Die Studierenden, die mit einem Studium ein *hohes Einkommen* verbinden, äußern weniger häufig hochschulpolitisches bzw. studentenspezifisches *Interesse* (16%) und bekunden eine größere Apathie bezüglich aller studentischen Organe. Im Gegensatz dazu artikulieren die Kommilitonen, die darin keinen bis wenig Nutzen sehen, die deutlichste *Partizipationsbereitschaft*. Ein Achtel von ihnen formuliert dies bezüglich informeller Aktionsgruppen; doch sinkt dieser Wert bei studentischen Selbstverwaltungen (7%), politischen Vereinigungen (5%) und offiziellen Gremien (4%). Sie fassen zudem den Einsatz für die Aufgaben durchgehend intensiver auf. Sprechen sich 79 Prozent für eine Einmischung in die interne Hochschulpolitik aus, sind dies in der anderen Extremgruppe nur rund drei Viertel.

Signifikanzen ergeben sich des weiteren bei nicht-primär studienbezogenen *Aufgaben*. Auch hier sind die Befürworter hoher Einkommen ablehnender. Hingegen sind es über zwei Viertel der Vergleichsgruppe, die eine Unterstützung ausländischer Kommilitonen, über die Hälfte, die eine Klärung sozialer Fragen, sowie immerhin noch 49 gegenüber 44 Prozent, die die Beseitigung geschlechtlicher Ungleichheiten als starke bis vordringliche Aufgabe begreifen. Auch im Bereich des allgemeinpolitischen Mandats (40 vs. 33%) und dem Wunsch, sich intensiver um kulturelle Belange zu kümmern, sind sie gegenüber ihrem Pendant führend.

In ähnlicher Weise gestaltet sich das Verhältnis hinsichtlich der Akzeptanz unterschiedlicher *Kritikformen*. Bekunden die monetär ausgerichteten Hochqualifizierten eine höhere Ablehnung aller Formen, besteht die Gruppe der Befürworter fast durchgehend aus denen, die den Nutzen eines Studium nicht am Einkommens bemessen. Neben der Zustimmung für schriftliche Diskurse (84 gegenüber 79%), wird dies mit 58 Prozent auch bei Demonstrationen und der Akzeptanz von Boykotte deutlich. Fast jeder Fünfte befürwortet dies. Weitere 15 Prozent sehen auch in Institutsbesetzungen ein adäquates Mittel, sich kritisch zu äußern. Doch verweisen die finanziell Interessierten mehrheitlich darauf, einige Formen in Ausnahmefällen zu akzeptieren. Dies gilt für die Auseinandersetzung in schriftlicher Form und die gelegentliche Tolerierung von Demonstrationen.

Bilanzierend ist die Annahme zu untermauern, daß eine instrumentell-materialistische Orientierung ein geringeres Engagement auf hochschulpolitischem Terrain zur Folge hat. Demgegenüber zeigen sich Studierende mit sozialen und altruistisch ausgerichteten Neigungen an hochschulpolitischen Zusammenhängen stärker interessiert und aktiver. Dies gilt auch unter dem Aspekt der Formulierung von Aufgaben und der größeren Akzeptanz der verschiedenen Artikulationsweisen. Ein solcher Einfluß ist aber auch umgekehrt denkbar: Es ist möglich, daß sich ein politisches Engagement auf das individuelle Selbstverständnis des Studiums dahingehend auswirkt, daß sich erst dadurch eine sozial-gesellschaftliche Ausrichtung entwickelt bzw. in eine instrumentell-materialistische wandelt. Das herauszufinden, ist aber nicht die Intention dieser Arbeit, zumal Kausalbeziehungen mit Querschnittsdaten schwerlich aufzudecken sind.

4.3.5 Politischer Standort

Hinsichtlich der politischen Verortung wird ein deutliches Links-Rechts Gefälle transparent, das sich gleichermaßen in allen vier Indikatoren abbildet (vgl. Tabelle 13). Die vorliegenden Resultate bestätigen ältere Studien, die auf ein Übergewicht an politischer sowie hochschulpolitischer Aufmerksamkeit bei linksorientierten Studierenden verweisen. Auch hier wird deutlich, daß die rechten Kräfte keine große Rolle spielen (vgl. Demirovic/ Paul, 1996). Das zeigt sich besonders in den politischen Extremen. Die sich dem Spektrum der kommunistisch-marxistischen Ideologie zurechnenden Studierenden heben sich bezüglich des Interesses sowie der aktiven Partizipation am hochschulpolitischen Sachverhalten am stärksten hervor.

Gleiches gilt neben dem Nachdruck, sich für verschiedene Aufgaben einzusetzen, auch für die Akzeptanz der unterschiedlichen Kritikformen: Stets bekunden Befragte aus dem linksextremen Spektrum die ausgeprägtesten Haltungen. Ihnen folgen in allen Bereichen, obgleich mit zurückgegangenen Befürwortungen, die sich grün-alternativ einstuftenden Kommilitonen. Die sozialdemokratisch Gesinnten rangieren auf dem dritten Platz. Auch hier ist ein Rückgang der Werte in allen Feldern zu konstatieren. Dieses Phänomen repliziert sich bei liberal orientierten jungen Hochqualifizierten. Diese Tendenz fortsetzend, schwindet neben dem Interesse und der Partizipationsbereitschaft auch die Relevanz der Aufgaben sowie die Zustimmung zu den Kritikformen unter denen, die christlich-konservative Werte begrüßen. Das Schlußlicht bilden die national-konservativ Orientierten. Sie bekunden in allen vier Indikatoren die geringste Aufmerksamkeit sowie Überzeugungen.

Konkretisiert stellt sich dies folgendermaßen dar: 61 Prozent der kommunistisch-marxistisch ausgerichteten Studierenden *interessieren* sich für allgemeinpolitische Vorgänge. Es folgen mit 57 bzw. 55 Prozent sowohl die national-konservativen als auch liberal gesinnten Hochqualifizierten, die hierfür am offensten sind. Die Befürworter grün-alternativer, sozialdemokratischer sowie christlich-konservativer Muster rangieren mit noch über der Hälfte auf den folgenden Plätzen.

Bezüglich der allgemeinen Hochschulpolitik steht dem knappen Drittel der interessierten extremen Linke, circa ein Achtel der radikalen Rechten auf dem letzten Platz gegenüber. Dieser Trend setzt sich bei dem Interesse an der studentischen Politik fort. Hinter den linksextremen (23%) liegen grün-alternative sowie sozialdemokratische Studieren-

de (11 bzw. 9%). Gleichauf mit den Liberalen zeigen sich die Christlich-Konservativen (7%). Dahinter rangieren die National-Konservativen.

Tabelle 13 Verortung im Parteienspektrum^{a)} und Hochschulpolitik (Mediane der Summenskalen)				
Politische Haltung	Interesse ^{b)}	Partizipation ^{c)}	Aufgaben ^{d)}	Kritikformen ^{e)}
kommunistisch-marxistisch (N=340)	7,1	9,0	29,6	15,9
grün-alternativ (N=2147)	6,0	8,2	28,9	15,3
sozialdemokratisch (N=2729)	5,9	7,7	28,3	14,6
liberal (N=1724)	5,6	7,4	27,5	13,6
christlich-konservativ (N=1252)	5,3	7,2	26,7	13,0
national-konservativ (N=170)	5,0	6,7	24,5	12,2
Quelle: Studierendensurvey 2001, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz				

- a) In den Vergleich einbezogen sind nur jene Teilgruppen, die in Bezug auf die jeweilige einzelne politische Ausrichtung die Ausprägungen 6 oder 7 wählten.
- b) Summenskala über 2 Variablen: Interesse an 'studentischer Hochschulpolitik' und 'studentischen Fragen und Entwicklungen': 0 = in allen Variablen 'gar nicht'; 12 = in allen Variablen 'sehr stark'.
- c) Summenskala über die 5 Variablen der Partizipationsbereitschaft an Gruppen: 5 = in allen Variablen 'kein Interesse'; 10 = in allen Variablen 'Amt inne'.
- d) Summenskala über 10 Variablen: Einsetzen für Aufgaben: 10 = in allen Variablen 'gar nicht'; 40 = in allen Variablen 'vordringlich'.
- e) Summenskala über 6 Variablen: Ablehnung von Kritikformen: 6 = in allen Variablen 'grundsätzliche Ablehnung'; 18 = in allen Variablen 'grundsätzliche Akzeptanz'.

Ein Blick bezüglich der *Teilnahmebereitschaft* stützt das Bild einer aktiven Linken. Mit den marxistisch-kommunistisch Ausgerichteten sind es gleichfalls 16 Prozent der Grün-Alternativen, die sich hinsichtlich der Fachschaften am partizipativsten vorstellen. Interessanterweise positionieren sich die liberalen gemeinsam mit den sozialdemokratischen Studierenden knapp dahinter (jeweils 14%). Ein intensives Engagement der Linken ist auch bezüglich studentischer Selbstverwaltungsgremien zu konstatieren. Stellt sich das Interesse an den offiziellen Gremien als relativ ausgeglichen dar, wobei sich die eher marxistisch-kommunistisch ausgerichteten Studierenden mit den Grünen von allen anderen abheben, so sind es wieder die erstgenannten, die am häufigsten an politischen Studentenvereinigungen (12%) und informellen Aktionsgruppen (18%) teilnehmen.

Erweisen sich die Anhänger der übrigen Richtungen besonders bei Studierendenvereinigungen im Vergleich als eher apathisch und gleichauf, so sind es in erster Linie die grün-alternativen jungen Leute, die bei den informellen Aktionsgruppen das Bild einer aktiven Linken wieder nähren (12%). Hält nicht einmal jeder Zehnte der in dem Gefälle aufgezeigten Gruppen dies für relevant, präsentieren sich die Studierenden mit national-konservativer Ausrichtung als am verschlossensten (8%).

Tabelle 14
Einsetzen für Aufgaben im studienbezogenen Bereich nach politischer Haltung
 (Angaben in %)

Aufgaben	Politische Haltung					
	marx.- komm. (N=340)	grün- alternativ (N=2147)	sozialdemo- kratisch (N=2729)	liberal (N=1724)	christl.- konservat. (N=1252)	national- konservat. (N=170)
bessere Studienbe- dingungen						
gar nicht	1	1	1	1	1	5
etwas	6	6	7	7	10	13
stark/ vordringlich ^{a)}	93	93	92	92	89	82
Verbesserung der Lehrqualität						
gar nicht	3	1	1	2	3	4
etwas	10	10	12	12	14	23
stark/ vordringlich ^{a)}	88	88	87	86	83	73
Interne Hochschul- politik						
gar nicht	1	1	1	2	3	10
etwas	13	13	19	24	29	38
stark/ vordringlich ^{a)}	86	85	80	74	68	53
Studienberatung						
gar nicht	0	1	1	2	2	4
etwas	26	25	23	27	26	30
stark/ vordringlich ^{a)}	73	74	75	72	72	66
Mitarbeit an Prü- fungs- und Lehrin- halten						
gar nicht	2	2	2	4	4	7
etwas	21	21	23	27	27	25
stark/ vordringlich ^{a)}	77	77	75	70	69	68

Quelle: Studierendensurvey 2001, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz

a) Die Kategorien „stark“ und „vordringlich“ sind zur Kategorie „stark/ vordringlich“ zusammengefaßt.

Hinsichtlich der primären als auch bei den nicht unmittelbar mit dem Studium verknüpften *Aufgaben* ist neuerlich eine Dominanz der Anhänger linker Richtungen unverkennbar. Mit jeweils 93 Prozent sind es im ersten Bereich Personen, die sich der extremen Linken sowie grün-alternativen Ansichten nahe fühlen, die in Verbesserungen von Studienbedingungen eine starke bis vordringliche Aufgabe sehen (vgl. Tabelle 14). Daß hier die liberal mit den sozialdemokratisch Gesinnten gleichauf liegen (92%), ist in diesem Komplex selten. Die christlich- sowie die national-konservative Richtung bilden mit 89 bzw. 82 Prozent das Schlußlicht.

Bei dem Verlangen, stark bzw. vordringlich an der Hebung der Lehrqualität, der Studienberatung und der aktiven Formulierung von Prüfungs- und Lehrinhalten mitzuwirken, werden die Sympathisanten marxistisch-kommunistischer Ansichten von den anderen beiden linken Spektren leicht überholt bzw. liegen gleichauf. Die übrigen politischen Richtungen rangieren auch hier im unteren Bereich, obgleich die christlich-konservativen Immatrikulierten, wie bei der Studienberatung, mit den Liberalen gleichziehen. Somit ist ein deutliches Übergewicht der Linken zu konstatieren. Die Konservativen fordern oftmals ein geringes Engagement.

Dieses Bild repliziert sich bei den nicht direkt studienbezogenen Aufgaben (Tabelle 15).

Tabelle 15 Einsetzen für Aufgaben im nicht-studienbezogenen Bereich nach politischer Haltung (Angaben in %)						
Aufgaben	Politische Haltung					
	marx.- komm. (N=340)	grün- alternativ (N=2147)	sozialdemo- kratisch (N=2729)	liberal (N=1724)	christl.- konservat. (N=1252)	national- konservat. (N=170)
ausländische Studierende unterstützen						
gar nicht	1	1	1	3	4	29
etwas	17	17	20	25	32	36
stark/ vordringlich ^{a)}	82	82	79	73	64	35
soziale Fragen						
gar nicht	5	4	5	7	7	18
etwas	35	37	38	39	41	42
stark/ vordringlich ^{a)}	60	59	57	54	52	48
Frauenbenachteiligungen abschaffen						
gar nicht	12	10	12	22	26	52
etwas	28	32	36	38	41	26
stark/ vordringlich ^{a)}	60	58	52	40	33	23
allgemeinpolitisches Mandat						
gar nicht	8	10	13	21	22	36
etwas	29	45	48	48	54	48
stark/ vordringlich ^{a)}	63	44	39	31	24	17
kulturelle Belange						
gar nicht	13	13	15	18	19	25
etwas	48	52	54	52	52	50
stark/ vordringlich ^{a)}	39	35	31	31	29	26

Quelle: Studierendensurvey 2001, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz

a) Die Kategorien „stark“ und „vordringlich“ sind zur Kategorie „stark/ vordringlich“ zusammengefaßt.

Lediglich bezüglich der Unterstützung für ausländische Kommilitonen sind es die Grün-Alternativen, die dies mit der marxistisch-kommunistischen Linken gleichermaßen stark bis vordringlich anmahnen (jeweils 82%). Rangieren auch hier die konservativen Ausprägungen, die ein intensives Engagement fordern, durchgängig auf den letzten Plätzen, so sind sie es, die am ehesten keine bzw. nur eine geringe Aktivität befürworten. Ein Aufschließen an die führenden Gruppen signalisieren die liberal Gesinnten. Fast ein Drittel unterstreicht die ausdrückliche Relevanz kultureller Belange. Damit befinden sie sich auf demselben Niveau wie die Vertreter sozialdemokratischen Gedankenguts.

Die in der Medianverteilung aufgezeigte Links-Rechts-Gewichtung bestätigt sich auch in den *Kritikbereichen*. Gleichwohl die unterschiedlichen Richtungen auf der konventionellen Ebene fast allem uneingeschränkt zustimmen, sind hier ferner marxistisch-kommunistisch Orientierte zu nennen, die diese am deutlichsten befürworten. Das gilt, neben Diskussionen, bei abnehmender Tendenz auch für die Bereiche der Auseinandersetzung in Form studentischer Publikationen sowie für Kritik durch Flugblätter. Besonders hier nimmt mit sinkender Befürwortung die gelegentliche Zustimmung als auch die Ablehnung christlich- bzw. national-konservativer Studierender deutlichere Dimensionen an (extreme Linke 3 vs. extreme Rechte 15%). Auch befürwortet die Linken Demonstrationen stärker. Sind hierfür mehr als drei Viertel marxistisch-kommunistischer Personen, 68 Prozent der grün-alternativen sowie noch mehr als die Hälfte der sozialdemokratisch Orientierten offen, so gilt dies für knapp ein Viertel der extremen Rechten. Gemeinsam mit den Liberalen und Christlich-konservativen zeigt sich ihre Mehrheit als nur in Ausnahmefällen zur Demonstrationen bereit.

Trotz des Rückgangs der uneingeschränkten Zustimmung zugunsten gelegentlicher Befürwortungen, spiegelt sich dieses Gefälle auf unkonventioneller Ebene. Es sind aber mehr grün-alternative und sozialdemokratische Hochqualifizierte sowie Liberale gelegentlichen Boykotte zugetan als die extreme Linke (62, 60 bzw. 53 vs. 47%). Die Nationalen bilden das Schlußlicht und sind als einzige mehrheitlich dagegen. Auch bei Institutsbesetzungen zeigen sie sich am apathischsten, befürworten sie aber eher als Christlich-Konservative und Liberale (5 vs. 4, bzw. 2%). Erstmalig lehnt dies mehrheitlich auch das sozialdemokratische Klientel ab und rangieren damit hinter Liberalen und Konservativen. Insgesamt sind es marxistisch-kommunistische Personen, die den unterschiedlichen Kritikformen am offensten gegenüber treten, die National-Konservativen lehnen diese am stärksten ab.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß es links orientierten Studierenden sind, die sich am deutlichsten für hochschulpolitische Sachverhalte interessieren, stärker einbringen und Forderungen formulieren. Auch befürworten diese jungen Hochqualifizierten am ehesten die unterschiedlichen Kritikformen. Zeigen sich hierbei die Anhänger des marxistisch-kommunistischen Spektrums am aktivsten, tauschen sie oft mit Vertretern des grün-alternativen und sozialdemokratischen Milieus die Spitzenplätze bzw. liegen mit ihnen gleichauf. Allerdings ist auch hier nicht geklärt, inwieweit hochschulisches Engagement Einfluß auf die politische Haltung zur Folge hat. Dies kann sich ebenfalls durch die Teilnahme an studentenpolitischen Aktivitäten herausgebildet oder gewandelt haben. Um dies zu ermitteln, wären Längsschnittdaten erforderlich.

5 Bilanz der Befunde und Folgerungen

5.1 Zusammenfassung der empirischen Befunde

Die befragten Studierenden sind gegenüber hochschulpolitischen Belangen prinzipiell aufgeschlossen, ohne aber enthusiastisch zu sein. Fragen und Entwicklungen der Hochschulpolitik bringen sie ein *mittleres Interesse* entgegen; die studentische Politik genießt eine geringe Aufmerksamkeit, von über einem Drittel findet sie kaum Beachtung. Als ausgesprochen interessiert können nur Minderheiten von 19 Prozent (Hochschulpolitik) und acht Prozent (studentische Politik) bezeichnet werden.

Insgesamt verweisen die Befunde auf eine schwache *Partizipation* der jungen Hochqualifizierten an den hochschulischen Gremien. Eine aktive Beteiligung in Form von Ämtern geben gerade drei Prozent der Studierenden an. Ihnen gesellen sich weitere Minoritäten – von bis zu 10 Prozent – hinzu, die hin und wieder oder sogar öfters an diversen Gruppen teilnehmen. An der Spitze des politischen Interesses und der aktiven Beteiligung stehen die Fachschaften. Wer hier Aufgeschlossenheit signalisiert, ist dies nicht nur in einem, sondern in mehreren Bereichen, sei es in der offiziellen Selbstverwaltung, in informellen Aktionsgruppen oder in politischen Vereinigungen.

Trotz der vorhandenen hochschulpolitischen Abstinenz wissen die Studierenden zu formulieren, worin die *Aufgaben* einer studentischen Politik bzw. ihrer Vertretungen liegen. Sie benennen einen weiten Reigen von Aspekten, in dessen Vordergrund fachspezifische Inhalte stehen – Verbesserung der Studienbedingungen und der Lehre – aber auch die Beeinflussung der internen Hochschulpolitik. Ergänzt wird dieses – mit etwas weniger Nachdruck – durch die Forderung nach der Lösung sozialer Fragestellungen.

Auch hinsichtlich diverser *Formen der Kritikäußerung* existieren innerhalb der Studierendenschaft deutliche Vorstellungen. Verbale und schriftliche Diskurse finden eine breite Unterstützung. Unkonventionelle Mittel, wie etwa Boykotte und Institutsbesetzungen hingegen, werden überwiegend abgelehnt.

Deutliche Beziehungen zeichnen sich zwischen den Variablenkomplexen Interesse, Partizipationsbereitschaft, Aufgaben und Kritikformen ab. Je ausgeprägter die Interessen sowie die aktive Beteiligung sind, desto pointierter fallen die Urteile zu den Aufgaben einer studentischen Vertretung und den Möglichkeiten aus, die eigenen Ansichten durchzusetzen und sich zu hochschulischen Entwicklungen kritisch zu äußern.

Unter dem Aspekt *unterschiedlicher Einflußgrößen* lassen sich folgende Bilanzen ziehen:

- Die Studierendenschaft in den neuen *Bundesländern* verweist auf ein höheres Interesse an der Hochschulpolitik und mehr Aufgeschlossenheit an Aktivitäten.
- Zeigen sich die Immatrikulierten der *Fachhochschulen* an politischen Sachverhalten interessierter und teilnahmebereiter, weisen ihre *universitären Kommilitonen* eine höhere Akzeptanz der vielfältigen Artikulationsformen auf. Hinsichtlich der Aufgabenrelevanz liegen die Studierenden beider Hochschularten be-

züglich der Forderung nach einem allgemeinen politischen Mandat sowie der Abschaffung geschlechtlicher Benachteiligungen gleichauf.

- Im Vergleich der *Fächergruppen* ist bei allen Partizipationsformen eine Dominanz der Sozialwissenschaften hervorzuheben. Dies gilt für Universitäten und Fachhochschulen gleichermaßen. Hingegen präsentieren sich die Ingenieurwissenschaften in beiden Einrichtungen als das Schlußlicht.
- *Frauen* sind zwar in höherem Maße interessierter als ihre männlichen Kommilitonen, aber weniger zu einer aktiven Teilnahme an der Hochschule bereit. Dennoch formulieren sie prononcierter, welche Aufgaben vordringlich für eine studentische Vertretung anzugehen sind. Dabei stellen sie insbesondere die bessere Gestaltung von Prüfungs- und Lehrinhalten mittels studentischer Mitarbeit und die Aufhebung geschlechtlicher Benachteiligung in den Vordergrund.
- Vergleichsweise geringe Effekte weist die *soziale Herkunft* auf. Bekunden Angehörige der unteren Bildungsschichten ein geringes hochschulpolitisches Interesse, formulieren sie etwas stärker Forderungen nach einem allgemeinpolitischen Mandat, der Beachtung sozialer Fragen und kultureller Belange sowie die Herstellung geschlechtlicher Gleichheit. Unterstrichen wird dies durch die positivere Haltung gegenüber unkonventionellen Handlungsformen.
- Etwas stärker wirkt sich die eigene *Erwerbstätigkeit* aus. Gerade jene Studierenden, die materiell nicht abgesichert sind und nebenher Geld verdienen müssen, sind an hochschulpolitischen Ereignissen am stärksten interessiert. Die finanziell Abgesicherten dokumentieren in allen Indikatoren die größte Reserviertheit.
- Auch erweisen sich die an das Studium gerichteten *Nutzenserwartungen* als relevant für die politische Teilnahme von Hochqualifizierten. Befragte, die mit einem Hochschulbesuch die Vorstellung verbinden, später zur Verbesserung der Gesellschaft beizutragen, äußern sich bezüglich des Interesses sowie einer aktiven Bereitschaft am stärksten. Überflügelt werden sie hinsichtlich einer pointierten Aufgabenformulierung sowie einer stärkeren Akzeptanz der vielfältigen Kritikäußerungen lediglich von denen, die ein Studium als hilfreich zur Erprobung alternativer Lebensformen auffassen. Geben die angehenden Akademiker/-innen in erster Linie materialistisch und extrinsisch ausgerichtete Erwartungen an, verweisen sie auf wenig hochschul- bzw. studentenpolitisches Interesse. Dieses gilt neben einer geringen aktiven Teilnahmebereitschaft ebenso für deutlich stärker sinkende Bereitschaften, kritische Äußerungsformen zu akzeptieren, je unkonventioneller diese werden.
- Von herausragender Bedeutung ist die *politische Selbstverortung*. Je „linker“ sich die Befragten begreifen, desto interessierter und aufgeschlossener sind sie in der Hochschulpolitik. Die Gruppe der Linken wird oftmals von den kommunistisch-marxistisch eingestellten Personen angeführt und erweisen sich als am stärksten interessiert. Sie sind in höherem Maße bereit zur Partizipation, der von ihnen formulierte Aufgabenkatalog ist am umfanglichsten und die unterschiedlichen Kritikformen finden die breiteste Zustimmung. Anhänger des grün-alternativen Milieus nehmen den zweiten Platz ein. Dahinter folgen die Studie-

renden aus dem sozialdemokratischen, dann die aus dem liberalen Lager. Rangieren christlich-konservativ orientierte junge Hochqualifizierte an vorletzter Stelle, nehmen national-konservativ gesinnte Kommilitonen die Position der extremen Gegengruppe zu den kommunistisch-marxistisch ausgerichteten Befragten ein.

Der Einfluß verschiedener Faktoren politischen Verhaltens wird mittels einer *rekursiven Pfadanalyse* untersucht. Die Summenscores zum politischen Interesse, der Partizipation, den Aufgaben und Kritikformen werden jeweils gesondert mit ausgewählten Prädiktoren in Beziehung gesetzt. Abgesehen von den Kritikformen erweist sich die durch die verschiedenen Modelle aufgeklärte Varianz als unbefriedigend ($R^2 < 0.10$). Dennoch ergeben sich eindruckliche interne Beziehungen, die beispielhaft anhand der Kriterien „Interesse“ und „Kritikformen“ dargestellt werden sollen.

Hinsichtlich des *Interesses*, hier liegt eine aufgeklärte Varianz von $R^2=0.03$ vor, zeigen sich besonders diejenigen aufgeschlossen, die mit dem Studium gesellschaftliche Verbesserungen anstreben (vgl. Abbildung 6). Hiervon geht ein eigenständiger Effekt aus ($Beta=0.13$). Auch wird deutlich, daß die regionale Zugehörigkeit im West-Ost-Spektrum das hochschulpolitische Interesse modelliert ($Beta=0.11$). Ein Studienplatz in den neuen Ländern weist einen stärkeren Einfluß auf das politische Interesse auf, als dies im Westen der Fall ist. Als besonders markant zeigt sich die Wirkung der individuellen politischen Verortung. Das gilt in erster Linie für eine kommunistisch-marxistische Ausrichtung. Je ausgeprägter diese ist, desto größer ist auch die bekundete Zuwendung zur Hochschulpolitik ($Beta=0.12$).

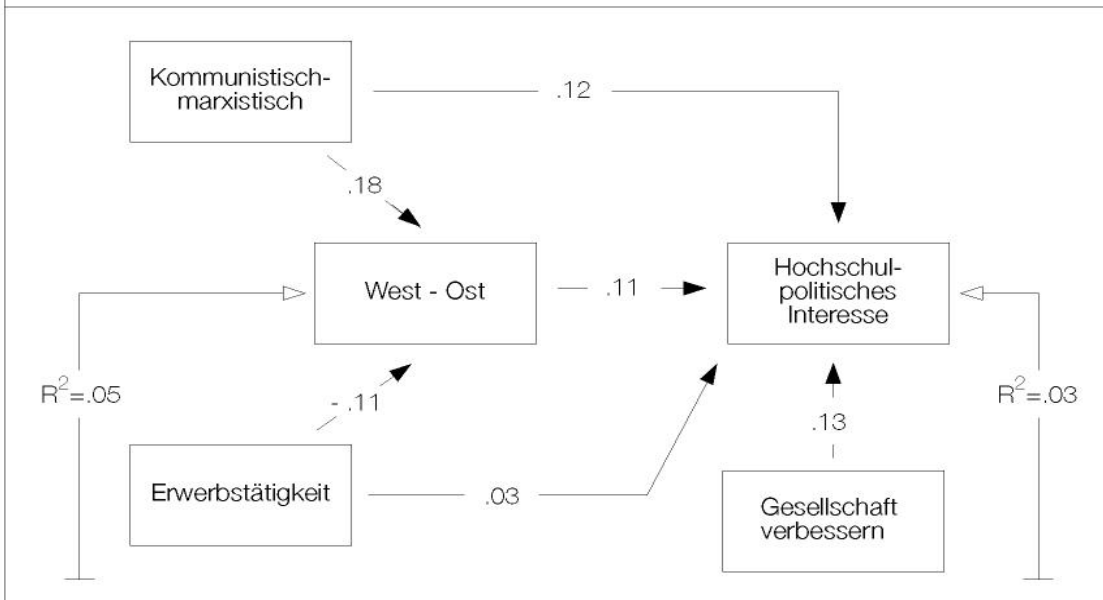
In diesem Zusammenhang offenbart sich gleichzeitig ein Einfluß der Links-Haltung bezüglich des West-Ost Standortes (aufgeklärte Varianz bei $R^2=0.05$). Vertreter dieser politischen Strömung sind in erheblich größerem Maße in den neuen Ländern anzutreffen. Dieser Einfluß unterstellt aber nicht, daß dort ausschließlich die diesem linken Lager zugerechneten Immatrikulierten ein Interesse an Hochschulpolitik bekunden. Dem geringen Einfluß der Erwerbstätigkeit auf das Interesse steht ein massiverer im Hinblick auf die regionale Gebundenheit gegenüber. Dieser verdeutlicht ein geringeres Maß an Erwerbstätigkeit bei den jungen Hochqualifizierten an den östlichen Hochschulen.

Bezüglich der vielfältigen *Kritikformen* zeichnet sich ein noch deutlicheres Bild ab: R^2 erreicht einen Wert von 0.14 (vgl. Abbildung 7). Ein besonders intensiver Einfluß zeichnet sich bei jenen ab, die grün-alternativen Positionen nahe stehen. Diese akzeptieren in hohem Maße die unterschiedlichen Artikulationsweisen ($Beta=0.34$). Hingegen erwachsen weder aus der Erwerbstätigkeit noch aus dem regionalen Standort in den alten oder neuen Bundesländern nennenswerte Effekte. Wohl gilt dies in deutlicherem Maße aber für die Wahl des Studienfaches ($Beta=-0.11$).

Bei Studierenden naturwissenschaftlicher bzw. ingenieurwissenschaftlicher Disziplinen ist die Akzeptanz solcher Formen weniger ausgeprägt. In diesem Beziehungsgeflecht wird ferner deutlich, daß je mehr die angehenden Akademiker/-innen grün-alternative Ansichten vertreten, desto weniger werden präferieren sie diesen Fächerkanon. Wenn auch nur sehr gering, so hebt sich doch hervor, daß erwerbstätige Studierenden wohl eher diese Professionen gewählt haben.

Abbildung 6

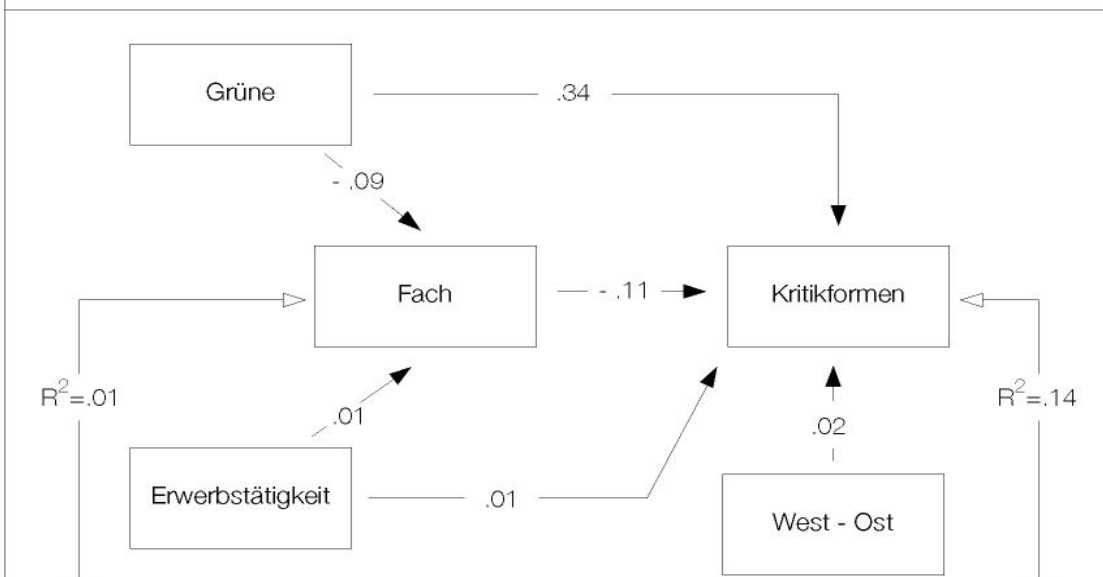
Das Beziehungsgeflecht des hochschulpolitischen Interesses^a im rekursiven Pfadmodell



a) Summenskala über 2 Variablen: Interesse an 'studentischer Hochschulpolitik' und 'studentischen Fragen und Entwicklungen'; 0=in allen Variablen 'gar nicht'; 12=in allen Variablen 'sehr stark'.

Abbildung 7

Das Beziehungsgeflecht der Kritikformen^a im rekursiven Pfadmodell



a) Summenskala über 6 Variablen: Ablehnung von Kritikformen: 6=in allen Variablen 'grundsätzliche Ablehnung'; 18=in allen Variablen 'grundsätzliche Akzeptanz'.

Quelle: Studierendensurvey 2001, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz

5.2 Folgerungen und Schlußbemerkung

Dem seit den 1980er Jahren rückläufigen wissenschaftlichen Interesse am Komplex „Student und Politik“ im Allgemeinen sowie einer hochschulpolitischen Betrachtung im Spezifischen, stehen politische Forderungen entgegen, die aber theoretisch bleiben. Am deutlichsten äußern sich hierzu die Regierungsparteien. Die SPD bekundet in ihrem Grundsatzprogramm, daß „alle Gruppen an der Hochschule wirksame Mitbestimmungsrechte erhalten“ sollen (Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1998, S. 32). BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN fordern die Wiedereinführung der „Verfasste(n) Studierendenschaft als Weg der Artikulation und Einbringung der studentischen Interessen innerhalb der Hochschule“ (Wahlprogramm BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, 2002, S. 53). Damit sollen alle Gruppen in hochschulpolitische Prozesse gleichberechtigt eingebunden und gegenüber der Gesellschaft auftreten.

Die bislang geringe wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Thematik wird diesem Gegenstand nicht gerecht. Denn vom Ansinnen der Parteien abgesehen, zeigt sich ihre Bedeutung bereits in täglichen Entscheidungen an den Hochschulen. Viele der dortigen Beschlüsse, besonders im Bereich der Lehre sowie der Formulierung von Prüfungsordnungen, tangieren in erster Linie die angehenden Akademiker/-innen. Hierbei wäre anzunehmen, daß gerade sie als unmittelbar „Betroffene“ Entscheidungen beeinflussen, wenn nicht gar als Experten mitbestimmen können. Ein Blick in vorhandene Hochschulgesetze, an dieser Stelle ist Briese (1980) zuzustimmen, zeigt aber bei wichtigen Entscheidungen die Degradierung gerade derjenigen, um die es geht, zu Personen, denen keine Kompetenz zugetraut wird. Hier sei ein weiteres Mal auf Adam (1965) verwiesen, der bereits Mitte der 60er Jahre die Kompetenz der Studierenden in nicht nur für sie relevanten hochschulischen Fragen aufgezeigt und durch die Professorenschaft als bestätigt erfaßt hat. Den Studierenden wird dabei politisch wie rechtlich die Möglichkeit genommen, als gleichberechtigte, zahlenmäßig größte Gruppe in der Hochschule die eigenen Interessen zu vertreten und zu versuchen, diese durchzusetzen. Auf diese Weise wird es ihnen verwehrt, die unmittelbare Umwelt ihrem Ansinnen nach sowie in dem Ausmaß mitgestalten zu können, wie man es aufgrund ihrer personellen Stärke und öffentlich zugeschriebenen Relevanz eigentlich erwarten müßte.

Nicht nur aus diesen Gründen sollten besonders die Gesellschaftswissenschaften daran interessiert sein, darzustellen, inwieweit die Studierenden vorhandene Chancen der politischen Betätigung wahrnehmen, welche Akzente sie bei einer Partizipation inhaltlich und in ihrer Ausdrucksform setzen bzw. erwarten: Es gilt ferner, die Gegebenheiten zu eruieren, in denen es den jungen Hochqualifizierten ermöglicht wird, ein demokratisches Bewußtsein zu entwickeln. Denn die Hochschule bietet den geeigneten Raum, derartige Qualitäten zu erwerben. Des weiteren sind hier die vorhandenen Bedingungen aufzuzeigen, in denen zu partizipieren erlaubt ist. Die bestehenden sind aber weder für die Entwicklung bzw. den Ausbau eines demokratischen Bewußtseins noch für die Bildung kritischer Fähigkeiten gegenüber hochschulischen, geschweige denn gesellschaftlichen Prozessen geschaffen. Es muß zwar selbstverständlich auch auf Seiten der Studierenden die Einsicht in diese Relevanz gegeben sein. Allerdings führen sowohl der politische Wille als auch die rechtliche Situation zu einer Demotivierung, sich „überhaupt politisch zu orientieren und zu engagieren“ (Demirovic/ Paul, 1996, S. 74). Ein Blick in die Hochschulgesetze unterstreicht dies. Die Schaffung einer rechtlichen und

politischen Legitimation hochschulischer Betätigung wirkt sich neben der Motivation auch auf die Einsicht einer derartigen Relevanz aus.

Durch die momentane Randständigkeit dieses Themas im wissenschaftlichen Diskurs, der Gesetzgebung sowie in der Politik wird transparent, daß weder die Relevanz gesehen wird noch Voraussetzungen zur Entstehung einer kritischen Studierendenschaft bestehen. Argumente und Ansichten, daß studentische Partizipation an Hochschulen sinnlos sei und nur zur Verlängerung des Studiums führe, das Überhören konstruktiver studentischer Ansichten und gesellschaftspolitische Forderungen auf die Wahrung sowie strikte Einhaltung juristischer Rahmenbedingungen verdeutlichen dies. Genau hier muß eine kritische Gesellschaftswissenschaft ansetzen, die Bedeutung der Förderung eines kritischen akademischen Nachwuchses unterstreichen und den individuellen profilbildenden, bewußtseinsstärkenden als auch gesellschaftlichen Nutzen herausstellen.

Daß durch eine aktive Beteiligung und Mitgestaltung an hochschulischen Prozessen auch Impulse über diese Einrichtungen in die Gesellschaft getragen werden, zeigen die durch die Studentengeneration von 1968 hervorgebrachten Veränderungen (vgl. u.a. Dörre/ Schäfer, 1982; Jarausch, 1984; Strukturforum, 1998; Gilcher-Holtey, 2001). Momente der Kritikfähigkeit, der Hinterfragung bestehender sozialer und politischer Verhältnisse sowie konstruktive Veränderungsvorschläge sind Voraussetzungen dafür, daß der Staat sich im freiheitlichen Sinne entwickeln kann. Gerade die Hochschule bietet sich hier als Ort an, der die Entwicklung eines demokratischen, kritisch-reflexiven Bewußtseins, das nicht nur oberflächlich bleibt, sondern dessen Verinnerlichung und Stärkung fördert. Neben der „Idee der Mündigkeit“ findet auch die weitergehende moralische Entwicklung, die „ein Teil der für die Ich-Identität entscheidenden Persönlichkeitsentwicklung darstellt“ (Habermas, 1976, S. 74), hier einen fruchtbaren Boden. Gerade die Entfaltung dieses Bewußtseins sowie die der Ich-Identität haben ihrerseits wieder Auswirkungen bezüglich einer Umsetzung von demokratischen Einstellungen sowie die Aus- bzw. Erfüllung der Rolle als mündiger Staatsbürger in einem demokratisch angelegten Staat. Je ausgeprägter das moralische Innere, desto egalitärer und demokratischer wird das Individuum von sich selbst und anderen begriffen.

Dies ist aber nur dann möglich, wenn Strukturen vorhanden sind, die es gestatten, demokratisch und gleichberechtigt an politischen Prozessen teilzunehmen, sich auf diese Weise zu kritischen Bürgern zu entwickeln, die sich weder passiv noch durch die Übernahme vorhandener Meinungen, sondern durch eine aktive sowie konfliktreiche Mitgestaltung an gesellschaftspolitischen Prozessen auszeichnen. Sah Kohlberg (1987) die Schule als eine Einrichtung, in der angehende Staatsbürger lernen sollten, „ein an der Demokratie aktiv teilnehmender Bürger zu sein“ (S. 39), so bietet die Hochschule darüber hinaus die Gelegenheit, das sich dafür entfaltende Bewußtsein sowie die moralische Entwicklung zu vertiefen und weiterzuentwickeln.

Trotz dieser vielschichtigen Muster, die für Veränderungen sprechen, zeigt sich weder die Politik in der Lage, ihren Worten Taten folgen zu lassen, noch ist die Judikative bereit, gesetzliche Grundlagen an die Realität anzupassen. Vielmehr wird auch dann auf Einhaltung der Vorgaben beharrt, wenn diese konträr und kontraproduktiv zu den Interessen und Mobilisierungsmöglichkeiten der jungen Hochqualifizierten stehen. Sowohl unter den Aspekten, die von Habermas (1976) und Kohlberg (1987) hinsichtlich der identitätsstiftenden Entwicklungen formuliert worden sind, als auch bezüglich der Be-

trachtung des demokratischen Bewußtseins bleibt es sehr diskussionswürdig, daß es der Masse der Studierenden untersagt wird, sich als eigenständige Gruppe zu politischen Sachverhalten zu äußern. Diese Sachlage allein mit rechtlichen Argumenten zu legitimieren, wie dies Gieseke (2001) versucht, verhindert die Entfaltung des existierenden demokratischen Potentials. Damit wird der Status Quo aufrechterhalten, der die Unmündigkeit der Hochqualifizierten manifestiert und die Realität ignoriert.

Wie sollen die angehenden Akademiker/-innen, die in einem als freiheitlich proklamierten, demokratisch ausgelegten Staat gesellschaftliche Schlüsselpositionen einnehmen, von seinen Grundwerten überzeugt werden bzw. sein, wenn ihnen Möglichkeiten vorenthalten werden, sich aktiv in ihrem unmittelbaren sowie im gesellschaftlichen Umfeld als Gruppe zu äußern und einzusetzen? Die Abschaffung bzw. Eingrenzung hierzu vorhandener Gelegenheiten, beispielsweise in Form der verfaßten Studierendenschaft, die dieses Bewußtsein schaffen und kanalisieren können, verweist auf ein fehlendes Interesse an solchen Hochqualifizierten, die gesellschaftliche Entwicklungen kritisch zu begleiten in der Lage sind. Besonders Versuche von Intellektuellen und der linken politischen Opposition, die angehenden Akademiker/-innen zu ermutigen, demokratische Rechte sowie gesellschaftliche Verantwortung für politische Prozesse zu übernehmen, werden als Vorstoß abgetan, lediglich „eine demokratische Spielwiese für Studenten ein(zu)richten“ (Gieseke, 2001, S. 41). Dies zeugt nicht nur von mangelndem Demokratieverständnis und fehlendem Willen, dieses bei jungen Menschen zu stärken, sondern signalisiert auch Angst vor möglichen Veränderungen und neuen Ideen.

Hierbei werden aber vorhandene Potentiale übersehen, die eine Internalisierung, Stärkung sowie Fortentwicklung der Werte ermöglichen, welche das Fundament der bestehenden staatlichen Ordnung bilden. Dies war einer der Gründe, die nach dem Krieg die Alliierten dazu bewog, die Studierenden zu politischem Engagement und dem Erlernen demokratischer Praxis zu bewegen (Phillips, 1994). Geduldet wird dieses aber nur insoweit, als daß bestehende allgemeinpolitische Ansichten nicht tangiert werden. Das zeigt beispielsweise die Haltung des ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Hans Filbinger, der in seinen Äußerungen eine solche Studierendenschaft präferiert, welche die herrschenden Verhältnisse und Meinungsvorgaben anerkennt. Filbinger folgend resultiert die Akzeptanz einer politischen Studierendenvertretung daraus, wenn diese aus Mitgliedern des „RCDS, der Jungen Union oder der Schüler-Union“ bestehen würde, d.h. der eigene politische Nachwuchs hierfür rekrutiert werden könnte; denn dann „wäre die Lage anders“ (Außenreferat des „asta“ Uni Mannheim, 1992, S. 3). Allerdings ist trotz linksoppositioneller Aktivitäten und linker Regierungsbestrebungen, die dies aber nicht sehr intensiv verfolgen, nach wie vor eine über alle Parteigrenzen hinweg manifeste Sorge erkennbar, den Weg zur Übernahme von mehr politischer Verantwortung inner- wie außerhalb der Hochschulen sowie für das Erproben anderer demokratischer Handlungsweisen frei zu machen und dazu zu ermutigen.

Auf diese Weise erlangt aber weder das demokratische System an sich mehr Glaubwürdigkeit, noch wird ohne Umsetzung der politischen Appelle ein mehr an Engagement an politischen Prozessen auf einen fruchtbaren Boden fallen. Ohne die Existenz mündiger Bürger sind die Bereitschaften hierfür ebenso wenig gegeben wie eine kritische Begleitung gesellschaftspolitischer Entwicklungen und ein konstruktives Fortschreiten eines auf freiheitlich-demokratischen Grundlagen basierenden Staates.

Literatur

- Adam, Heribert: Studentenschaft und Hochschule: Möglichkeit und Grenzen studentischer Politik. Frankfurt a.M., 1965.
- Adorno, Theodor W.: Gesammelte Schriften: Kulturkritik und Gesellschaft. II. Band 10.2. Frankfurt, 1977.
- Alemann, Ulrich v.: Demokratie. In: Mickel, Wolfgang (Hrsg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft. München, 1986. S. 75-79.
- Außenreferat des "asta" Uni Mannheim: Reader zum Thema Verfaßte Studierendenschaft. Mannheim, 1992.
- Bargel, Tino/ Sandberger, Johann-Ulrich: Politisches Engagement und gesellschaftspolitische Vorstellungen. In: Framhein, Gerhild/ Bargel, Tino/ Dippelhofer-Stiem, Barbara/ Peisert, Hansgert/ Sandberger, Johann-Ulrich (Hrsg.): Studium und Hochschulpolitik. Eine Untersuchung über Informationsverhalten, Studiensituation und gesellschaftspolitische Vorstellungen von Studenten. Zentrum I Bildungsforschung/ SFB 23. Forschungsgruppe Hochschulsozialisation. Konstanz, 1981. S. 136-205.
- Bargel, Tino: Politisches Bewußtsein und Verhalten von Studenten. Ergebnisse empirischer Untersuchungen. In: Politische Sozialisation an Hochschulen. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn, 1985. S. 65-86.
- Bargel, Tino/ Sandberger, Johann-Ulrich/ Ramm, Michael: Studiensituation und studentische Orientierung. Vierte Erhebung zur Studiensituation an Universitäten und Fachhochschulen. Kurzfassung. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: Reihe Bildung – Wissenschaft – Aktuell 9/ 92. Bonn, 1992.
- Bargel, Tino: Student und Politik im vereinten Deutschland. Sonderauswertung einer Erhebung zur Studiensituation an deutschen Universitäten und Fachhochschulen im WS 1992/93. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: Reihe Bildung – Wissenschaft – Aktuell 3/ 94. Bonn, 1994.
- Brämer, Rainer: Studis im Vakuum – Empirische Befunde zum politischen Rückzug der studentischen Jugend. In: WSI Mitteilungen. 4/93. Köln, 1993. S. 194-201.
- Braun, Sebastian: Bürgerschaftliches Engagement – Konjunktur und Ambivalenz einer gesellschaftspolitischen Debatte. In: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Heft 1. Opladen, 2001. S. 83-109.
- Briese, Volker: Die besonderen Bedingungen von Partizipation im Bereich der Bildungspolitik. In: Nelles, Wilfried/ Oppermann, Reinhard (Hrsg.): Partizipation und Politik. Beiträge zur Theorie und Praxis politischer Partizipation. Göttingen, 1980. S. 268-293.
- Bulmahn, Thomas: Das vereinte Deutschland – Eine lebenswerte Gesellschaft? Zur Bewertung von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit in Ost und West. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 52/ Heft 3. Köln, 2000. S.405-427
- BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Grün wirkt! Unser Wahlprogramm 2002-2006. Berlin, 2002.
- Deichsel, Alexander/ Helfen, Peter/ Laga, Gerd/ Laga, Ilse/ Tiemann, Rainer/ Wittern, Jörn: Politische Sozialisation von Studenten. Sozialforschung und Gesellschaftspolitik. Band 3. Stuttgart, 1974.
- Demirovic, Alex/ Paul, Gerd: Demokratisches Selbstverständnis und die Herausforderung von rechts. Student und Politik in den neunziger Jahren. Frankfurt, 1996.
- Dörre, Klaus/ Schäfer, Paul: In den Straßen steigt das Fieber. Jugend in der Bundesrepublik. Köln, 1982.

- Fischer, Arthur: Jugend und Politik. In: Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie. Band 1. Opladen, 2000. S. 261-282.
- Fraenkel, Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien. Stuttgart, 1979. 7. Auflage.
- Fuchs-Heinritz, Werner: Partizipation. In: Fuchs-Heinritz, Werner/ Lautmann, Rüdiger/ Rammstedt, Otthein/ Wienold, Hanns (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie. Opladen, 1995. 3. Auflage. S. 489.
- Gaiser, Wolfgang/ Gille, Martina/ Krüger, Winfried/ de Rijke, Johann: Youth and Politics in Germany. Interest in Politics, Confidence in Institutions, Value Orientations and Political Participation. In: Garlicki (Ed.): Youth and Political Changes in Contemporary World. Warszawa, 1998. pp. 145-182.
- Gaiser, Wolfgang/ de Rijke, Johann: Partizipation und politisches Engagement. In: Gille, Martina/ Krüger, Winfried (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16-29jährigen im vereinigten Deutschland. DJI-Jugendsurvey 2. Opladen, 2000. S. 267-323.
- Georg, Werner: Antizipierte und erlebte Lebensereignisse. In: Zinnecker, Jürgen/ Silbereisen, Rainer K. (Hrsg.): Kindheit in Deutschland. Aktueller Survey über Kinder und ihre Eltern. Weinheim, 1996. S. 169-174.
- Gerhardt, Wolfgang: Demokratie lebt vom Mitmachen. Gastkommentar von Wolfgang Gerhardt auf der Homepage des FDP-Kreisverbandes Hildesheim.
<http://www.fdp-nds.de/hildesheim/regionales/text/141.html>. 2001.
- Gesetz über die Universitäten im Lande Baden-Württemberg vom 1.2.2000. Stuttgart, 2000.
- Gilcher-Holtey, Ingrid: Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA. München, 2001.
- Gille, Martina/ Krüger, Winfried/ de Rijke, Johann: Politische Orientierungen. In: Gille, Martina/ Krüger, Winfried (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16-29jährigen im vereinigten Deutschland. DJI-Jugendsurvey 2. Opladen, 2000. S. 205-265.
- Gille, Martina/ Queisser, Hannelore: Bürgerschaftliches Engagement junger Frauen und Männer. In: Cornelißen, Waltraud/ Gille, Martina/ Knothe, Holger/ Meier, Petra/ Queisser, Hannelore/ Stürzer, Monika (Hrsg.): Junge Frauen - junge Männer. Daten zu Lebensführung und Chancengleichheit. Eine sekundäranalytische Auswertung. Opladen, 2002. S. 205-256.
- Gieseke, Ludwig: Die verfaßte Studentenschaft. Ein nicht mehr zeitgemäßes Organisationsmodell von 1920. Bonner Schriften zum Wissenschaftsrecht. Nomos Universitätsschriften. Band 6. Baden-Baden, 2001.
- Glötz, Peter/ Malanowski, Wolfgang: Student heute. Angepaßt? Ausgestiegen? SPIEGEL-Buch. Hamburg, 1982.
- Habermas, Jürgen/ Friedeburg, Ludwig von/ Oehler, Christoph/ Wetz, Friedrich: Student und Politik: Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten. Neuwied a.R., 1967. 2. Auflage.
- Habermas, Jürgen: Zum Einfluß von Schul- und Hochschulbildung auf das politische Bewußtsein von Studenten. In: Friedeburg, Ludwig v. (Hrsg.): Jugend in der modernen Gesellschaft. Köln, 1969. S. 424-431.
- Habermas, Jürgen: Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus. Frankfurt, 1976.

- Hartmann, Michael/ Kopp, Johannes: Elitenselektion durch Bildung oder Herkunft? Promotion, soziale Herkunft und der Zukunft zu Führungspositionen in der deutschen Wirtschaft. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 53/ Heft 3. Köln, 2001. S. 436-466.
- Hochschulrahmengesetz (HRG): http://www.bmbf.de/pub/hrg_20020815.pdf, 2002
- Hoffmann-Lange, Ursula: Eliten, Macht und Konflikte in der Bundesrepublik. Opladen, 1992.
- Hoffmann-Lange, Ursula: Bildungsexpansion und politische Kultur in der Bundesrepublik. In: Kuhn, Hans-Peter/ Uhlendorff, Harald/ Krappmann, Lothar (Hrsg.): Sozialisation zur Mitbürgerlichkeit. Opladen, 2000a. S. 219-241.
- Hoffmann-Lange, Ursula: Bildungsexpansion, politisches Interesse und politisches Engagement in den alten Bundesländern. In: Niedermayer, Oskar/ Westle, Bettina (Hrsg.): Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase. Opladen, 2000b. S. 46-64.
- IPOS (Institut für praxisorientierte Sozialforschung): Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage (Bericht und Tabellenband). Mannheim, 1999.
- Janowitz, Morris: Politische Soziologie und Demokratieforschung. Die soziologischen Voraussetzungen der Theorie der Demokratie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Neue Folge der Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie. 8. Jahrgang. Köln, 1956. S. 357-366.
- Jarausch, Konrad H.: Deutsche Studenten 1800-1970. Frankfurt, Suhrkamp. 1984.
- Kaase, Max: Studenten und Politik in den achtziger Jahren. In: Rektorat der Universität Mannheim (Hrsg.): Gesellschaft und Universität. Probleme und Perspektiven. Festschrift zur 75-Jahr-Feier der Universität Mannheim. Mannheim, 1982. S. 91-104.
- Kaase, Max: Politische Beteiligung, konventionelle und unkonventionelle Welle. In: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Westliche Industriegesellschaften. Wirtschaft - Gesellschaft - Politik. Band 2. München, 1983. S. 321-326.
- Kohlberg, Lawrence: Moralische Entwicklung und demokratische Erziehung. In: Lind, Georg/ Raschert, Jürgen (Hrsg.): Moralische Urteilsfähigkeit. Eine Auseinandersetzung mit Lawrence Kohlberg über Moral, Erziehung und Demokratie. Weinheim, 1987. S.25-43.
- Krause, Detlef: Ungleichheit, soziale. In: Fuchs-Heinritz, Werner/ Lautmann, Rüdiger/ Rammstedt, Otthein/ Wienold, Hanns (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie. Opladen, 1995. 3. Auflage. S. 697.
- Langenscheidts Handwörterbuch Lateinisch-Deutsch. Berlin/ München, 1983. S. 450.
- Liebert, Ulrike/ Lauth, Hans-Joachim: Do informal institutions matter? In: Lauth, Hans-Joachim/ Liebert, Ulrike (Hrsg.): Im Schatten demokratischer Legitimität. Informelle Institutionen und politische Partizipationen im interkulturellen Demokratievergleich. Opladen, 1999. S. 11-36.
- Lind, Georg: Ist Moral lehrbar? Ergebnisse der modernen moralpsychologischen Forschung. Konstanz, 2002. 2. ergänzte Auflage.
- Milbrath, Lester W.: Political Participation. How and why do people involved in politics? Chicago, 1966. 2. press.
- Niedermayer, Oskar: Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Eine Einführung. Opladen, 2001.
- Nielsen-Lind, Ariane: Hinderungsgründe für politisches Engagement bei Studenten. Konstanz, 1979.

- Patzelt, Werner J.: Ein latenter Verfassungskonflikt? Die Deutschen und ihr parlamentarisches Regierungssystem. In: Politische Vierteljahresschrift. Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. 39. Jahrgang/ Heft 4. Opladen, 1998. S. 725-757.
- Phillips, David: Pragmatismus und Idealismus. Das 'Blaue Gutachten' und die britische Hochschulpolitik in Deutschland 1948. Köln, 1995.
- Roth, Claudia/ Häfner, Gerald: Grüne Politik für mehr Bürgerdemokratie: Beteiligung statt Zuschauen. Pressedienst des Bundesvorstandes von Bündnis 90/ Die Grünen. Nr. 69/2002. 29. Mai 2002.
- Rousseau, Jean-Jacques: Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze der Staatsrechts. Stuttgart, 1977.
- Schnapp, Kai-Uwe: Soziodemographische Merkmale der bundesdeutschen Eliten. In: Bürkling, Wilhelm/ Rebenstorf, Hilke u.a. (Hrsg.): Eliten in Deutschland. Opladen, 1997.
- Schnitzer, Klaus/ Isserstedt, Wolfgang/ Müßig-Trapp, Peter/ Schreiber, Jochen: Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informations-System. Bonn, 1998.
- SPD: Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Leipzig, 1998.
- SPD: Erneuerung und Zusammenhalt – Wir in Deutschland. Das Regierungsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) 2002-2006.
<http://www.regierungsprogramm.spd.de/servlet/PB/menu/1076230/index.html>. 2002.
- Stange, Waldemar/ Tiemann, Dieter: Alltagsdemokratie und Partizipation. Kinder vertreten ihre Interessen in der Kindertagesstätte, Schule, Jugendarbeit und Kommune. In: Glinka, Hans-Jürgen/ Neuburger, Christa/ Schorn, Brigitte/ Stange, Waldemar/ Tiemann, Dieter u.a.: Kulturelle und politische Partizipation von Kindern. Interessenvertretung für und durch Kinder. Opladen, 1999. S. 211-331.
- Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2001 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden, 2001.
- Strubelt, Wendelin: Partizipation. In: Fuchs-Heinritz, Werner/ Lautmann, Rüdiger/ Rammstedt, Otthein/ Wienold, Hanns (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie. Opladen, 1995. 3. Auflage. S. 489-490.
- Strukturforum Universität Konstanz. Abschlußbericht. Konstanz, 1998. (vgl. hierzu auch: <http://www.asta.uni-konstanz.de/hintergrund/index.html>).
- Tillmann, Klaus-Jürgen: Sozialisierungstheorien. Eine Einführung in den Zusammenhang von Gesellschaft, Institution und Subjektwerdung. Hamburg, 2000. 10. erweiterte und überarbeitete Auflage.
- Vandamme, Ralf: Basisdemokratie als zivile Intervention. Der Partizipationsanspruch der Neuen sozialen Bewegungen. Opladen, 2000.
- Wiehn, Erhard R.: Gesammelte Schriften zur Soziologie. Band II. 2-bändig. Konstanz, 1987.
- Wiehn, Erhard R.: Soziale Randgruppen. Mechanismen der Absonderung. In: Becker, Georg E./ Coburn-Stange, Ursula (Hrsg.): Pädagogik gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt. Mut zum Engagement in der Schule. Weinheim, 1994. S. 168-183.
- Wildenmann, Rudolf/ Kaase, Max: Die unruhige Generation. Eine Untersuchung zu Politik und Demokratie in der Bundesrepublik. Mannheim, 1968.

Anhang

ISSN 1616-0398